

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,  
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit Illustration Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Bekannt-  
 machungsliste für 1898 unter Nr. 7576.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühren**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonnen-  
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für  
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,  
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 4 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition  
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,  
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr  
 vormittags geöffnet.  
 Geschäfts-Adresse: Amt 1, Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Straße 2. | Sonnabend, den 10. September 1898. | Expedition: SW. 19, Benth-Straße 3.

### Zentrum und Koalitionsrecht.

Wie ein Schlag ins Gesicht des Zentrums muß im Augenblick die Oeynhausers Trinkrede des Kaisers wirken.

Das Zentrum wird auch im neuen Reichstage seine ausschlaggebende Stellung behalten. Das Zentrum hatte alles Mögliche gethan, um in dieser besonderen Stellung doch zugleich mit der Regierung im guten Einvernehmen zu bleiben. Das Zentrum hat um dieses Zieles willen das Marinegesetz bewilligt und wenn es trotzdem bei der letzten Wahl noch mit heller Haut davongekommen ist, so hat es das in der Hauptsache seinen Versprechungen in Angelegenheiten der Sozialpolitik zu verdanken.

Und nun will die Regierung vom Reichstag verlangen, er solle die Hand dazu bieten, daß das Grundrecht der Arbeiterklasse, das Recht der freien Koalition noch weiter geschmälert, ja vielleicht gänzlich vernichtet werde. Welch' peinliches Dilemma für eine Partei, die, wie das Zentrum, stets von Arbeiterfreundlichkeit überflößt!

Bei dem eifrigen Streben maßgebender Zentrumskreise, mit der Regierung gute Freundschaft zu halten, ist die Gefahr, daß die schwarze Partei auch in der Frage des Koalitionsrechtes zu Kompromissen mit dem Kurs des Grafen Posadowsky geneigt sei, nicht gering. Deshalb erscheint es angemessen, an die bisherige Stellungnahme des Zentrums zum Koalitionsrecht zu erinnern.

Zunächst verdient der wiederholt vom Zentrum im Reichstag gestellte Antrag Erwähnung, durch welchen den Berufs- oder Fachvereinen, besonders denjenigen der Arbeiter, gesetzliche Anerkennung gesichert werden solle. In der gleichen Richtung bewegte sich die Interpellation des Zentrums vom 6. Februar 1895, ob und wann die Regierung gewillt sei, die im zweiten Theil des Februarerlasses vom Kaiser in Aussicht gestellte Ständevertretung den Arbeitern zu bieten, in welcher die Arbeiter „durch Vertreter, welche ihr Vertrauen genießen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten theilhaftig und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlungen mit den Arbeitgebern und mit den Organen der Regierung befähigt werden“.

Ferner erinnern wir an einige Vorkommnisse aus der neuesten Zeit. Der württembergische Häufel des Zentrums, dessen Führer, der Abg. Gröber, im Reichstage wesentlich mit ausschlaggebend ist, hat am 21. Juni in der württembergischen Kammer den Antrag zur Annahme gebracht, daß die Regierung im Bundesrath gegen jede Beschränkung und für weiteren Ausbau des Koalitionsrechtes eintreten möge.

Auch auf dem letzten Katholikentage in Arefeld hat man wiederum das Banner des Koalitionsrechtes und der Sozialreform vor den versammelten Gläubigen entrollt. Der Abg. Stöckel-Essen sprach hier als offizieller Referent für größere Bewegungsfreiheit der Berufsvereine und schloß seine Rede unter donnerndem Beifall der zur katholischen Verschau herbeigeströmten Arbeiter:

„Die Arbeiter haben das Recht, zu verlangen, daß für sie eingeschritten wird. Die Berufsvereine müssen gesetzlich anerkannt werden. (Stürmischer Beifall.) Augenblicklich ist unsere Sozialreform etwas ins Rasse gekommen. Mögen aber manche Unternehmer noch so sehr bremsen, der Wagen muß wieder in Gang kommen. (Lebhafter Beifall.) Das Zentrum wird seinen alten Ehrenitel, der Aushalt der Armen und Schwachen zu sein, nimmer preisgeben. (Stürmischer Beifall.) Denn an dem Tage, an dem es ihn sich nehmen lassen würde, wäre es gefallen. In Zukunft müsse der Auflauten: Freie Bahn den Berufsvereinen. (Anhaltender Beifall.)“

So vor der Festversammlung der katholischen Arbeitervereine. Die Generalversammlung des Volksvereins für das katholische Deutschland, die ein Fabrikbesitzer (Brandts-W. Gladbach) leitete und vor der der Reichstags-Abgeordnete Nitz über die Sozialreform referirte, sprach dann der Zentrumsfraktion den wärmsten Dank aus

„für die thätigste energische Förderung der sozialen Reform-Gesetzgebung, insbesondere für die Vertheidigung des freien Koalitionsrechtes.“

Endlich hat das Zentrum auch keinen Anstand genommen, in der Praxis Streikbewegungen unmittelbar zu unterstützen. So ist der Anstand auf dem Piesberge bei Osnabrück durch die ultramontane Presse veranlaßt und durch den Alerns gebilligt und gleichsam als eine gute verdienstvolle Sache hingestellt worden. Der Bischof von Osnabrück selbst hat sich auf die Seite der streikenden Arbeiter gestellt.

Dies die Stellung der Partei, die mit ihren 100 Mandaten im Reichstag den Ausschlag giebt zwischen der Koalitionsrechtfeindlichen Rechten und der Linken, welche das Koalitionsrecht zu schützen und zu verbessern bestrebt ist.

Es wäre Selbstmord für das Zentrum, wenn es ein Gesetz annehmen wollte, welches die Aufforderung zum Streik unter Strafe stellen wollte. Die Auflösung sämtlicher katholischer Arbeiter-Organisationen, der Abfall hunderttausender von Anhängern wäre die baldige Folge.

Das kann und wird das Zentrum nicht thun. Die Zentrumspresse erklärt sich auch einmütig gegen derartige Zimmthungen.

Aber man hüte sich vor Vertrauenslosigkeit!

Schon oft haben die Regierungen jene schlaue Taktik befolgt, mehr zu fordern als sie selbst durchzuführen hofften. Es scheint, als ob es so auch bei der Durchdrückung neuer Repressivmaßregeln gegen die Arbeiterklasse gemacht werden sollte. Wie nun, wenn die Regierung die ungeheuerliche Forderung einer Bestrafung der bloßen Aufforderung zum Streik bloß stellen würde, um hierin schließlich nachzugeben, aber andere Verschärfungen desto sicherer durchzuführen zu lassen?

Die mittelparteiliche Presse, so auch die Organe des Zentrums, wenden sich gegen ein Gesetz, das dem Wortlaut der Kaiserrede entspricht. Andererseits aber betonen sie einmal über das andere: Der Zwang, der „Terrorismus“ gegen Arbeitswillige muß beseitigt werden. Dafür würden sie gegebenenfalls zu haben sein.

Nun weiß man, was hinter dem Begriff des „Terrorismus“ steckt. „Terrorismus“ ist, wenn Streikende an die Arbeitstätte gehen, um dort die Fortarbeitenden zu überreden. „Terrorismus“ schrie man, wenn Streikbrechern ordentlich ins Gewissen geredet wurde. „Terrorismus“ soll es sein, wenn die Streikenden Beobachtungsposten ausstellen. Kurz, „Terrorismus“ ist nach Unternehmerbegriffen alles, was geeignet ist, einen Streik wirklich wirksam zu machen und wäre es die friedlichste Aktion.

Ob sich im Zentrum keine Neigung bemerkbar machen wird, den Regierungsplänen entgegenzukommen, wenn der Schein, als bleibe das Koalitionsrecht selbst gesichert, gewahrt wird und die Lösung gegen angeblichen „Zwang und Terrorismus“ ersucht? Ob das Zentrum dann unerschütterlich daran festhalten wird, daß es nicht neue Zwangsmaßnahmen giebt, sondern positive Reformen zur Milderung der sozialen Kriegsführung?

Die neuere Entwicklung der Zentrumsparthei läßt mancherlei möglich erscheinen. Man denke beispielsweise daran, wie eifrig kühl der Posadowsky-Erlaß im Dezember vorigen Jahres das Zentrum gelassen hat. Kein lebhaftes Wort der Entrüstung wurde damals gegen die offensichtlich blinde der Regierung gewagt. Ja, Herr Dr. Lieber suchte den Erlaß als eine recht harmlose Sache hinzustellen. Sprach er sich doch am 18. Januar d. J., im Gegensatz zu den sozialdemokratischen Rednern, die sofort den vollen Ernst der Angelegenheit betonten, also aus:

„In Wahrheit ist der Erlaß — und darin stimme ich dem Abgeordneten v. Kardorff und den von ihm in bezug genommenen Ausführungen der „Gamb. Nachr.“ durchaus überein, nichts als eine Anordnung von Erhebungen und von Umfragen, wie sie heute erlassen, ja von uns selbst verlangt werden. Etwas weiteres steht in dem Erlaß nicht. Es ist darin sogar zweimal von der Aufrechterhaltung der gewährleisteten Koalitionsfreiheit die Rede.“

Genau, auch der Erlaß des Grafen Posadowsky erklärte mit feierlichem Pathos: das Koalitionsrecht soll nicht angetastet werden. Und doch kann Herr Dr. Lieber heute bereits erkennen, wie wenig seine Vertrauensseligkeit an Plaque war.

Die deutsche Arbeiterklasse darf das Schicksal ihres Koalitionsrechtes nicht den bürgerlichen Parteien anvertrauen. Diese Parteien werden besten Falls das Schlimmste verhüten helfen, um dafür das Schlimmere einzutauschen, so daß Graf Posadowsky schließlich sich eins laden würde und sagen würde: Wir haben gerade das erreicht, was wir erreichen wollten, was durchzusetzen die Unternehmerverbände von uns ersehnten.

Die deutsche Arbeiterklasse darf sich nur auf sich selbst verlassen!

### Kampf um das Koalitionsrecht!

Die Beschwichtigungsräthe an der Arbeit.

Das Organ des Reichsanwalters, die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt heute:

„Die Rede, welche der Kaiser am 18. Juni v. J. auf dem Sparenberge bei Dielefeld hielt, hat Veranlassung gegeben, daß vom Reichsamte des Innern Erhebungen angestellt und Umfragen bei den verbündeten Regierungen gehalten wurden, in welcher Weise ein wirksamer Schuß der Arbeiter gegen den Terrorismus der sozialdemokratischen Partei erreicht werden könnte. Bekanntlich gelangten durch einen großen Vertrauensbruch Mittheilungen über jene Erhebungen in die Oeffentlichkeit. Se. Majestät der Kaiser hat nun in seiner am letzten Dienstag zu Oeynhausens gehaltenen Rede dem bereits in Dielefeld ausgesprochenen Gedanken erneuten Ausdruck gegeben. Wir sind überzeugt, daß ein starker gesetzlicher Schuß des arbeitswilligen Arbeiters gegen die planmäßige sozialdemokratische Verhetzung in allen einsichtsvollen Kreisen der Bevölkerung mit Freuden begrüßt werden würde. Auch meinen wir, daß die gesammte, noch nicht der Sozialdemokratie verfallene Arbeiterklasse ein strenges Schutzesgesetz als eine große Wohlthat entgegennehmen würde. Im übrigen dürfte die bloßer an den Absichten der verbündeten Regierungen in der Presse geübte Kritik als sehr voreilig erscheinen. Ueber den Inhalt des Gesetzentwurfs läßt sich vernünftigerweise nicht reden, wenn derselbe bekannt geworden ist.“

Die Ankündigung des Kaisers, dies beweist ein Blick auf die deutsche Presse ohne Unterschied der Partei, genügt vollständig zu einer Besprechung. Enthält der spätere Gesetzentwurf sonst noch etwas Erhebliches, dann wird es Zeit sein, das bisher gesagte zu ergänzen. Schämt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ des Kaisers Aussprüche so niedrig ein, daß man zu ihrer Besprechung erst auf die Kommentierung der Geheimräthe warten müsse? Uns genügt des Kaisers Wort, um sofort Antwort zu ertheilen.

Wir begreifen, daß es den Posadowsky und Genossen überaus un bequem ist, daß die dem Koalitionsrechte drohende Gefahr heute schon klar zu erkennen ist. Durch öffentliche Mahnungen wird man es nicht erreichen, daß die Arbeiter und ihre Organe ruhig warten, bis die Geheimräthe den Streik für die Schlinge um ihren Hals zu Ende gebracht haben.

Die „Berliner Politischen Nachrichten“, die als Organ des Zentralverbandes deutscher Industrieller über die „erlösende That“ des deutschen Kaisers hell aufleuchten, müssen heute als Organ des Herrn von Miquel einen Pfad zurückfinden.

Mit der diesen Organe eigenen Dreistigkeit schreibt es: „... Jenes kaiserliche Wort hat mit dem Koalitionsrecht nicht das mindeste zu thun, und seine gesetzgeberische Ausgestaltung berührt daher das durch Artikel 152 der Gewerbe-Ordnung gewährleistete Koalitionsrecht nicht im mindesten.“

Es ist, wie die „Allg. Ztg.“ mit Recht hervorhebt, noch den bisherigen Erfahrungen keineswegs sicher, daß die telegraphische Wiedergabe der Kaiserworte mit der Sorgfalt und Genauigkeit erfolgt ist, welche Ausprüchen von solcher Bedeutung notwendig werden muß.

Will man die Kaiserworte daher richtig verstehen, so muß man sich die Anlegung aneignen, welche der kaiserliche Redner ihnen selbst gegeben hat: man muß die angekündigte Gesetzesvorlage für nichts anderes, als die Durchführung der kaiserlichen Zusage vom vorigen Jahre ansehen. Diese aber bezweckt allein den Schutz der Freiheit der Arbeiter und bildet daher den direkten Gegenjaß zu der ihr angebotenen Absicht einer Beschränkung der zur Zeit den Arbeitern gewährten Freiheiten. Wer dem in Oeynhausens angekündigten Gesetzentwurf die Absicht einer Beschränkung der Koalitionsfreiheit unterstellt, macht sich in der That der politischen Brunnenvergiftung schuldig.“

Herr Schweinburg, der andere der politischen Brunnenvergiftung beschuldigt, hat wirklich den Record in der Unverschämtheit erzielt.

### „Terrorismus.“

Zu dem Kapitel: „Terrorismus der Arbeiter“ werden in der Regel auch die Vorkommnisse während des Hamburger Hafenarbeiter-Streiks immer wieder ausgegraben. Da scheint es dem angebracht, noch einmal festzustellen, wie viel Verurtheilungen infolge von Vergehen, die im Zusammenhang mit dem Hafenarbeiter-Streik stehen, ergangen sind. Nach den Ermittlungen des Professor Könnies mußten von 367 in Hamburg und 78 in Altona Angeklagten 77 freigesprochen werden. Wegen Vergehens gegen § 153 wurden 60 verurtheilt, wegen Vergehens wider die Strafverordnung 41 und 59 hatten sich gegen das Senatsdekret (welches das Sammeln verbot) vergangen. Die Strafe von 14 wurde in der Berufungsinstanz auf die Hälfte herabgesetzt.

Verurtheilungen gegen das Strafgesetz (Gewaltthätigkeiten) haben nach Könnies 100 stattgefunden, er giebt aber dem Sekretär der Hamburger Handelskammer, Herrn Ehrnberg, der über den Streik eine recht geschäffige Darstellung gegeben, noch „freigegeben 60 zu“. Also 160 Verurtheilungen auf 16 000 Streikende, das ist ein Prozent. Darunter sind aber auch bloße Beleidigungen, deren Zahl Könnies noch nicht ermittelt hatte.

Dazu giebt aber Herr Professor Könnies noch folgende Erklärungen. Er meint: Erstens haben sich unter den Verurtheilten eine Menge jugendlicher Leute befunden, die auch sonst zu Gewaltthätigkeiten neigen. Zweitens seien die Hafenarbeiter, noch mehr aber die Seeleute, die während des Streiks naturgemäß in großer Zahl am Lande waren, gewöhnt, auch sonst ihre Streitigkeiten nicht gerade im Salonten auszusprechen. Es müßte also diejenige Zahl von Verurtheilungen in Abzug gebracht werden, die in der gleichen Zeit in den Vorjahren gegen dieselbe Bevölkerungsschicht ergangen sind. Drittens seien viele Straffahren, die mit zur Verurtheilung gelangten, nach dem Streik begangen, die also mit dem Koalitionszwang nichts zu thun hatten. Endlich seien viele Straffahren den Streikenden zur Last gelegt worden, die diese gar nicht begangen.

Wenn aber alle Vergehen, so meint Herr Könnies weiter, ausgenügt werden sollten, Ausnahmengesetze gegen Arbeiter zu schmieden, dann müßten Ausnahmengesetze auch gegen andere Bevölkerungsklassen geschaffen werden.

Im Jahre 1893 sind (nimmer nach Könnies) von je 10 000 Studierenden 83,8 verurtheilt worden. Darunter wegen Beleidigung 93, wegen Ruhestörung 33, Gewalt, Drohung, Sachbeschädigung, Hausfriedensbruch 11. „Sachkenner wissen, daß die wirklichen Straffahren das 5-10fache betragen.“

Und das ist die „Milde der Nation“, das sind die Leute, die später einmal zum Theil berufen sind, als Richter über das gemeine Volk zu urtheilen.

Und bei alledem — flügen wir hinzu — ist zu berücksichtigen, wie der größte Theil der Streikvergehen entstanden ist. Hätte man nicht die Streikenden in der schlimmsten Weise gereizt, hätten nicht die Behörden alles aufgeboten, um ihnen den Kampf zu erschweren, wäre den Arbeitern die gleiche Bewegungsfreiheit gewährt worden wie den Unternehmern — so wäre es überhaupt nicht zu häufigeren Ausfahrungen gekommen.

Erst erbittet man die um eine kleine Verringerung ihrer traurigen Lebenslage kämpfenden. Wenn dann die Erbitterung zu Ausschreitungen führt, so ruft man: So sind diese Streiker!

Eine erbärmlichere Heuschrecke, als sie da getrieben wird, läßt sich nicht denken! —

### Mißbrauch des Koalitionsrechtes.

Das stumme Organ „Die Post“, das in seiner ersten Ausgabe über das in Aussicht stehende Quartaugesetz seine wahre Natur enthüllt hatte und sich rückhaltlos für jedes Arbeiter-Knebelgesetz aussprach, verhält es jetzt ebenfalls mit der Heuschrecke, wohl in der Annahme, so eher zum Ziele zu gelangen. Sie weiß der gesammten nicht-sozialistischen Presse, die Pflicht zu, die Arbeiter über die wahre Natur des beschuldigten Gesetzes aufzuklären. Es solle das Koalitionsrecht durchaus nicht bedroht oder beschränkt werden, sondern es handle sich lediglich um die Befestigung schlimmer Auswüchse; die „gewissenlosen Agitatoren“ sollen getroffen werden.

Nun wir haben schon gestern darauf hingewiesen, wie dehnbar der Begriff „Mißbrauch“ ist, fast so dehnungsfähig, wie der „große Unfug“. Selbst, wenn man nur die „gewerbdemagogischen Anreger“



zum Streik treffen wollte, so ließe das nicht weniger, als das bestehende Koalitionsrecht vernichten. Wer sind die „rückfälligen“ Sünder, die immer und immer wieder in die Lage kommen werden, öffentlich für den Beginn eines Streiks oder die Fortführung desselben werden eintreten müssen? Die Verfolgungswuth der Kapitalisten, das System der schwarzen Listen hat dafür gesorgt, daß die theilhaftigen Arbeiter selbst es in der Regel ihren erwählten Vertrauensmännern übertragen müssen, die Führung zu übernehmen. Die Arbeiterführer, die Gewerkschaftsbeamten sind es daher und werden es auch in Zukunft sein, welche zum Streik werden „helen“ müssen.

Und daß sich die Arbeiterklasse in ihren erwählten Führern unabhängige Leute geschaffen, die der Wuth der Unternehmer trogen können und den wirtschaftlichen Nachtheilen derselben entzogen sind, das ist es, was den Kern derer um Stummum erregt. Gegen ihre eigenen Arbeiter genügt meist die Hungerpeinliche, aber die „gewerkschaftlichen“ Führer sind für sie meist unsahbar und darum: In's Zuchthaus mit ihnen!

Nach dem Regierungsentwurf von 1890 sollte Gefängnisstrafe nicht einem Jahre eintreten, wenn die Handlung gewohnheitsmäßig begangen, doch die Kultur schreitet fort: für die Arbeiter vom Gefängnis zum Zuchthaus, für die Unternehmer vom Gefängnis zur Festungshaft.

### Eine Strafverschärfung für Streikende

Ist auch ohne Gesetzesänderung eingetreten. Wegen Hausfriedensbruchs, Körperverletzung und Verhöhnung hatte sich der Steinweg Paul Kromm aus Erfurt vor dem dortigen Landgericht zu verantworten. Der Angeklagte war im April er. wegen Lohnindefiniten beim Wiltshauer Herda aus der Arbeit getreten. Einige Tage darauf ging er, obwohl ihm der Zutritt zur Werkstätte verboten worden, trotzdem wieder dorthin, bedrohte und veranlagte auch den dort arbeitenden Steinweg Schopp, ebenfalls die Arbeit einzustellen, wenn auch nur auf einen Tag. Die Staatsanwaltschaft beantragte gegen Kromm 6 Monate Gefängnis. Der Gerichtshof hielt jedoch unter Berücksichtigung des Umstandes, daß der Angeklagte einen Arbeiter am Fortarbeiten verhindert, eine härtere Strafe für angebracht. Es wurde auf 1 Jahr Gefängnis erkannt!!!

### Ein arbeitswilliger Revolverheld.

Zu diesem Thema wird uns aus Hildburghausen, wo gegenwärtig ein Streik der Glasarbeiter stattfindet, eine interessante Begebenheit mitgeteilt. Zwei streikende Arbeiter begegneten auf dem Heimwege am Donnerstag Abend einem der Arbeiter, die sich ihrer Bewegung nicht angeschlossen hatten. Ohne daß nun zwischen den bezeichneten Personen ein Wortwechsel stattfand und ohne daß eine Absicht vorlag, den „Arbeitswilligen“ irgendwie zu belästigen, zog dieser in einiger Entfernung von beiden Streikenden plötzlich einen Revolver hervor und feuerte einen Schuß auf die ihm begegnenden Arbeiter ab. Der Schuß ging fehl und verfehlte, wie leicht begreiflich, die Angegriffenen in nicht geringe Aufregung. Trotzdem vermied man es in der Situation, dem Angreifer gegenüber Vergeltung zu üben; man machte bloß der Polizei von dem Vorfall Anzeige. Diese beschlagnahmte bei dem Revolverhelden zwei Schußwaffen, nahm aber von einer Verhaftung des Quislings Abstand. Von den Streikenden ist bisher keine Ausfärschung begangen worden, der Verband der Glasarbeiter hat besonders darauf gehalten, daß der Kampf in ruhiger gefühlvoller Weise ausgefochten wird. Es lag also zu dem Vorgehen des „Arbeitswilligen“ auch nicht die geringste Veranlassung vor. Mit recht fragt der Einsender, was wohl den Streikenden passiert wäre, wenn sie einen derartigen Wortversuch begangen hätten; ob sie dann auch noch auf freiem Fuß wären? —

### Ordensverleihung.

Dem Generalsekretär des Zentralverbandes Deutscher Industrieller, Herrn G. A. Wued, ist der Königl. Kronen-Orden dritter Klasse verliehen worden.

Wir wundern uns nur, daß Herr Wued, der im Kampfe gegen das Koalitionsrecht sich stets in die vorderste Reihe zu drängen verstand, nicht einen noch viel höheren Orden erhalten hat. —

### Partei-Prese.

Unsere Parteipresse erhebt allüberall ihre Stimme gegen den Umsturz des bestehenden Koalitionsrechts. Aus dem Chorus dieser Stimmen klingt der große Protest des arbeitenden Volkes. Wir werden morgen durch Plakate aus den Parteiblättern zeigen, wie die Klassenbewußte Arbeiterklasse einig ist in dem Willen, das von der Regierung geplante Attentat auf ihr Grundrecht abzuwehren.

### Die nationalliberale Presse

zeigt auch in der Frage des Koalitionsrechts die bei ihr übliche Verfahrtheit. Das „Leipz. Tagbl.“ schreibt:

Aus den Worten des Kaisers geht unzweifelhaft hervor, daß mit dem neuen Gesetze die Streikagitatoren sowohl wie die Streikposten getroffen werden sollen. Darüber werden sich wohl alle bürgerlichen Parteien einig sein, daß Ausfärschungen oder sogar körperliche Gewaltthätigkeiten beim Lohnkampfe strenger als bisher geahndet werden müssen und daß dem Staate die Handhabe gegeben werden muß, gegen die bodenlose Verbeugung der Arbeiterbevölkerung durch gewerkschaftliche Agitatoren vorzugehen.

Die „Magdeburgerische Zeitung“ schließt ihren Leitartikel über den Schutz der Arbeitswilligen folgendermaßen:

Der „Vorwärts“ ist heute ziemlich offenerzig darin, daß man eine ununterbrochene und eifrige Agitation der Sozialdemokratie begangen werden muß; und hierbei verfahren werden soll, „um unnötige Opfer zu vermeiden“, dafür giebt das sozialdemokratische Zentralorgan eine genaue Anweisung. Wir sind der Ansicht, daß demgegenüber alles vermieden werden muß, was zu einer unnützen Verbitterung der Arbeiterkreise führen müßte; der Gesetzentwurf sollte genau die Vergehen umschreiben, welche unter Strafe gestellt werden sollen, damit schadenstiftende Chitanen und verbitternde Belästigungen unbedingt vermieden werden. Von einer glücklichen Formulierung des Gesetzentwurfes wird zum großen Theile sein Schicksal abhängen.

Einen anderen Ton schlägt die „Nat.-Ztg.“ an:

Im Hinblick auf die Leichtigkeit von Verabredungen der Arbeitgeber und auf die Schwäche des einzelnen Arbeiters hat man sich nirgends der Anerkennung dieses natürlichen Rechtes der Arbeiter entziehen können, sich mit einander zur möglichst günstigen Verwerthung ihres meistens einzigen Erwerbsmittels, ihrer Arbeitskraft, zu verbinden. Eine unvermeidliche Folge davon ist die Möglichkeit organisirter Arbeitseinstellungen; zu solchen zu greifen, in gesetzlicher Weise sie herbeizuführen und zur Theilnahme daran aufzufordern, das kann man den Arbeitern nicht verwehren, wenn man überhaupt die Berechtigung der Koalition anerkennt. Wie schädlich die Streiks auch in allgemeinen, und insbesondere in zahlreichen Fällen für die Arbeiter selbst, sind, so würde ihre Verhinderung durch die Staatsgewalt doch nur zur Folge haben, daß ein Uebel durch ein schlimmeres ersetzt würde: die Arbeiter würden sich den Unternehmern gegenüber als gewaltiam niedergehaltene Feinde fühlen; die bössartigen Folgen eines derartigen Zustandes würden sich beständig geltend machen; und unter günstigen Verhältnissen oder anlässlich aufreizender Vorkommnisse würde die Arbeitseinstellung doch erfolgen, aber in schlimmeren Formen, als jetzt.

Jede Zeit mit ihren eigenen, aus ihrem Wesen sich ergebenden Schwierigkeiten zu kämpfen; es giebt, wie die Geschichte lehrt, keinen verhängnisvolleren politischen Fehler, als behufs der äußerlichen Jurisdiktion solcher Schwierigkeiten zu Mitteln zu greifen, welche einer überwundenen geschichtlichen Periode angehören. Graf Pobadowitsch hat im Reichstag im Dezember v. J. beiläufig die felsame Ansicht ausgesprochen, in Deutschland sei das Koalitionsrecht weniger notwendig, als anderwärts, weil die Arbeiter bei uns das allgemeine Wahlrecht besitzen. Viel eher könnte man das Gegentheil behaupten. Zur unmittelbaren Erlangung dessen, was mit dem Koalitionsrecht erstrebt wird, verbesserter Arbeitsbedingungen, ist das allgemeine Wahlrecht unbrauchbar; dieses geben und das Koalitionsrecht verlegen, ließe somit, die Arbeiter für die Verbesserung ihres

Arbeitsvertrages von Staats wegen auf die politische Agitation verweisen. Man könnte nicht wirksamer die soziale Revolution vorbereiten. Ein ehrlich geachtetes Koalitionsrecht gehört zu den vorbedingungsmitteln gegen sie und zu den Einrichtungen, welche, wenn sie dennoch verübt wird, der Staatsgewalt das gute Gewissen zum Kampfe gegen den Umsturzversuch giebt.

In ähnlicher, wenn auch nicht so scharfer Weise lehnt die „Köln. Ztg.“ ein Eingehen auf diese Vor schläge ab.

Im Anschlusse hieran wollen wir aus dem „Hamb. Korresp.“ den folgenden Satz anführen:

... Die rückfälliger Gemüthung äußern sich, wie zu erwarten stand, diejenigen Blätter, die auch sonst bei jeder Gelegenheit Zuchthaus und eventuell Kartätschen als Panacee für die sozialen Schäden unserer Zeit empfehlen.

### Die „Kölnische Volkszeitung“

erwartet von der Centrumspartei strikte Ablehnung jeder Aenderung des Koalitionsrechts.

### Hart, aber gerecht.

Dem Reichstag soll, wie die Blätter wissen wollen, ein Gesetzesentwurf vorgelegt werden, der jeden, der zu einem Streik anreizt, mit Zuchthausstrafe bedroht.

Das ist ja ein Fortschritt gegen den jetzigen Stand der Gesetzgebung, aber auskommen wird man damit auch noch nicht. Das Zuchthaus hat für viele Sünden verloren, weil die Strahlungs borte zu gut behandelt werden. Wenn also auch über jeden, der im Rückfall zum Streik anreizt, lebenslängliche Zuchthausstrafe verhängt wird, so wird selbst das noch nicht abschreckend wirken. Es hilft nur eins: für den Rückfall muß die Todesstrafe festgelegt und unweigerlich vollstreckt werden. (Kladderadatsch.)

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. September.

Zur Friedenskundgebung des Jaren liegt heute die bemerkenswerthe Meldung aus Petersburg vor, daß die Neubewaffnung der russischen Artillerie mit Schnellenergeschützen beschlossen ist. Jedenfalls eine höchst originelle Art, den Gedanken der Abrüstung praktisch zu gestalten.

Der englische Kolonialminister Chamberlain, der gegenwärtig in New-York weilt, hat sich über den Vorschlag des Jaren folgendermaßen geäußert: Der Kaiser sei eine durchaus aufrichtige Natur, sei aber ein Träumer. Die Heere Europa's könnten allerdings aufgelöst werden, aber nicht vor der endgiltigen Erledigung der Orientfrage.

Unter Orientfrage verstand Herr Chamberlain wohl weniger die Fragen, welche die Oester des Mitteländischen Meeres betreffen, als die ostasiatischen Streitfragen. Viel Hoffnung auf einen Erfolg des zarischen Vorschlages scheint Herr Chamberlain nicht zu haben.

Ueber die Situation auf Areta liegen nachfolgende Meldungen vor:

Konstantinopel, 8. September. Nach einer heute hier eingetroffenen Meldung aus Areta sind die Muhamedaner im Besitz von Kandia. Ebdem Pascha, der Kommandant von Kandia, hat die Autorität über die Muhamedaner verloren. Die Verluste und Opfer der Zivilbevölkerung sind noch nicht bekannt, aber jedenfalls sehr groß, insbesondere auf Seiten der Christen, welche, sich gruppenweise verteidigend, bei Kandia an Vord der Kriegsschiffe gesammelt sind. Die Situation ist eine sehr ernste, da man befürchtet, daß die Unruhen sich auch auf Methymno und andere Hafenstädte ausbreiten könnten. Der russische Admiral Strojlow soll Truppenverstärkungen und Kriegsschiffe dringend verlangt haben. Das Exekutivkomitee richtete an die Admirale das Ersuchen, die Christen bewaffnen zu dürfen, da es sonst für die Folgen nicht aufstehen könnte.

Kanea, 8. Septbr. Nach den letzten amtlichen Feststellungen, die hier bekannt sind, wurden in Kandia getödtet: ein englischer Offizier und sieben englische Soldaten; ferner 19 Muhamedaner, 30 Christen und 4 türkische Soldaten. Verwundet wurden drei englische Offiziere und 10 englische Soldaten, 17 Christen und Muhamedaner sowie 2 türkische Soldaten. Gestern haben die Türken noch 230 Christen eingeschickt. Am ersten Tage der Unruhen in Kandia gaben die Engländer 21 Kanonenschüsse ab; einer derselben zerstörte eine Moschee, ein zweiter ein Haus, wobei zwei Kinder getödtet wurden. Die ersten von Kandia geflüchteten Christen sind hier angekommen. Die Anzahl der unter den Häusertrümmern liegenden Leichen ist noch nicht bekannt.

Truppenverstärkungen sind gelandet worden. Wie verlautet, sollen noch mehrere italienische Kriegsschiffe nach Kandia gesandt werden.

London, 9. September. Die „Times“ melden aus Kandia vom gestrigen Tage, die Zahl der getödteten Christen werde auf 300 geschätzt; die Stadt sei durch Wassermangel und türkische Truppen geplündert worden. Etwa 600 Mann internationaler Truppen befänden sich jetzt in den britischen Stellungen auf den Festungswerken. Alle Berichte stimmten darin überein, daß das Verhalten der türkischen Truppen ein schimpfliches gewesen sei; man habe sogar gesehen, daß sie auf den Obersten Reich geschossen haben. Ein Theil der Stadt liege noch immer in Flammen. — Dem „Standard“ berichtet der Korrespondent des Blattes in Kandia, die Christen behaupten mit Bestimmtheit, das Gemetzel sei zumeist das Werk der türkischen Soldaten gewesen, welche ihre Opfer sogar beraubt hätten.

Kanea, 9. September. Dem Vernehmen nach erklärten die Admirale auf die Vorstellungen des Exekutiv-Komitees der Aufständischen, sie würden ihren Regierungen die definitive Lösung der Frage durch die Entfernung der türkischen Truppen und die Ernennung eines Gouverneurs anempfehlen.

### Deutsches Reich.

Ueber die Einberufung des Reichstages erfährt die „Münchener Allg. Ztg.“ aus Berlin von „gut“ unterrichteter Seite, dieselbe dürfte in diesem Jahre sehr spät, wahrscheinlich im Anfang des Monats Dezember erfolgen, jedenfalls erst nach Beendigung der preussischen Landtagswahlen, welche im November stattfinden werden. Ein definitiver Entschluß sei indeß noch nicht gefaßt.

Zur Frage der Zwangsverziehung. Der Justizminister hat auf Ersuchen des Ministers des Innern die Gerichtsbehörden angewiesen, ihre Anträge auf Aufnahme der nach § 58 des Str.-G.-B. der Zwangsverziehung Ueberwiesenen in eine Erziehungs- oder Vessierungsanstalt fortan, wie dies jetzt schon in einer Anzahl von Regierungsbezirken geschieht, durchweg an den Regierungspräsidenten des Bezirks zu richten, in dem das erkennende Gericht seinen Sitz hat. Den Anträgen wird eine Abschrift des verhängenden Theiles des Erkenntnisses nebst den Untersuchungsakten beigelegt werden, während die der Zwangsverziehung Ueberwiesenen selbst von dem Gericht der Ortspolizeibehörde zur Verfügung zu stellen und von dieser bis zum Eingang der Entscheidung über den Antrag in vorläufigen Gewahrsam zu nehmen sind. Die Unterbringung der von den Gerichten überwiesenen jugendlichen Personen ist in allen Fällen als schleunigste Angelegenheit zu behandeln, erforderlichenfalls sind die Ortspolizeibehörden dringlich zur Ueberführung der Jüglinge in die bezügliche Anstalt anzuweisen.

Weiteres aus Kriegervereinen. Aus Sosa (Sachsen) wird berichtet: Aus dem hiesigen Militärverein wurden 9 Mitglieder ausgeschlossen, weil sie dem Produzentenverbande der Krieger angehören. 9 Mitglieder traten dagegen freiwillig aus dem Militärverein aus, weil sie nicht auf die Mitgliedschaft im Produzentenverbande verzichten wollten. Ferner ist der Lagerhalter A. Hänel, hier, aus dem Militärverein Albernau, dem er

seit 16 Jahren angehört hatte, ausgeschlossen worden, weil er zur sozialdemokratischen Partei gehört.

Aus Neubukow (Mecklenburg) wird geschrieben: Ein größerer Reinigungsprozeß soll auch mit dem hiesigen Kriegerverein vorgenommen werden. Welcher Mittel man sich dabei bedient, zeigt folgendes Schriftstück:

Kriegerverein zu Neubukow.  
An den Kameraden Herrn . . . . .

zu . . . . .  
Von dem Kriegerverbände zu Schwern ist uns direkt der Aufruf geworden, festzustellen, welche Mitglieder des Kriegervereins der Sozialdemokratie angehören. Der Vorstand weiß es in keiner anderen Weise zu machen, als daß er nachstehende direkte Frage an jeden Kameraden richtet: „Gehören Sie der sozialdemokratischen Partei an?“ Die Antwort auf die Frage wolle jeder Kamerad bestimmt mit „Ja“ oder „Nein“ bis zum 1. September zurücksenden; wenn zur festgesetzten Zeit keine Antwort erfolgt, so hat der Vorstand das Recht und auch die Pflicht, über Ihre weitere Mitgliedschaft zu verfügen.  
Neubukow, 7. August 1895.

Der Vorstand.  
Soweit die Aufschrift, welche jedes Mitglied erhalten hat. Der Amtsrichter ist schon vor der Zusendung des Schriftstückes und der Vägermeister ist gleich nach der Zusendung des Schriftstückes aus dem Kriegerverein ausgeschieden. Wahrscheinlich empfanden diese Herren eine derartige Ausfärschung als eine entwürdigende Zumuthung und bekanden sich für das fragwürdige Vergehen, einem Verein anzugehören, der die Gefühlskennntnisse zur Spezialität ausgebildet. Was der schlaue Verbandsvorstand nun wohl zu dieser Wirkung seines Rundschreibens sagt? —

Ein Bravo der Hamburger Lehrerschaft. Die Hamburger Schulsynode hat, so lesen wir im „Hamburger Echo“, einen wichtigen und hochbedeutungsvollen Beschluß gefaßt, welcher der Einsicht und dem Willigkeitsgefühl der Hamburger Lehrerschaft alle Ehre macht. Die Synode setzte die Veranlassung über den Entwurf eines Unterrichtsgesetzes fort. Zu § 22, der für alle Staatsschulen völlige Schulgeldfreiheit und Unentgeltlichkeit der Lehr- und Lernmittel vorschlägt, lag eine Reihe der verschiedensten Änderungsanträge vor. Aus den Kreisen der Lehrer, und besonders der Volksschullehrer, heraus fanden die Schulgeldfreiheit und die Einheitschule warme Befürwortung und eingehende Begründung. Namentlich Herr Harro Köhne trat energisch für die Forderungen ein. Wenn man, sagte er, mit der Aufhebung des Schulgeldes den ersten großen Schritt gethan habe, werde der zweite, die Organisation der allgemeinen Volksschule, leichter werden. Eine Ueberfüllung der höheren Schulen, denen nur die allerbesten Kräfte aus den ärmeren Schichten zulassen würden, sei nicht zu befürchten. Die Eltern würden sich wohl überlegen, ob sie ihre Kinder eventuell bis zum 20. Lebensjahre unterhalten könnten. Man brauche nicht zu befürchten, daß diese Schüler wohl gelehrte Leute würden, daß ihnen aber der nötige Verstand fehle, das Gelernte ordentlich zu verwerten. Solchen Elementen begegne man gerade jetzt auf den höheren Schulen. Nach längerer Debatte wurde § 22 nach dem Antrag des Synodal-Ausschusses wie folgt angenommen: „Ein Schulgeld wird in den Staatsschulen nicht erhoben. Lehr- und Lernmittel werden unentgeltlich geliefert; ebenso der Neumüller'sche Eventualantrag: Die öffentlichen Schulen werden als Einheitschulen organisiert.“

Leider ist bei dem gegenwärtig die „höheren“ Kreise Hamburgs beherrschenden Geiste und bei der Zusammenfügung unserer famosen Bürgererschaft vorläufig nicht daran zu denken, daß dieser von schätzbaren Fachmännern gefaßte Beschluß die Zustimmung der geistig begabten Körperschaften finden wird. Aber wir begrüßen ihn darum doch als ein Zeichen der treusinnigen, fortschrittlichen Gesinnung und der gesunden Auffassung der Verhältnisse seitens der Lehrerschaft. —

Köln, 7. September. (Fig. Ver.) Die Stadtverordneten-Versammlung im benachbarten Bergisch-Gladbach beschloß gestern gemäß einem Vorschlage der Bau- und Finanzkommission, wegen der Verweigerung militärischer Hilfe bei dem Kriegsmünster Beschwerden zu führen. Nach dem gewaltigen Unwetter, das in der Gegend um Köln Verwüstungen anrichtete, deren Schaden man nach Millionen schätzt und das auch in der Bürgermeisterei Gladbach viele Wohnungen und Obstbaum-Anlagen zerstörte, hatte der Bürgermeister wiederholt um militärische Hilfe gebeten, die ihm aber aus dienstlichen Rücksichten von den verschiedenen militärischen Behörden verweigert worden ist. Das war um so schlimmer, als es sich um die wirtschaftliche Existenz zahlreicher Kleinbauern handelt; und die durch die Ablehnung erzeugte Erbitterung war um so größer, als auf einem in der Nähe liegenden Rittergut, wie die „Kölnische Volkszeitung“ berichtet, zwanzig bis dreißig Infanteristen in dem Park mit Auftragsarbeiten beschäftigt waren. —

Wosen, 9. September. Der „Wosener Morgenzeitung“ zufolge wurde heute ein dreizehnjähriger Knabe, der nach Schubin transportiert werden sollte, auf dem Wege zum Bahnhofe seinem Transporteur aber entlieft, von diesem mittels Revolvers in den Hüften geschossen. Der Knabe wurde in ein Krankenhaus gebracht.

Der Beamte wird sich jedenfalls auf seine Instruktion berufen können. Aber die Instruktionen der Gefangenen-Transporteure sind, wie schon früher oft betont werden mußte, höchst verbesserungsbedürftig. —

Königsberg i. P., 7. September. (Fig. Ver.) Freireinliche Bildungsfreudigkeit. Ein sonderes Stücklein hat am Dienstag, den 6. d. M. die Majorität der hiesigen Stadtverordneten-Versammlung fertig gebracht. Die Königsberger Stadtverordneten-Versammlung besteht fast ausschließlich aus Freireinigen, weshalb ihr Verhalten besonders bemerkenswerth ist.

Auf dem Gebiete des Schulwesens ist in Königsberg noch außerordentlich viel zu thun. Der Fortbildungsschul-Unterricht liegt ganz im Argen. Bisher bestand nur für die Handwerkslehrlinge ein obligatorischer Fortbildungsunterricht und nur für die Dauer von 1½ Jahren. Dieser Unterricht fand abends statt. Die Lehrer erklärten, daß mit den abgearbeiteten, ermüdeten jungen Leuten bei dem am Abend erhaltenen Unterrichte nicht viel anzufangen sei. Bei einer Verprechung des Fortbildungsschulwesens nahm daher die Stadtverordneten-Versammlung einen Antrag an, durch den der Magistrat angewiesen wurde, ein neues Statut für die Fortbildungsschule auszuarbeiten und darin, wenn möglich, die Unterrichtsstunden auf eine gelegenerere Zeit zu verlegen. Der Magistrat leitete eine gründliche Befragung über die Angelegenheit ein. Von den Arbeitnehmer-Vertretern des Gewerbevereins sowie von anderen befragten Arbeitern wurde die Verlegung der Unterrichtsstunde auf die Zeit von 2—4 Uhr nachmittags vorgeschlagen. Einige der vernommenen Handwerksmeister erklärten sich mit dieser Zeit einverstanden, andere widersprachen auf das Lebhafteste. Wie vom Stadtrath Pöhl am Dienstag aus dem Protokoll über die Vernehmungen mitgeteilt wurde, erklärten die Vertreter verschiedener Gewerbe, daß, wenn ihnen die Lehrlinge an den Nachmittagen genommen würden, sie einfach Arbeitsbüschen einstellen würden, die nicht zur Fortbildungsschule brauchen; diese müßten dann die Lehrlingsarbeiten verrichten.

Um nun diesen ausbeuterischen Handwerksmeistern die Möglichkeit zu nehmen, dadurch die Lehrlinge vom Besuch der Fortbildungsschule-Unterricht fernzuhalten, daß sie dieselben als Arbeitsbüschen bezeichnen, hatte der Magistrat in das am Dienstag der Stadtverordneten-Versammlung vorgelegte neue Statut, in dem die Unterrichtszeit in die Nachmittagsstunden verlegt ist, eine Bestimmung aufgenommen, daß nicht nur die Handwerkslehrlinge, sondern auch diejenigen jugendlichen Arbeiter, welche Handwerks- und gewerbliche Arbeit verrichten, zum Besuch der Fortbildungsschule verpflichtet seien.

Wie toll wehren sich die in ihren heillosen Ausbeuterinteressen bedrohten freireinlichen Speicher gegen diese Bestimmung. Natürlich erklärten sie nicht von vornherein, daß nur die Rücksicht auf den ge-



fährdeten Profit der Lehrlingszüchter sie veranlasse, sich gegen diese Bestimmung auszusprechen. Eine solche freisinnige Größe erklärte vielmehr, daß sie im Namen der vorberatenden Abtheilung deshalb gegen die Vorlage sprechen müsse, weil man den Handwerkslehrlingen nicht zumuthen dürfe, mit gewöhnlichen Arbeitsburschen den gleichen Unterricht zu besuchen. Der Handwerker sei nun einmal etwas Höheres, auf seine „Standesehre“ und sein „Standesbewußtsein“ müsse Rücksicht genommen werden. Ein anderer freisinniger Mann bezeugte, daß die Fortbildungsschulen überhaupt Werth hätten. Die guten, unverbodenen jungen Leute würden dort nur verborgen. Ein dritter erklärte, der Begründer der Schickauwerst in Elbing hätte nur eine ganz ungenügende Bildung besessen und sei doch ein bedeutender, reicher Mann geworden, und arme Kaufleute hätten es bis zum Kommerzienrath gebracht. Die Arbeitsburschen brauchten keine Fortbildungsschule, wenn sie lernen wollten, könnten sie das so thun und so fort. Zu bemerken ist hierbei, daß in Königsberg wie überhaupt in dem wirtschaftlich zurückgebliebenen Ostpreußen fast ausnahmslos den Lehrlingen kein Lohn oder Kostgeld gezahlt wird. Gegen den Fortbildungsschul-Unterricht der Lehrlinge wurde deshalb auch nicht so protestirt, wie gegen den der Arbeitsburschen, die bezahlt werden müssen.

Die Magistratsvorlage wurde abgelehnt und dadurch jedem außerordentlichen Arbeitgeber die Möglichkeit gegeben, seine Lehrlinge vom Fortbildungsschul-Unterricht zurückzuhalten.

Die Mehrheit der freisinnigen Königsberger Stadtverordneten-Versammlung hat wieder einmal gezeigt, was von der vielgerühmten Bildungsfreundlichkeit der Freisinnigen zu halten ist.

**Leipzig, 8. September.** (Fig. Ver.) Heute Vormittag wurde der hiesige Magistrats-Assessor Simon verhaftet; er soll sich verschiedener Schwundelien bei den Lieferungen für das hiesige Krankenhaus schuldig gemacht haben. Durch die Untersuchung dürften vielleicht noch andere angesehene Personen in Mitleidenschaft gezogen werden. Simon hielt bei allen patriotischen Vereinen und Festlichkeiten Reden, worin er unsere Partei bekämpfte, er war Vertreter des Bürgermeisters, und vertrat als solcher in dessen Abwesenheit bei Schöffengericht-Sitzungen die Staatsanwaltschaft. So mancher arme Diensthute, dem es nicht bei seiner „Herrlichkeit“ behagte und der deshalb den Dienst verließ, wurde unter seiner Anwaltschaft bestraft!

**Zu der Generalversammlung des rheinischen Bauernvereins** hatte Graf v. Hoensbroech reaktionäre Vorschläge zur Landarbeitstrage gemacht. Wir hatten dabei von dem bekannten Grafen H. gesprochen. Nun erucht uns Graf v. Hoensbroech, der Herausgeber der hiesigen „Täglichen Rundschau“ und des „Deutschen Wochenblattes“, mitzutheilen, daß der „bekannte Graf H.“ nicht er sei, sondern sein Bruder, ein Führer des Rheinischen Bauernvereins, und daß er „in keiner Weise solche, wie Sie („Vorwärts“) mit recht sagen, reaktionäre Anschauungen“ habe. Wir geben diese Mittheilung wieder, obgleich unsere Feinde kaum zu der befürchteten Verwechslung Anlaß geben konnten.

**Sächsisches.** Aus Harttha meldet die Vurgstädter „Volkstimme“: „Wieder einmal ist der sächsische Staat im allgemeinen und die hiesige Stadt im besonderen vor dem Umsturz gerettet. Der hiesige Verein für geistigen Fortschritt wollte einen Regitationsvortrag des Herrn Emil Ballotte über die Weber abhalten lassen. Die Amtshauptmannschaft Döbeln verbot die Abhaltung unter folgender Begründung:

Beisatz der k. k. Amtshauptmannschaft Döbeln vom 7. September 1898.

Die für Mittwoch, den 7. September 1898, abends 1/2 Uhr, angeordnete Versammlung des Vereins für geistigen Fortschritt mit der Tagesordnung: Vortrag des Herrn Ballotte über „Die Weber von Gerhard Hauptmann“ wird verboten, da dieser Vortrag in der von zahlreichen Anhängern der Sozialdemokratie bewohnten Stadt Harttha gehalten ist, daß und Verachtung gegen die Bestehenden und die das Privateigentum schützende Rechtsordnung zu erregen, auch die Führer der Sozialdemokratie, die gerade die Erregung solcher Hoffes und solcher Verachtung als Mittel zur Bekämpfung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung benutzen, in der Anwendung dieses unsittlichen Kampfmittels zu unterstützen.

J. S.: v. Leipziger, Reg.-Aff.

Da hört aber doch denn alles auf. Wie kommt die Amtshauptmannschaft zu einer solchen Behauptung, die auch nicht die geringste Berechtigung hat. Da wir auch zu den sogenannten Führern gerechnet werden, protestiren wir gegen eine solche Unterstellung. Im übrigen ist es wunderbar, daß gerade in Harttha der Vortrag so staatsgefährlich und unsittlich sein soll. Innerhalb der letzten 14 Tage hat Herr Ballotte in Limbach, Leisnig, Frankenberg, Wittweida, Waldheim, ja selbst in der Residenz der Amtshauptmannschaft, in Döbeln selbst, den Vortrag gehalten, ohne daß etwas staatsgefährliches und unsittliches vorgekommen wäre. Vor zwei Jahren wurde auch in Harttha derselbe Vortrag im Gewerbeverein gehalten, ohne daß man von zunehmendem Haß oder zunehmender Unsittlichkeit sprechen könnte.“

**Aus Elsaß-Lothringen, 5. September.** (Fig. Ver.) Aus der Art und Weise, wie die Presse unseres Landes den 1. September, als den Tag des Inkrafttretens des neuen reichsständischen Preßgesetzes, begrüßt hat, läßt sich mit Sicherheit erkennen, daß die Sympathien, die man in theilweisigen Kreisen dieser neuesten Erregung des Systems Bismarck entgegenbringt, gleich Null sind. In nur ganz vereinzelten Fällen hielten es die Tagesblätter überhaupt der Mühe werth, des Termins zu gedenken, und wo dies geschah, da waren die Betrachtungen über den Werth und die Bedeutung des neuen Gesetzes auf einen recht wenig wohlklingenden Grundstoff gestimmt. Man ist in journalistischen Kreisen eben je länger desto mehr zu der Ueberzeugung gekommen, daß der neugeschaffene Rechtszustand der unabhängigen Presse Elsaß-Lothringens die zu ihrer gedeihlichen Entwicklung vor allem nöthige sichere rechtliche Grundlage immer noch nicht gebracht hat, und daß es deshalb ein entscheidender Fehler der Volksvertretung des Landes war, der von der Regierung portirten Vorlage um einiger unwesentlicher Zugeständnisse willen die Zustimmung zu ertheilen. Das Gute ist der Feind des Besseren, und wenn unter neues Preßrecht das Prädikat „gut“ nun auch durchaus nicht verdient, so wird sich doch zeigen, daß die Annahme der Vorlage durch den Landesparlament der Regierung die gewinnlichsten Gelegenheiten gegeben ist, sich auf Jahre hinaus einer durchgreifenden Besserung der preßrechtlichen Zustände des Landes zu widersetzen, weil sie sich jetzt mit einem Schein von Verechtigung darauf besinnen kann, in der Sache bereits „etwas gethan“ zu haben. So wird das Darnachschick des Diktaturparagraphe noch lange über den Haupte der reichsständischen Presse schweben. Der alte Ausnahmestand ist todt, es lebe der neue!

**Aus Elsaß-Lothringen, 6. Sept.** (Fig. Ver.) Tag für Tag lassen sich im Lande der „widergetragenen Brüder“ Belege dafür erbringen, daß der staatsrechtliche Eifer der Polizeibehörden immer noch nicht erkalten will. In Metz wurde vor einigen Tagen ein altpreussischer Student, der Verwandte zu besuchen beabsichtigte, durch einen Schutzmännchen bei der Ankunft auf dem Bahnhof verhaftet. Das kam so. Der Bruder Studio ist Mitglied der Freiburger Verbindung „Mhenania“, welche die staatsgefährlichen Jarben „Blauweiß-roth“ trägt. Obwohl der Nomenklon nur nur einen bescheidenen Bierzettel in dieser Koulure trug, erachtete es das Wohl des Staates doch gebieterisch, ihn festzunehmen. Nur mit Mühe gelang es, dem Schutzmännchen sein Opfer wieder zu entreißen. — Der zweite Fall von Staatsverletzung ereignete sich gestern in Straßburg. Ein einheimischer Turnverein hatte ein Volksgymnasturnen veranstaltet, bei dem nach alter Sitte auch tüchtig Musik gemacht wurde. Eben hatte die Kapelle einen flotten Marsch begonnen, als ein Vertreter der heiligen Hermandad herbeieilte, um die Musikerei zu verbieten. Es stellte sich heraus, daß die begonnene Märsch französischer Herkunft und deshalb gezeichnet war, das in Waffen stehende Deutsche Reich in seinen Grundfesten zu erschüttern. Der Sinn für groteske Komik stirbt bei den reichsständischen Polizeibehörden nicht aus.

**Ungarn.**  
**Der Staatsvoranschlag für das Jahr 1899** schließt im Ordinarium und Extra-Ordinarium mit Einnahmen in der Höhe von 508 808 608 fl. und 503 264 446 fl. Ausgaben, somit mit einem Ueberschuß von 89 157 fl. —

**Frankreich.**  
**Paris, 9. September.** Im Kriegsministerium werden alle Gerichte über eine Entscheidung des Kriegsministers zu beziehen in der Dreyfus-Angelegenheit als verfaßt bezeichnet. Zuulden steht die Prüfung der Aktenstücke fort und wird keine Entscheidung erst nach der Rückkehr von den großen Manövern, zu welchen er den Präsidenten Faure begleiten wird, bekannt geben. —

**Falsche Ausfremungen.** Die römische „Tribuna“ erhält aus Paris die Nachricht, Graf W. A. S. habe dem Minister des Aeußeren im Auftrage Kaiser Wilhelms erklärt, die Briefe des Kaisers an ihn und Dreyfus seien falsch, und er sei beauftragt, die Pässe zu fordern, falls die französische Regierung sich dieser Briefe in dem zu erwartenden Prozesse bedienen wolle.  
Das ist natürlich alles erfundenes Zeug. —

**England.**  
**Chamberlain** über das angebliche englisch-deutsche Bündniß. Aus London wird gemeldet: Nach einer Meldung der „Times“ aus New-York bestätigte der zur Zeit dort weilende Minister Chamberlain einem Vertreter des „New York Herald“, daß von England und Deutschland ein Abkommen unterzeichnet sei, daß es sich aber um kein Offensiv- oder Defensiv-Bündniß handle. Von der angeblichen englisch-russischen Verständigung bezüglich China's, erklärte Chamberlain, wisse er nichts. Auch über das Jarenmanifest sprach er sich aus. —

**Spanien.**  
**Madrid, 9. September.** Die Mitglieder der aus Republikanern, Karlisten und dissentirenden Konserwativen bestehenden Kammerminorität beschloßen in einer gestern Abend abgehaltenen Versammlung, von den Sitzungen der Cortes fernzubleiben, damit sie nicht für die Thaten der Regierung mit haftbar gemacht werden könnten. Sie beschloßen ferner, gemeinsam für die Aufrechterhaltung der Verfassung einzutreten. In einer von den Theilnehmern der Versammlung unterzeichneten Erklärung wurde das Verhalten der Minorität begründet; diese Erklärung soll soweit als möglich verbreitet werden.

Der Ministerrath beschäftigte sich gestern mit dem Austritt der Kammerminorität, entschied sich jedoch dahin, daß über den Frieden nur in geheimer Kammerberatung verhandelt werden solle. Gegenüber einem Berichterstatter äußerte ein Mitglied der Regierung, das Ministerium beabsichtige wegen der Haltung Silveira's und seiner Weigerung, die Regierung zu unterstützen, zurückzutreten. Es verlautet, die Regierung werde sich der Verletzung des Manifestes Polabieja's vor den Cortes widersetzen. Der Ministerpräsident Sagasta erklärte beim Verlassen des königlichen Palastes mehreren Journalisten, die Ernennung der Kommissare für die Friedensverhandlungen sei verlag worden, denn diese Kommissare müßten absolutes Vertrauen bei der Regierung genießen, und er wisse nicht, wer in einem Monat am Ruder sein würde. —

Der „Liberal“ glaubt, nach der voraussichtlich in der nächsten Woche erfolgenden Annahme des Gesetzes über die Veröffentlichung der Sitzungsprotokolle durch die Kammer werde das Ministerium Sagasta zurücktreten. Der Sturz der Regierung werde die Auflösung der Partei Sagasta's und eine Neubildung der Parteien herbeiführen.

**Serbien.**  
**Belgrad, 9. September.** („Verf. Tagebl.“) Die Folgen des neuen Preßgesetzes machen sich schon bemerkbar. Serbien hat jetzt nur noch drei Zeitungen, den „Objekt“, die „Male novine“ und das „Maly-Journal“. Der Rangel wird reichlich durch Pamphlete ersetzt. Eine ganze Reihe ist schon erschienen und erscheint noch, natürlich mit antidynastischen Tendenzen. Es heißt darin: „Wer hat Serbien in Schulden gestürzt? Der König ist krank. Zwei Fremdlinge (Wilson und Alexander) und so weiter. Trotz der offiziellen Dementis macht sich im Lande eine große Unzufriedenheit bemerkbar. Die Regierung hat strenge Maßregeln getroffen, um die Agitation zu verhindern. Ein besonderer Paß ist nöthig, um im Lande zu reisen, aus einer Stadt in die andere zu gelangen. Die Briefe werden regelmäßig geöffnet. Der „Objekt“ hat dreimal unsouft protestirt. —

**Finnland.**  
**Helsingfors, 7. September.** Eine in Petersburg tagende Kommission zur Revision des finländischen Wehrgesetzes hat einen Bericht an den finländischen Senat erstattet. Wie es heißt, beantragt die Kommission, daß sämtliche in dem jetzt geltenden Wehrgesetz enthaltenen Bestimmungen von verfassungsmäßigem Charakter vollständig aufgehoben werden sollen, daß die finländischen Truppen zukünftig unter russischer Disziplin stehen sollen, und daß die Leitung der finländischen Militärangelegenheiten bei dem russischen Kriegsministerium konzentriert werden soll. Der Vorschlag enthält noch andere Bestimmungen bezüglich der innigen Verbindung des russischen und finländischen Militärwesens. Die Kommission spricht die Ansicht aus, daß dieser Vorschlag von den finländischen Ständen nicht abgeändert werden könne, weil derselbe in den wesentlichen Hauptpunkten bereits vom Kaiser Alexander III. gebilligt worden sei.

In Finnland wird man anderer Meinung sein. Der Gegensatz der finländischen Bevölkerung, die eifersüchtig über ihre Rechte wacht, zu Rußland, wird durch diese Maßregeln nur gesteigert werden und im Lande große Unzufriedenheit hervorrufen.

Der finländische Landtag hat bereits jetzt den Entschluß gefaßt, dem neuen Wehrgesetz seine Zustimmung zu versagen. Andererseits verläutet mit Bestimmtheit, daß die Weigerung des Helsingfors'er Landtages, das Wehrgesetz anzunehmen, nur dazu führen werde, daß Kaiser Nikolaus II. die Durchführung der Reform auf administrativem Wege anordnet, was mit einem Bruch der Verfassung gleichbedeutend wäre. Dazu gesellt sich noch der Umstand, daß man in Petersburg plant, das finländische Staatssekretariat aufzuheben und die Verwaltung dieser Angelegenheiten der Kasselei des Jaren zu unterstellen. Dadurch verlore Finnland seinen einzigen eingeborenen Vertreter beim Jaren, denn in der Kasselei des Kaisers von Rußland dürften alle finländischen Angelegenheiten vom russischen Standpunkte behandelt und geregelt werden. Daß man in Petersburg diese Pläne zu verwirklichen entschlossen ist, erhellt aus der von uns schon erwähnten Ernennung des Generals Bobrikow, des bisherigen Etabs-Chefs der Gardetruppen des Petersburger Militärbezirks, zum General-Gouverneur von Finnland. General Nikolai Ivanowitsch Bobrikow, der Adjutant Alexander's II. und lange Jahre dem Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch dem Älteren zugehört war, gilt als energischer, national-russischer Staatsmann, der keine Rücksicht auf die finländische Verfassung nehmen dürfte. Dafür spricht schon die Thatsache, daß Kaiser Nikolaus II. in seinem Ernennungsbefehle an Bobrikow erklärt, er hoffe, Bobrikow werde den Finländern die Ueberzeugung beibringen, daß Finnland mit den für alle treuen Unterthanen gemeinsamen Vaterlande aufs engste vereinigt werden müsse. Es ist somit bezeichnend, daß die Finländer der bevorstehenden Eröffnung ihres Landtages mit großer Besorgniß entgegensehen. —

Wie die „Frankfurter Zeitung“ jetzt von zuverlässiger Seite erfahren haben will, haben die Mitglieder des finländischen Senats dieser Tage eine geheime Plenarsitzung gehalten, in der mit Einstimmigkeit beschlossen wurde, dem Kaiser-Großfürsten einen „allerunterthänigsten Immediatbericht“ zu überreichen, in dem seine Aufmerksamkeit darauf gelenkt wird, daß etwaige Beschlüsse des genannten Komitees bedeutungslos bleiben müßten, da laut der Verfassung des Großfürstenthums Veränderungen wie die in Erwägung genommenen nur von dem finländischen Landtag durchgeführt werden können. — Fast gleichzeitig hat man in Helsingfors aus Petersburg

die erfreuliche Mittheilung erhalten, daß das betr. Komitee bereits in seiner ersten Sitzung sich für inkompetent erklärt hat, indem die demselben unterstellte Frage verfassungsgemäß dem finländischen Landtag zur Entscheidung unterbreitet werden müsse. Selbst der antwefende Kriegsminister räumte dies ein, indem er sich mit seiner Unkenntniß der finländischen Verfassung entschuldigte.

**Philippinen-Republik.** Aguinaldo hat, wie uns mitgetheilt wird, am 23. Juni eine Verfassung für die Philippinen-Republik in 33 Artikeln und am 15. Juli eine Verfassung über die Uniformen ihrer Beamten erlassen. Er nennt sich Don Emilio Aguinaldo y Famy, Präsident der revolutionären Regierung und Obergeneral der Armee. Er hat Staatssekretäre für den Krieg, die öffentlichen Arbeiten, das Innere und die Finanzen ernannt. Das Aeußere will er zunächst selbst besorgen. Der Regierung zur Seite steht ein revolutionärer Kongreß, für welchen am 18. Juli eine Wahlordnung erlassen ist. Die Republik gewinnt also feste Gestalt und je länger sich die Entscheidung hinauszögert, desto schwieriger wird es werden, dieser Gegenströmung Herr zu werden. —

**Prenziische Landtagswahlen.**  
**Wahlvorbereitungen in Berlin.**

Nach einer Ministerialverfügung sollen die Vorarbeiten zu den Landtagswahlen unverzüglich vorgenommen werden, weil die Wahlmännerwahlen, wie schon gemeldet, in der zweiten Hälfte des Oktober stattfinden sollen. Nach der vom hiesigen Magistrat aufgestellten Uebersicht der Berliner Wahlbezirke entfallen auf den ersten Wahlbezirk 225 Urwahlbezirke, auf den zweiten Wahlbezirk 205, auf den dritten 475 und auf den vierten 220. Diejenigen Stadttheile, die bei der im Jahre 1890 erfolgten Eintheilung der Wahlbezirke noch nicht zu Berlin gehört haben, wählen, wie dies bei den Reichstagswahlen bereits geschehen ist, für den Wahlbezirk Teltow-Weeslow-Storkow (Thiergarten und Theile der Stadtbezirke 33, 34, 35, 288 und 284), die voraussichtlich vom Landrath des Teltower Kreises einem Charlottenburger Urwahlbezirke zugetheilt werden, während für Nieder-Barnim und Ober-Barnim neun neue Urwahlbezirke neu gebildet sind, die für den genannten Bezirk die Wahlmänner in Berlin zu wählen haben.

**Rebel's Antwort.**  
Die Erklärung der Vertrauensleute von Berlin, Teltow-Weeslow und Nieder-Barnim hat den Vorzug, daß sie indirekt zugiebt, daß die Vertreter jener Wahlkreise auf dem Hamburger Parteitag durch Zustimmung zum Amendement Mittag einen Beschluß zu Stande bringen wollen, den sie jetzt selbst als praktisch zwecklos betrachten. Und weil er ihnen praktisch zwecklos erscheint, beschließt die Mehrheit der Parteigenossen in Berlin, Teltow-Weeslow und Nieder-Barnim gegen den Beschluß zu handeln, indem man ihn ignorirt.

Ist das kein Zutwiderhandeln, so weiß ich nicht, wie man sonst dieses Verfahren bezeichnen soll.

Interessant ist aber auch das Eingeständniß, daß man sagt: „Soll der Hamburger Beschluß überhaupt einen Sinn haben, so kann es nur der sein, die Reaktion zu schwächen.“  
Mit Verlaub, das war der in meinen Resolutionen ausgesprochene Gedanke, der aber dadurch lastrirt wurde, daß die Vertreter Eurer Wahlkreise in Hamburg mit für das Amendement Mittag stimmten, das nach Euren eigenen jetzigen Geständniß jeden praktischen Erfolg in der Wahlbestimmung unmöglich macht. Nachdem so Eure Vertreter meinen Antrag verhungern halfen, erklärt Ihr jetzt als weise Cato's: Für diese Komödie ist in Berlin kein Genosse zu haben.

Ein reizendes Geständniß. Ihr spottet Eurer selbst und wißt nicht wie.  
Mit dieser meiner Darlegung ist auch der Satz in jener Erklärung: „Wahlmänner wählen zu lassen, um durch Kompromisse Mandate zu erlangen, ist glücklicherweise durch die Resolution Rebel verboten,“ richtig gestellt. Es ist mir nicht eingefallen, eine solche widersinnige Resolution zu beantragen, das überlasse ich andern.  
Ebenso hinwillingig ist der „energische Protest“ in jener Erklärung, weil ich angeblich den Berliner Genossen empfohlen hätte, gegen den Hamburger Beschluß zu handeln. Auch das ist mir nicht im Traume eingefallen, wie jeder bestätigen wird, der meine Erklärung zu lesen versteht.

Ich bin zu sehr überzeugt, daß die Mehrheit der Berliner Genossen in ihren Anschauungen über die hier vorliegende Frage zu verbleibt ist, als daß ich mich des unabweisbaren Geschicks unterziehen sollte, ihnen noch Rathschläge zu ertheilen. Aber das in der Erklärung liegende Geständniß, daß der Hamburger Beschluß von der Mehrzahl der Genossen in Berlin, Teltow-Weeslow und Nieder-Barnim als unannehmbar, also als ein Konfession angesehen wird, zwingt den Stuttgarter Parteitag, entweder den Hamburger Beschluß aufzuheben oder ihn in eine brauchbare Form zu modifiziren. Darum kommen wir nicht herum.

Ich bin mit dem Resultat dieser Erörterungen sehr zufrieden.

A. Rebel

**Auf die Kuriosa.**  
Die das preussische Landtags-Wahlrecht durch seine Klasseneinteilung hervorbringt, ist namentlich für die städtischen Kreise schon des öfteren hingewiesen. Nicht minder merkwürdiges aber dürfte sich auf dem sächsischen Lande zutragen. So bestätigt es sich, daß Freiherr v. Wangenheim, der neuerwählte erste Vorsitzende des Landes der Landwirthe, keinen Pfennig Staatseinkommensteuer zahlt; trotzdem wird der Herr in der ersten Klasse wählen. Und das geht so zu: Seit dem 1. April 1895 sind die staatlichen Grund- und Gebäudesteuern, wie die Gewerbesteuer, außer Rechnung gesetzt, während sie nach wie vor eingeschätzt werden. Nach dem Wahlreglement werden nun diese eingeschätzten, aber nicht gezahlten Steuern dort in Anrechnung gebracht (aufgepaßt, Bauer!), wo keine direkten Gemeindesteuern erhoben werden; das trifft auf die Ortsbezirke zu, und einen solchen beherrscht Herr von Wangenheim. Ja, es werden dem Herrn, wie den ärmsten Wählern, die zu keiner Staatseinkommensteuer veranlagt sind, weil sie nichts haben, noch drei Mark an steller Stelle Steuer in Anrechnung gebracht. Während aber das Reglement § 5 ausführlich dafür sorgt, daß von den wirklich armen Dreimarkmännern keiner auch nur in die zweite Klasse gelangt, genügt die veranlagte Staatssteuer, Herrn von Wangenheim der ersten Wählerklasse zu erhalten. Ja, das preussische Landtags-Wahlrecht ist von einem Wiffikus erdacht und die allmählichen Verschlechterungen sind des ganzen würdig. Die „F. Z.“ meint, daß es in den ostpreussischen Provinzen eine ganze Anzahl von Großgrundbesitzern geben dürfte, die in der ersten Wählerklasse stimmen, ohne einen Pfennig Steuer zu zahlen.

**Eine Parteiverammlung in Magdeburg** lehnte die Beteiligung an der Landtagswahl ab.

**Ueber die Parteiverammlung in Hildesheim,** die sich gegen die Beteiligung an der Landtagswahl aussprach, bringt der „Volkswille“ in seiner neuesten Nummer einen ausführlichen Bericht, woraus zu ersehen ist, daß der Reichstags-Kandidat des Kreises, Rauch aus Zimmer, die Beteiligung in der Ueberzeugung empfahl, daß in Hildesheim ganz anscheinliche Erfolge erzielt werden könnten, während der Korreferent Ledebour aus Berlin gegen die Beteiligung sprach, wobei er zur Begründung seiner im übrigen unseren Lesern schon bekannten Ansicht unter anderem ausführte: Das Stimmverhältniß bei der letzten Reichstagswahl zeige deutlich, daß die kleineren linksstehenden bürgerlichen Parteien ganz bedeutend eingebüßt hätten, das Vertrauen zu ihnen sei erheblich gesunken, ebenso würde das Verhältniß bei der Landtagswahl sein; die Sozialdemokratie könne deshalb gar keinen Einfluß auf die Zusammenfassung ausüben. Man solle in erster Linie unsere großen Ziele zu verwirklichen suchen.

In der Diskussion waren 4 Redner gegen und 1 Redner für Beteiligung. Mit großer Mehrheit wurde folgende Resolution an-



genommen: „Die Versammlung beschließt nach Anhörung der beiden Referenten und eingehender Erwägung, aus tatsächlichen und prinzipiellen Gründen den Genossen zu empfehlen, sich an den preussischen Landtagswahlen nicht zu beteiligen.“

### Der Beschluß der Solinger Kreis-Parteiversammlung,

der schon kurz erwähnt wurde, lautet wörtlich:  
„Die Versammlung ist sich mit den Genossen allerwärts darin einig, daß es für das arbeitende Volk von größter Bedeutung ist, die Macht des Junkertums im preussischen Abgeordnetenhaus zu brechen, und daß vielschichtige Volksvertreter, d. h. sozialdemokratische Abgeordnete gewählt werden. Trotz dieser Überzeugung lehnt die Versammlung für den Solinger Kreis eine Beteiligung an den diesjährigen preussischen Landtagswahlen ab und zwar aus folgenden Gründen:  
1. Ein Erfolg durch selbständiges Vorgehen und Aufstellung sozialdemokratischer Wahlmänner erscheint vollkommen ausgeschlossen, da, abgesehen von allen anderen Schwierigkeiten, womit die Parteigenossen im Solinger Kreise zu rechnen haben, die bürgerlichen Parteien sich ohne Zweifel zu dem einen arbeitereindlichen Mißmach gegen die Sozialdemokratie verbinden würden.  
2. Der Landtags-Wahlkreis Solingen, Reinscheid-Rempe war bis jetzt in den Händen der Nationalliberalen. Unter dieser Bezeichnung vereinigten sich, wie sich im Laufe der Jahre zeigt, alle bürgerlichen Elemente, die nicht der sozialdemokratischen oder der ultranationalen Partei angehören. Diese Elemente nennen sich heute freisinnig, morgen nationalliberal und ein drittes Mal Reichsparteiler. Eine Stärkung des linksliberalen Flügels im Abgeordnetenhaus durch sozialdemokratische Wahlbeteiligung ist für unseren Kreis mithin ebenfalls ausgeschlossen.  
Des Weiteren beschließt die Versammlung: In Erwägung, daß die Frage über die Beteiligung an den Landtagswahlen nur von den Genossen des gesamten Landtags-Wahlkreises einheitlich und endgültig entschieden werden kann, werden aus der Mitte der Versammlung einige Genossen gewählt, welche an der am 18. September zu Ronsdorf stattfindenden Konferenz der Genossen von Reinscheid und Rempe teilnehmen und den Beschluß der heutigen Versammlung vorlegen sollen.“

Diese Resolution wurde gegen zwei Stimmen angenommen.

### Partei-Nachrichten.

Die Parteikonferenz für den Wahlkreis Bochum hatte eine Kommission beauftragt, die Herausgabe eines Blattes für diesen Kreis vorzubereiten. Die Kommission macht jetzt bekannt, daß die neue Zeitung bereits am 1. Oktober erscheinen soll und den Titel führen wird: „Vollblatt für den Wahlkreis Bochum und Umgebung“. Sitz der Redaktion und Expedition ist Bochum.

Der Vorstand der badischen Landesorganisation theilt mit, daß über die Verlegung des „Vollstreckendes“ von Offenburg nach Karlsruhe und über dessen tägliches Erscheinen die zu Ende dieses Jahres in Durach stattfindende Generalversammlung der Landesorganisation endgültig entscheiden wird.

Einer Parteiversammlung in Pforzheim lag der Antrag vor, die Agrarkommission solle veranlaßt werden, ein für die Agitation geeignetes Programm herauszugeben. Der Antrag wurde abgelehnt, weil die landwirtschaftlichen Verhältnisse je nach Lage und Landesseite zu verschieden seien, um eine einheitliche Richtschnur für die Agitation zu geben. — Während der Wahlbewegung sind im Kreise Pforzheim von unserer Partei rund 100 Versammlungen abgehalten worden.

Aus Nürnberg. Bei der Revision des bayerischen Landtagswahl-Gesetzes vom Jahre 1881 haben sich die ultranationalen und liberalen Landtags-Abgeordneten samt der Staatsregierung viel darauf zu gute getan, daß sie das Amtsjahr der sogenannten permanenten Landtags-Wählerlisten ins Werk setzten. Damit sollte durch eine fortwährende amtliche Revision der Wählerlisten die rechtzeitige und richtige Aufnahme in die Wählerlisten, das Wahlrecht den Urwählern gründlicher als vorher gesichert sein. Wie die „Frankfurter Tagespost“ mittheilt, trat aber gerade das Gegenheil ein. Nach der ersten gründlichen Revision zeigte sich, daß die permanenten Landtags-Wählerlisten ein Monstrum sind, die in der Weise, wie es das Gesetz vorschreibt, ihren Zweck schon insofern gar nicht erfüllen, als sie nur durch eine ganz enorme, aber mit großen Schwierigkeiten und Umständen verbundene fortwährende von Halb- zu Halbjahr vorgenommene amtliche Revision wenigstens annähernd gebrauchsfähig gemacht werden können. Dies alles hat der sozialdemokratische Wahlverein Nürnberg-Altdorf feinerzeit sofort erkannt und dem auch in der Presse und der Gemeindebehörde Nürnberg gegenüber ausgesprochenen Ausdruck verliehen. Diese Behörde war aber damals des festen Glaubens, daß die permanenten Wählerlisten den „Ordnungs“-partei den Sieg über die Sozialdemokratie erleichtern würden. Damit täuschte man sich gründlich. Bei der letzten Landtagswahl fiel der Sieg unserer Partei zu. Nun ist auch der Nürnberger Magistrat dahinter gekommen, daß — so heißt es in einer offiziellen Notiz — die permanenten Landtagswählerlisten einer der wunderlichsten Punkte des Landtagswahl-Gesetzes sind, da die richtige Instandhaltung der Listen bei einer fortschreitenden Bevölkerung ein Ding der Unmöglichkeit ist. Der Magistrat hat beschloffen, für die im Oktober stattfindende Auflage der Listen die Revision der Listen durch städtische Beamte vornehmen zu lassen, dagegen im nächsten März eine Aufnahme der Wähler von Haus zu Haus anzubereiten, um für die dann im April stattfindende Auflage neue Listen anzufertigen.

### Vollzweiges, Gerichtliches etc.

In einer Parteiversammlung in Dresden-Altschadl wurde dem Reichstags-Abgeordneten Raden während seiner Rede über den Erlaß des Jaren von dem überwachenden Beamten das Wort entzogen, als er die Ausbeutungsgelüste der herrschenden Klasse schilderte. Als in der Diskussion ein anderer Parteigenosse die Oehmhauser Rede des deutschen Kaisers besprechen wollte, wurde ihm dies von dem überwachenden Beamten, mit dem Bemerkung unterlag, er solle sich an den Vortrag halten.

Aus Schwaburg-Rudolfsbad. Wegen Körperverletzung verurtheilt am Dienstag das Schöffengericht in Oberweißbach den Genossen M. Ehrhardt aus Meusa zu 1 Monat Gefängnis. Er hatte am Stichtage einem Freibier getränkten gegnerischen Stimmzettel-Verteiler deswegen einen Schubs verweigert, weil dieser fortwährend die Arbeiter beschimpfte und jedwede Beobachtung, ob die Personen, denen er Stimmzettel eingehändigt hatte, diese auch abgaben. Ehrhardt erhielt die hohe Strafe deshalb, weil er „Sozialdemokrat und Führer der Waldorte“ sei. Wegen des Urtheil ist Berufung eingelegt.

### Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgebung.

Unter den hiesigen Schlächtergesellen ist dieser Tage ein Flugblatt zur Verbreitung gelangt, in dem zu einer Versammlung der Schlächtergesellen zu nächsten Sonntag Nachmittag 4 1/2 Uhr in Cohn's Besälen eingeladen wird. Es soll nochmals der Versuch gemacht werden, die Arbeiter des Fleischergewerbes in einer Organisation zu vereinigen. Arbeiter anderer Verufe würden der Sache einen guten Dienst leisten, wenn sie die ihnen bekannten Schlächtergesellen auf besagte Versammlung aufmerksam machen wollten. Frühere Versuche sind an der Minderzahligkeit der betreffenden Berufsleute, sowie durch die brutale Niederdrückung der Gesellen durch die Meister erfolglos geblieben. In den Organen der letzteren wird auch jetzt bereits wieder gegen die „sozialdemokratischen“ Versammlungsbeirater gehetzt und mit Schwanz der Versammlung gedroht, wie das auch früher schon geschehen ist, wo die Meister mit ihren Getreuen antraten.

Mußinstrumenten-Arbeiter Berlins! In einer Anzahl von Werkstätten haben die Kollegen bisher noch keine Karten und Marken

zur Tilgung unserer Ehrenschuld entbieten. Es ist aber nur möglich, die Schuld zu tilgen, wenn die Kollegen aus allen Werkstätten ihren Obolus liefern. Kollegen, holt das Verjamnte noch. Wo der Wahl von Vertrauensmännern Hindernisse entgegenstehen, erwarten wir, daß sich Kollegen freiwillig melden, damit durch allseitiges Eintreten die Sache eine baldige Erledigung findet. Ferner machen wir die Mittheilung, daß von Zeit zu Zeit die Karten einer allgemeinen Kontrolle halber verstaatlichte abgestempelt und demzufolge eingefordert werden. Die Ausgabe erfolgt in den Lokalen von Heinrich, Raumnstr. 78, und Fritz Zubeil, Lindenstraße 106, jeden Sonntagabend. Die Kommission der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Die Situation der ausgeperrten Maurer und Zimmerer in Spandau scheint sich wieder etwas günstiger zu gestalten, denn unter den von Unternehmerseite herangezogenen italienischen „Arbeitswilligen“ herrscht zur Zeit darüber großer Unwille, daß ihnen gegen die mit den Unternehmern getroffene Abrede zum Theil nur ein Stundenlohn von 40 Pf. gezahlt worden ist. (Die ausgeperrten Arbeiter hatten 50 Pf. verlangt.) Am Donnerstag haben denn auch drei italienische Maurer wieder aufgehört und sind von den Ausgeperrten abgehoben worden; bereits am Montag hatten zwei der Italiener aus der gleichen Ursache einen Tag lang gefeiert. Aus diesen neuesten Lohndifferenzen läßt sich mit vollster Sicherheit auch ein Rückschluß auf die „Zufriedenheit“ der streiklustigen Arbeitgeber mit den Leistungen ihrer Schlinglinge machen, und hierbei kommt man zu dem von uns vorausgesagten Resultat, daß die italienischen Maurer lediglich zur Staffage dienen sollten und von deren Eingreifen die bedingungslose Unterwerfung der ausgeperrten Arbeiter erwartet wurde. Nur aber, da die einheimische Arbeiterkraft trotzdem nicht gleich zu Kreuze kriechen will, scheint den Unternehmern wohl erst die richtige Vorstellung vom dem Schaden, der ihnen selbst durch den gethanen Schritt erwächst, zu werden. Vielleicht kommt's aber noch besser!

### Deutsches Reich.

Die Zahl der begonnenen Streiks beträgt in Deutschland während des Monats August 56 gegen 47 im Vormonat. Es entfallen nach dem Arbeitsmarkt auf:

	Juli	August
Bergbau, Hütten- und Salinenwesen . . . . .	1	—
Industrie der Steine und Erden . . . . .	6	2
Metallverarbeitung, Industrie der Maschinen, Werkzeuge und Instrumente . . . . .	10	6
Textilindustrie . . . . .	1	2
Industrie der Holz- und Schnitzstoffe . . . . .	5	16
Industrie der Nahrungs- und Genussmittel . . . . .	4	3
Industrie der Bekleidung . . . . .	1	1
Langgewerbe . . . . .	16	15
Uebrigere Industriezweige . . . . .	3	11
Summa . . . . .	47	56

An Ausländern, deren Theilnehmerzahl zu ermitteln war, beteiligten sich 2766 Arbeiter. Die Zahl der Streiks ist fast in jedem Industriezweige gegen den Monat Juli gefallen. Nur in der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe und in der Metall- u. Uebrigere Industriezweige hat die Zahl auffallend zugenommen. Die starke Zunahme im Holzgewerbe rührt von einem Vorkreistreik her, der in einer ganzen Reihe von Orten West- und Mitteldeutschlands zu gleicher Zeit begonnen hat. Im Baugewerbe hat die Streikbewegung kaum nachgelassen. Die meisten Streiks sind, was die Theilnehmerzahl betrifft, von minimalem Umfang gewesen. Der größte Streik hatte Frankfurt a. M. zum Schauplatz. Neuestens ist hier eine Bewegung der Bauarbeiter entstanden, welche die Frankfurter an Umfang noch übertrifft.

Zur Ansiedlung der Bauhandwerker in Magdeburg. Die Situation ist unbedeutend. Bis zum Mittwoch waren 24 Ausständige abgereist. Den Kanalbau in der Stendalstraße scheint die hiesige Bauverwaltung selbst übernommen zu haben, da von ihr Arbeitskräfte gesucht werden. Einzelne Arbeitgeber versuchen die Arbeiter zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen und theilen bürgerliche Blätter mit, daß bereits 643 Arbeiter auf die Bauten des Unternehmer-Verbandes zurückgekehrt seien. Von den Ausständigen wird diese Angabe als unwirksam hingestellt und behauptet, daß allerdings einige Arbeiter, besonders unter den Zimmerern, gleich dem Ausstand fernblieben. Die Zahl der Mächtigen ist sehr gering und will der Unternehmer-Verband mit dieser Mittheilung die Ausständigen wahrscheinlich irreführen.

Die Magdeburger „Vollstimmte“, die wegen ihrer eifrigen Unterstützung der Ausständigen von der bürgerlichen Presse in Magdeburg während angegriffen wird, weist mit Recht nochmals auf die geringen Ansprüche hin, die die Arbeiter für die Beendigung des Kampfes geltend machen. Die Ausständigen verlangen, gegen Ende dieses Monats mit einer Kommission, wie dieselbe in dem Protokoll über die gepflogenen Unterhandlungen vor dem Herrn Oberbürgermeister Schneider festgesetzt, in Unterhandlung zu treten, um a) gemeinschaftlich auf Grund des von dem Arbeitgeber-Verband selbst angelegten Protokolls einen Arbeitstarif auszuarbeiten und b) die Lohn- und Arbeitsbedingungen für das nächste Jahr, vorbehaltlich der Zustimmung ihrer Mandatgeber, zu vereinbaren. Daß der Verband der Bauunternehmer wegen dieser Differenzen die Aussperrung aufrecht erhält, ist einfach wahlwichtig.

Die Tischler und Maschinenarbeiter werden gewarnt, bei der Firma Wehmann, Wölschfabrik in Bremen, Arbeit anzunehmen, da in der Fabrik eine Lohnreduktion durchgesetzt werden soll.

Die Maurer in Hannover beschloffen in einer stark besuchten Versammlung, vorläufig von der Durchführung einer Lohnforderung abzusehen, da die Agitation für die Organisation leider nicht die gewünschten Erfolge zeitigte.

Die Abrechnung des Münchener Tischlerstreiks weist in Einnahme 71 487,12 M. und in Ausgabe 69 661,66 M. auf. Zu den Kosten trug der Holzarbeiter-Verband 49 800 M., die Tischler am Ort 11 702,14 M. und der Gewerkschaftsverein in München 7982,17 M. bei. Die übrigen Beiträge gingen von auswärts ein.

### Soziales.

Der Verband deutscher Arbeitsschweizer hält am 27. September in München seine erste Verbandversammlung ab. Die Anmeldungen zu derselben gehen zahlreich ein. Die preussischen Minister für Handel und Gewerbe und für Landwirtschaft haben die Entsendung von Kommissaren in Aussicht gestellt. Auch der österreichische Handelsminister wird einen offiziellen Vertreter senden. Die Stadt Berlin wird durch den Stadtrat W. Anterberg und den Vorsitzenden des Bundes Dr. Freund vertreten sein. Nachdem der Arbeitsschweizer zu Köln kürzlich dem Verbands begetreten ist, umfaßt derselbe nun alle größeren deutschen allgemeinen Arbeitsschweizer. Anmeldungen zur Theilnahme sind an das Verbandsbureau in Berlin U. Klosterstr. 41, zu richten.

Mit der Anstellung weiblicher Assistenten beim Fabrikinspektorat ist nun auch Bayern dem „führenden“ Großstaat Preußen vorangegangen. Die amtlich mitgetheilt wird, daß das bayerische Staatsministerium des Innern vom 1. Oktober d. J. ab für die Regierungsbezirke Oberbayern, Niederbayern, Oberpfalz und Regensburg, dann Schwaben und Neuburg (1. Bezirk) mit dem Sitz in München als Sanitätsrath im Gewerbe-Aufsichtsdienste das Fräulein Karoline Bernay in München, dann für die Regierungsbezirke Mittelranken, Pfalz, Oberfranken, Unterfranken und Wshafenburg (2. Bezirk) mit dem Sitz in Nürnberg die Frau Anna Gundelfinger, ehemalige Buchhalterin und Fabrikassistentin in Altdorf, angestellt. Im allgemeinen sind ihnen die Befugnisse der männlichen Assistenten der sonstigen Fabrik- und Gewerbe-Inspektoren eingeräumt.

Ueber den Herzteufel in Reinscheid wird uns von dort gestern 7. September geschrieben: Heute Vormittag fand an dem hiesigen Rathhause auf Veranlassung des Regierungspräsidenten in Düsseldorf eine Zusammenkunft statt, woran neben drei Regierungsvertretern eine dreigliedrige

Kommission der Aerzte und der Vorstand der Allgemeinen Orts-Krankenkasse theilnahmen.

Der die Verhandlung leitende Vertreter des Regierungspräsidenten gab zunächst die Erklärung ab, daß er nicht gekommen sei, um irgend einen Zwang auf die Kasse auszuüben, sondern nur, um zu vermitteln. Veranlassung dazu, daß der Regierungspräsident seine Vertreter sandte, habe eine mit genügenden Unterschriften versehene Beschwerde von Kassenmitgliedern gegeben, worin erklärt sei, die ärztliche Hilfe wäre ungenügend. Es komme hier der § 56a des Kranken-Versicherungsgesetzes in Betracht, auf Grund dessen die Regierung unter Umständen einschreiten werde.

Ramens der Aerzte erhielt hierauf Herr Dr. Fischer das Wort, der zunächst betonte, daß das Verhältnis zwischen dem Vorstand und den Aerzten bisher in jeder Beziehung zufriedenstellend gewesen sei. Die nicht erfolgte Wiederwahl zweier Kollegen als Kassenärzte für das nächste Jahr sei aber nach ihrer Meinung ungerechtfertigt. Ihr Vorgehen richte sich gegen die Anstellung von beamteten Kassenärzten.

Vom Vorstande der Orts-Krankenkasse wurde erwidert, daß, wenn derselbe die gesetzlich garantierte Selbstverwaltung hochhalten wolle, die Anstellung und Abberufung der Kassenärzte lediglich Sache des Vorstandes bleiben müsse. Seine diesbezüglichen Handlungen seien stets von der Sorge um das Gedeihen der Kasse und um das Wohl der Kassenmitglieder diktiert gewesen. Nach diesen, selbst von Herrn Dr. Fischer anerkannten Grundätzen sei auch die Wiederwahl von zehn der bisherigen Kassenärzte geschehen. Dadurch, daß die Kassenärzte plötzlich ihre Funktionen niedergelegt hätten, sei dem Vorstande unerwartet eine furchtbare Verantwortlichkeit auferlegt worden. Der Vorstand sei von dem Bewußtsein durchdrungen gewesen, daß die Pflicht ihm die sofortige Beschaffung ärztlicher Hilfe gebiete. Seit Sonntag habe der Vorstand Tag um Nacht gearbeitet; es sei ihm gelungen, sieben Aerzte zu beschaffen, die ihre Funktionen theils schon übernommen hätten, theils in den nächsten Tagen eintreffen würden. Die Herren seien kontraktlich auf drei Jahre mit einem Fixum von 6000 M. pro Anno angestellt. Da diesen Aerzten die Ausübung von Privatpraxis nicht gestattet sei, so würden dieselben ausreichen, um den an sie gestellten Anforderungen zu genügen. Würde die Regierung die Anstellung von weiteren Aerzten verweigern, so bedeute das den finanziellen Ruin der Kasse, für den der Vorstand dann aber jede Verantwortung ablehnen und der hgl. Regierung übertragen müsse. Da somit für ausreichende ärztliche Hilfe gesorgt sei, so erübrige sich jede weitere Verhandlung. Der Vorstand bedauere sehr, daß die bisherigen Kassenärzte durch ihr Verhalten den jetzigen Zustand herbeigeführt hätten; an den gegebenen Thatnamen sei jedoch nichts mehr zu ändern. Von Vorstandsmitgliedern wurde noch die befreundliche Thatsache hervorgehoben, daß schon am Montag in Düsseldorf schriftliche Beschlüsse eingereicht wurden; es lasse dies auf ganz ungewöhnliche Vorgänge schließen, vielleicht sei Herr Dr. Fischer bereit, darüber Auskunft zu geben, auf welche Art und Weise die Beschlüsse — jedenfalls schon am Sonntag — zu stande gekommen sei. Herr Dr. Fischer bat, die gestellte Frage unbeantwortet lassen zu dürfen.

Der Herr Regierungsvizevertreter versuchte dann nochmals, eine Einigung zu stande zu bringen und ließ zu diesem Zweck die Parteien zu gesondeter Berathung abtreten. Nach Wiedereintritt gab der Vorsitzende des Vorstandes folgende Erklärung ab:

Durch das Vorgehen der Aerzte war der Vorstand gezwungen, für die kranken Kassenmitglieder sofort ärztliche Hilfe zu beschaffen. Dieses ist so schnell wie möglich geschehen und hat der Vorstand damit seine Pflicht gethan. Der Vorstand bedauert, mit den Aerzten nicht weiter verhandelt zu können, da die Mittel dafür fehlen. Bezüglich der Beschwerde von Kassenmitgliedern konstatirt der Vorstand, daß sich dieselbe nicht gegen ihn richten kann, sondern auf die bisherigen Aerzte zurückfällt.

Darauf wurden die Verhandlungen geschlossen. Das Ergebnis ist, daß die Reinscheider Aerzte ihren Streik innerhalb drei Tagen vollständig verloren haben.

### Letzte Nachrichten und Depeschen.

Frankfurt a. M., 9. September. (W. S.) Aus London wird der „Hess. Zig.“ gemeldet: Nachrichten aus Shanghai zufolge ist außer Li-Hung-shang auch der ebenfalls sehr russenfreundliche erste Mandarin-Direktor der Staatserevenuen, Ching-fu, aus dem Tzong-li-Jamen entfernt worden.

Wien, 9. September. (W. S.) Nach Meldungen aus Bad Schischau ist dort ein Feuer ausgebrochen, welches das Postamt zerstörte und die Kirche bedroht.

Einer späteren Meldung zufolge soll die Hälfte der Ortschaft, welche 1042 Einwohner zählt, in Flammen stehen.

Wag, 9. September. (W. S.) Der Reisende Habel von der Reichsberger Teppichfirma Weniger erschloß die Hotellierin Amalie Jäger und dann sich selbst.

Paris, 9. September. (W. S.) Eine Note der „Agence Havas“ belagt: Um den angeblichen, auswärtigen Blättern entlehnten Behauptungen ein für alle Mal ein Ende zu machen, sind wir zu der Erklärung ermächtigt, daß von keiner fremden Regierung irgend welche Mittheilung oder irgend welcher Schritt hinsichtlich der Dreifus-Angelegenheit bei der französischen Regierung gemacht worden ist.

Madrid, 9. September. (W. S.) Die Senatoren und Deputirten der baskischen Provinzen lenken die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Propaganda hin, welche die baskischen Separatisten im Lande unter Verwendung der Untgläubigkeit der Bauern treiben, um sie von der Nothwendigkeit zu überzeugen, die Unabhängigkeit der baskischen Provinzen zu erlangen.

Kiew, 9. September. (W. S.) Bei der medizinisch-wissenschaftlichen Sektion des Herzogentages gingen Anträge ein auf Gründung eines medizinischen Instituts für Frauen in Kiew beziehungsweise Zulassung der Frauen als Hörerinnen in den medizinischen Fakultäten an den russischen Universitäten. Die Sektion nahm die Anträge einstimmig sympathisch auf.

Konstantinopel, 9. September. (W. S.) Meldung des Wiener Telegr.-Korresp.-Bureaus: Der Brand in Kandia dauerte gestern noch an. Der englische Botschafter beschloß die Stadt neuerdings. Die aus Malta eingetroffenen 250 Mann englischer Truppen konnten nicht in die Stadt gelangen.

Athen, 9. Sept. (W. S.) Die französische Gesandtschaft erhielt aus Kanea die amtliche Meldung, daß dort ebenfalls eine große Währung unter den Türken herrsche. Die Kommandanten der internationalen Truppen haben deshalb die Waffen verpackt. Die kretenischen Flüchtlinge bereiten ein Remonandum an die Großmächte vor, in welchem um schleunige Regelung der Kretasrage ersucht wird. Die Blätter fordern die griechische Regierung auf, Kriegsschiffe mit Lebensmitteln, Aerzten und Medicamenten nach Kandia für die dortigen Christen zu senden. Die Anzahl der getödteten Christen wurde jetzt nur auf 400 angegeben, da viele Todtgegrabene sich wieder eingestanden haben. Augenzeugen schildern die Schreckensszenen vom Dienstag Abend in ergreifender Weise. Die Türken, welche die Straßen und Thore der Stadt besetzt hielten, megelten jeden Christen nieder, der sich, vor den englischen Granaten flüchtend, aus dem Hause wagte.

Athen, 9. Sept. (W. S.) Aus Kanea wird gemeldet, daß die dortigen Engländer behaupten, die Revolte in Kandia sei ein wohl-bereiteter Plan der Türken gewesen.

Athen, 9. September. (W. S.) Admiral Votolo kündigte die Entsendung eines Exekutivkomitees für Kreta an. Eine Untersuchung hat ergeben, daß die baskischen Soldaten auf die Engländer schossen.

Athen, 9. September. (W. S.) 126 kretenische Flüchtlinge kamen im Piräus von Candia an, unter ihnen befinden sich zahlreiche Verwundete. Die Flüchtlinge erzählten, daß bei dem Gemetzel in Kandia 204 Personen unblam und auch sonst noch andere Opfer vorhanden seien.







halb des Verbandes. Ein weiterer Fortschritt sei darin zu erblicken, daß zu den Aemtern in Göttingen, Hamburg und Heidelberg, den einzigen, die bisher auf deutschem Sprachgebiet in Betrieb waren, neuerdings solche in Jena und Basel hinzugekommen sind. In Mannheim und Eisenach werden im Laufe des nächsten Jahres Aemtern fertig gestellt werden, und zwar in Eisenach auf Kosten der Stadt. Da der heftigste Minister Feind, welcher ein erklärter Feind der Feuerbestattung war, nicht mehr im Amte ist, so ist für dessen die Einführung der salutariven Feuerbestattung zu erwarten, sobald das schon seit Jahren fertige Aemtern in Offenbach a. M. in Betrieb genommen werden kann. Weiter bemerkt Herr Matthei, daß die Kirche nach wie vor eine heftige Gegnerin der Feuerbestattung sei. Während es in Preußen den evangelischen Geistlichen untersagt ist, am Sarge eines durch Feuer zu Bestattenden einen Trauergottesdienst zu halten, hat die Eisenacher Evangelische Kirchenkonferenz sogar die Weisung der Kirche auf einem christlichen Kirchhof für unstatthaft erklärt!

Der anwesende Vorsitzende des Kuratoriums für das Bestattungsweesen Berlins, Stadtrath Friedel, wurde von Herrn Matthei begrüßt und sprach sich darauf sehr sympathisch über die Bestrebungen der Feuerbestattungs-Vereine aus.

Auf der Tagesordnung stand unter anderem ein vom Stadtrath Plesch aus Frankfurt a. M. gestellter Antrag, betreffend die Uebernahme der Bestattungs- (Beerdigungs-) Kosten durch Staat oder Gemeinde. Gegen diesen Antrag, der schon den vorigen Verbandstag beschäftigt hat, machte ein Redner geltend, der Verein lege, wenn er den Antrag annehme, ins sozialdemokratische Fahrwasser, und man müsse diesen Ansehen vermeiden. Andere Redner vertraten den Standpunkt, daß der Antrag außerhalb des Rahmens der Bestrebungen der Feuerbestattungs-Vereine liege, die doch nur die Aufgabe hätten, für Verbreitung der Feuerbestattung zu wirken. Aus diesem Grunde wurde der Antrag dem auch abgelehnt.

Ein Antrag, darüber in Beratung zu treten, ob den Vereinen die Eintragung in das Vereinsregister (§ 21 und ff. des Bürgerl. Gesetzbuchs) und eine dahingehende Statutenänderung zu empfehlen sei, wurde einer Kommission überwiesen. — Der Verbandstag stimmte im Prinzip der Herausgabe einer volkshilflich gehaltenen Agitationschrift für die Bestrebungen der Feuerbestattungs-Vereine zu. — Hierauf wurde die eventuelle Beschickung der Pariser Weltausstellung diskutiert und der Vorstand beauftragt, sich dieserhalb mit den betreffenden Faktoren in Verbindung zu setzen.

Dem Konfistorialrath Wahlen in Koburg, der nebenher bemerkt, im Gegensatz zu der von der Kirche vertretenen Anschauung, in einer Schrift nachgewiesen hat, daß die Feuerbestattung weder dem christlichen Glauben, noch dem christlichen Dogma widerspreche, sandte der Verbandstag ein Sympathie-Telegramm, auf das in der Nachmittags-Sitzung die Antwort einlief: „Herzlichen Dank, ich thut nur, was Christenpflicht mir gebot.“

Aus den weiteren Verhandlungen ist ein Antrag von Interesse, welcher eine Petition um Einführung der obligatorischen Leichenschau durch Ärzte oder wissenschaftlich gebildete Medizinalpersonen befürwortet in allen denjenigen Staaten, wo eine solche zur Zeit noch nicht besteht. Der Antrag wurde angenommen mit der Begründung, daß einer der hauptsächlichsten, gegen die Feuerbestattung geltend gemachten Gründe der sei, daß durch Einäscherung des Leichnams die Entdeckung etwaiger Verbrechen gegen das Leben erschwert werde. Dieser Einwand werde durch Einführung der obligatorischen Leichenschau hinfällig.

Der Verbandstag beschloß ferner, an die zuständigen Eisenbahnbehörden eine Eingabe zu richten, in welcher die Abänderung der jetzigen wenig würdigen Art des Ein- und Ausladens der mit der Eisenbahn beförderten Leichen gefordert, und um Einführung würdiger ausgestatteter Wagen, wie solche für den Leichentransport auf den belgischen Bahnen bereits im Gebrauch sind, erucht wird.

Die schon erwähnte Schrift des General-Superintendenten Wahlen: „Die Stellung der evangelischen Kirche zur Feuerbestattung“ soll in 3000 Exemplaren auf Kosten des Verbandes beschafft und zum Zwecke der Propaganda verbreitet werden. Der nächste Verbandstag findet im Jahre 1900 in Frankfurt a. M. statt.

**Statistisches von der Stadt- und Ringbahn.** Nach dem „Archiv für Eisenbahnen“ wurden im inneren Verkehr der Stadt- und Ringbahn — einschließlich des Grunewaldverkehrs — in den 14 Jahren 1884 bis 1897 rund 646 Millionen Personen (76 183 457 in II. und 569 729 421 in III. Wagenklasse) befördert und dafür rund 68 969 000 M. (11 167 625 M. für die II. und 57 201 313 M. für die III. Wagenklasse) vereinnahmt. Die Anzahl der im Vorort- und Fernverkehr beförderten Personen ist nicht festzustellen; nach überschläglicher Ermittlung betrug diese im Jahre

1895 im Vorortverkehr	14 170 000	im Fernverkehr	2 720 000
1896	14 880 000		2 900 000
1897	16 070 000		3 170 000

so daß sich die Gesamtbeförderung auf der Stadt- und Ringbahn im Jahre

1895 auf rund	92 372 000 Personen	=	253 000 täglich
1896	107 867 000	=	295 000
1897	106 987 000	=	293 000

stelt. In der II. Wagenklasse wurden im Jahre 1897 Fahrten zurückgelegt: Im inneren Personenverkehr der Stadtbahn-Stationen 10 095 801 (gegen 10 114 862 bezw. 8 234 566 in den Jahren 1896 und 1895), auf der Ringbahn 2 801 889 (gegen 3 002 902 bezw. 2 093 242 in den beiden Vorjahren), in der III. Wagenklasse: im inneren Personenverkehr der Stadtbahn-Stationen 46 450 813 (48 229 900 bezw. 41 605 204), auf der Ringbahn 28 398 911 (28 648 950 bezw. 23 649 316), — von der Gesamtzahl der Fahrten in II. und III. Wagenklasse entfielen auf die Stationen der Stadtbahn im Jahre 1897 64,4 pCt. (gegen 68,8 bezw. 65,9 pCt. in den Jahren 1896 und 1895), auf die Stationen der Ringbahn 35,6 pCt. (gegen 35,2 bezw. 34,1 pCt. in den beiden Vorjahren); von der Gesamtzahl der Fahrten in II. Wagenklasse auf die Stationen der Stadtbahn 78,3 (77,1 bezw. 79,7) pCt., auf die der Ringbahn 21,7 (22,9 bezw. 20,3) pCt.; von der Gesamtzahl der Fahrten in III. Wagenklasse auf die Stationen der Stadtbahn 62,1 (62,7 bezw. 63,7) pCt., auf die der Ringbahn 37,9 (37,3 bezw. 36,3) pCt.

Vereinnahmt wurden im Jahre 1897 für die II. Wagenklasse: auf den Stadtbahn-Stationen 1 251 253 M. (gegen 1 318 950 M. bezw. 1 051 910 M. in den Jahren 1896 und 1895), auf den Ringbahnstationen 411 993 M. (gegen 455 784 M. bezw. 311 003 M. in den beiden Vorjahren), für die III. Wagenklasse: auf den Stadtbahnstationen 4 234 924 M. (4 487 409 bezw. 3 789 007 M.), auf den Ringbahnstationen 2 417 254 M. (2 589 542 M. bezw. 2 067 217 M.). — Von der Gesamteinnahme der II. und III. Wagenklasse entfielen im Jahre 1897 auf die Stationen der Stadtbahn 66 pCt. (gegen 65,5 bezw. 67,1 pCt. in den Jahren 1896 und 1895), auf die Stationen der Ringbahn 34 pCt. (gegen 34,5 bezw. 32,9 pCt. in den beiden Vorjahren); von der Gesamteinnahme der II. Wagenklasse auf die Stationen der Stadtbahn 75,2 (74,8 bezw. 77,2) pCt., auf die der Ringbahn 24,8 (25,7 bezw. 22,8) pCt.; von der Gesamteinnahme der III. Wagenklasse auf die Stationen der Stadtbahn 63,7 (63,3 bezw. 64,7) pCt., auf die der Ringbahn 36,3 (36,7 bezw. 35,3) pCt.

Die Verkehrssteigerung war in der II. Wagenklasse erheblich größer als in der III., und die des Gesamtverkehrs auf der Ringbahn viel bedeutender als auf der Stadtbahn, namentlich bei den Arbeiterarten. Die II. Wagenklasse wird auf der Stadtbahn weit mehr benutzt, als auf der Ringbahn. Im Verkehr auf Arbeiterarten ist auf der Stadtbahn mit der Einführung der ermäßigten Monatskarten — 1. April 1898 — ein Niedergang eingetreten, der seinen Grund darin hat, daß die Benutzung der Arbeiterarten eingeschränkt ist und ihnen daher vielfach die keiner Beschränkung unterliegenden, nur wenig theureren Monatskarten vorgezogen wurden.

**Einen für die Posamenten-Industrie sehr wichtigen Beschluß** hat das Kuratorium der städtischen höheren Weberschule in seiner letzten Sitzung gefaßt. Um dem angeblichen Mangel an vorgebildeten Arbeiterkräften in genanntem Gewerbe abzuhelfen, wird ein halbjähriger Kursus für weibliche Personen eingerichtet. Der Unterricht

umfaßt praktische Ausbildung in Posamentenarbeiten aller Art, speziell der Wöbel-, und Konfektionsbranche. Es soll die Anfertigung von Fransen, Besätze für Möbel und Gardinen, Quasten und Gardinenhalter und Besätze für Mäntel und Capes etc. gelehrt werden. Ein nebenher gehender Zeichenunterricht wird die Schülerin im Skizzieren und Entwerfen neuer Muster sowie in der Umlegung gegebener Motive in praktische Muster lehren. Ueber den Unterricht, der am 11. Oktober et. beginnt, ist Näheres im Bureau der in der Markstr. 49 gelegenen Schule zu erfahren.

**Zivilmusiker und Militärmusik.** Abschlägig beschieden hat das Generalkommando des Gardekorps eine Eingabe des Allgemeinen deutschen Musikerverbandes in Sachen des Wettbewerbs der Militärmusiker. Der Verband hatte ersucht, daß das gewerbliche Musikgenre der Militärmusik in Uniform thematisch eingeschränkt und das Singereignen der Kapellen nur dann gestattet werden solle, wenn ein Mindest-Eintrittsgeld von 20 Pf. erhoben werde. Gleichzeitig wurde auch über verschiedene Fälle Verführung geführt, in denen Militärmusiker gegen den Erlaß des Kaisers und die Verfügung des Kriegsministers über den Gebrauch der Uniform beim Spielen verstoßen haben sollten. Daraufhin ist vom Generalkommando des Gardekorps nachstehende Antwort eingegangen: „Die in Ihrem Schreiben vom 10. Juli d. J. zur Sprache gebrachten Fälle, wonach Militärmusiker zum Tanz u. s. w. in Uniform geschickt haben sollten, sind untersucht worden und hat sich herausgestellt, daß nur in einem Fall gegen die Bestimmungen gehandelt worden ist. Dem von Ew. Wohlgeboren ausgesprochenen Wunsch, den Militärmusikern das Spielen in sogenannten Freilichtorten zu verbieten, vermag ich nicht nachzukommen. Wenn die Engagements unter Einhaltung des Mindesttarifs erfolgen, so hat der Truppenteil kein Interesse daran, ob das Honorar von den Besitzern des Lokals oder von den dafelbst verkehrenden Gästen bezahlt wird. geg. Das Generalkommando v. P. o. d.“

**Das Polizeipräsidium** wiederholt folgende Bekanntmachung: Es wird wiederholt davor gewarnt, Wohnungen in Neubauten oder umgebauten Häusern zu mieten, ohne sich beim zuständigen Polizeirevier zu erkundigen, ob die gemieteten Räume auch zu der betreffenden Zeit bezugsbar sein werden. Zwischen der Reklamation und der Gebrauchsunfähigkeit von Neu- und Umbauten muß nach der Bauordnung in der Regel eine sechsmonatige Frist liegen, vor deren Ablauf aus leicht erklärlichen Gründen das Bezahlen von Mietzinsen polizeilich nicht gebildet wird. Die Polizeireviere sind angewiesen, über die Bezugsbarkeit derartiger Wohnungen bereitwillig Auskunft zu erteilen.

**Die ersaherenden Bestimmungen**, die am 1. September für die Beförderung von Fahrrädern für den Eisenbahn-Vorortverkehr in Kraft getreten sind, haben einen bedeutenden Rückgang des Radfahrverkehrs auf der Bahn zur Folge gehabt. Auf allen Vorortstationen ist dieser Verkehr auf ein Drittel bis ein Fünftel des bisherigen Umfangs gesunken.

**Eine Ausstellung von Einrichtungsmaterial für Krankenhäuser, Lazarette etc.** wird in nächster Zeit das Zentralkomitee von Rothen Kreuz veranstalten. Das Ausstellungsbureau befindet sich bis auf weiteres noch im Herrenhause, Leipzigerstr. 3. Dasselbe wird am Schluß des Monats Oktober, in etwa 8 Tagen, nach dem Ausstellungsort am Lehrter Bahnhof verlegt werden.

**Die Prozeduren der Potsdamer Brücke**, deren Befestigung durch den gestrigen Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung wahrscheinlich geworden ist, sollen der „Volkst.-Ztg.“ zufolge nach dem Längsplan gebracht werden.

**Für den nächsten Oktober-Umzug** in Berlin weicht die Räumungsfrist infolgedessen von den sonstigen Bestimmungen ab, als der 2. Oktober auf einen Sonntag fällt. Der Umzug wird sich deshalb derartig regeln, daß keine Wohnungen von 1-2 Zimmern und Küche, wie gewöhnlich, bis zum 1. Oktober mittags abgegeben werden müssen. Hingegen fällt der Räumungstag für Miethwohnungen von 3-4 Zimmern und Küche diesmal auf den 8. Oktober, so daß diese bis zu diesem Tage mittags 12 Uhr frei sein müssen. Dementsprechend sind Wohnungen von mehr als vier Zimmern und Küche bis zum 4. Oktober mittags 12 Uhr zu räumen. Der Sonntag ist für den Umzug nur so weit frei gegeben, daß Umzüge bis 8 Uhr morgens beendet sein müssen. Die Räumung von Geschäftslökalen muß bis zum 1. Oktober, abends 10 Uhr, beendet sein.

**Umfassende Tarifermäßigungen** sollen mit dem nächsten Winterfahrplan der Großen Berliner Straßenbahn vorgenommen werden, die als ein neuer Schritt zur Einführung des allgemeinen Bahnspennentaris zu betrachten wären. Besonders sollen die nach Noabitt führenden Linien Tarifermäßigungen erfahren. Die Strecke Rosenhaler Thor-Baldstraße erhält erheblich verlängerte 10 Pf.-Zweistrecken. Die Linie Noabitt-Schlesische Bahnhof über den Spittelmarkt wird in zwei 10 Pf.-Strecken geteilt, und ähnliche Änderungen sollen auch auf den übrigen Linien vorgenommen werden. Die Durchschnittslänge der 10 Pf.-Zweistrecke, die jetzt nahezu eine halbe Meile beträgt, wird um etwa 600 Meter vergrößert werden. — Den 10 Pf.-Tarif allgemein einzuführen, behagt der „Großen Berliner“ bekanntlich immer noch nicht.

**Der Winterfahrplan** für den Stadt-, Ringbahn- und Vorortverkehr ist jetzt herausgegeben. Er weist außer den regelmäßig im Winter eintretenden Zugverschiebungen mehrere neue Züge und Anschlüsse auf. So erhält die Potsdamer Bahn wie auch die Wanneseebahn für die Zeit vom 15. Januar bis 31. März einen Nachzug bis Potsdam, welcher um 1 Uhr 45 Minuten früh in Berlin abgelaufen wird. Zwischen der Stadtbahn und Nieder-Schöneweide-Johannisthal sind in jeder Richtung drei neue Züge mit Abfahrt vom Schlesischen Bahnhof um 10 Uhr 51 Minuten vormittags, 12 Uhr 51 Minuten und 1 Uhr 51 Minuten nachmittags bezw. von Nieder-Schöneweide um 12 Uhr 4 Minuten, 2 Uhr 4 Minuten, und 3 Uhr 4 Minuten nachmittags neu eingelegt. Auf der Spindlersfelder Bahn verkehrt ein neuer Abendzug 10 Uhr 55 Minuten ab Nieder-Schöneweide und 11 Uhr 14 Minuten zurück von Spindlersfeld. Auf der Vorortstrecke Berlin-Regel ist ein neuer Zug 11 Uhr 35 Minuten vormittags ab Stettiner Bahnhof bezw. 1 Uhr 10 Minuten nachmittags ab Regel vorgesehen, dafür fällt der Abendzug um 9 Uhr ab Stettiner Bahnhof bezw. 9 Uhr 45 Minuten ab Regel aus. Die zwischen Zehrer Bahnhof, Spandau und Kauen verkehrenden Vorortzüge erleiden mehrere Verschiebungen, um nach Inbetriebnahme der Haltestelle Pulchstraße mit dem Nordring-Zügen in Verbindung gebracht zu werden.

**Der Botanische Garten** (W., Potsdamerstraße 75) ist am kommenden Sonntag — zum letzten Male in diesem Jahre — nachmittags von 2-7 Uhr für das Publikum geöffnet. Zur Besichtigung stehen frei die Ausstellung der Kuppelplanzen unserer Kolonien und die pflanzengeographischen Anlagen. Nicht ausgeschlossen ist es, daß auch die Victoria regia an jenem Tage wiederum eine Blüte zur Entfaltung bringen wird.

**Ein vergessener Wohnungsschlüssel** ist die Veranlassung zu einem bedauerlichen Unfall geworden, von welchem vorgestern der Barbier Thun, Gneisenaustr. 69 wohnhaft, betroffen worden ist. Derselbe hat in dem genannten Hause in ein ersten Stockwerk belegene Hofwohnung inne. Da er den Schlüssel zu derselben vergessen hatte, so wollte er, um in dieselbe zu gelangen, den Weg durch's Fenster nehmen, zu welchem Zwecke er eine Leiter zum Aufstieg benutzte. Bei seinen Bemühungen, ein Fenster zu öffnen, stürzte er jedoch auf den gepflasterten Hof hinab, erlitt hierdurch einen Armbruch, mehrere Kopfwunden und Scheinbar auch innere Verletzungen, welche seine Unterbringung im städtischen Krankenhaus im Urban erforderlich machten.

**Schwer heimgejagt.** Das betagte hiesige Quaschnig'sche Ehepaar aus der Wollschalenstr. 8 verlor vor einem Jahre durch einen Unfall seinen einzigen Sohn. Der junge Mann wollte ein durchgehendes Gespinn aufhalten, wurde dabei überfahren und auf der Stelle getödtet. Gestern Nachmittag hat nun Frau Quaschnig auf dieselbe Weise auch noch ihren Mann verloren. Dieser brachte eine Fuhre Thüren und Fenster nach einem Neubau in der Maternstraße. Als er abgeladen hatte und wieder auf die Straße hinausfuhr, sah er, wie vom Nachbargrundstück ein Gespinn mit einem

Arbeitswagen durchging. Der 56 Jahre alte Mann warf sich den Pferden entgegen, um sie anzuhalten, verwickelte sich aber in die Leine, kam zu Falle und wurde ein Stück Weges mitgeschleift. Schließlich konnte er sich nicht mehr halten, und nun ging ihm der schwere Wagen über die Brust. Die Verletzungen waren so schwer, daß der Kermis ihnen sofort erlag. Die alte Frau sitzt nun, ihrer Ernährer beraubt, ganz allein da.

**Selbstmorde.** In einem Gasthofe der Friedrichstadt erhängte sich ein Mann, dessen Persönlichkeit man noch nicht feststellen konnte. Zur Feststellung der Persönlichkeit fehlt es an einem sicheren Anhalt; auf einem Briefumschlag fand man die Aufschrift Agent Schutter, ob das indessen der Name des Selbstmörders ist, sieht dahin. — Im Hundelehenssee ertrank hat sich eine noch unbekanntes Frauenperson. Die nach Schildhorn gebrachte Leiche ist noch nicht erlanten. — Eine männliche Leiche wurde gestern früh in der 6. Stunde von den Passanten der Mariendorfer Chaussee zwischen der Traßchen Gärtnerei und der Bahnstation Mariendorf aufgefunden. Es ist ein junger, etwa 20-jähriger Mann, angeblich ein Zimmermann, der mehrfach in der dortigen Gegend gesehen worden sein soll.

**Der Mechaniker Töpfer**, welcher bekanntlich in der Nähe von Weesly von einem Unbekannten vom Rabe herabgeschossen und beraubt wurde, befindet sich seit zwei Tagen etwas wohler. Wie es heißt, hegen die Ärzte keine Befürchtungen mehr für sein Leben, ihr Hauptaugenmerk ist jetzt auf die Entfernung der Geschosse und die Behandlung des verletzten Auges gerichtet. Für die Erhaltung des letzteren besteht jedoch wenig Hoffnung. Die Nachforschungen nach dem Attentäter sind bis jetzt noch ergebnislos geblieben, obgleich das Signalment des flüchtigen Fußmann an alle Polizeibehörden des Anlandes mit dem Ersuchen um seine Festnahme übermittleit worden ist.

**Straßenverengungen.** Das Polizeipräsidium theilt mit: Die Schönebergerstraße vom Grundstück Nr. 17 bis zum Hafengeleis der Anhalter Bahn, das Tempelhofer Ufer vom Grundstück Nr. 36 bis zur Schöneberger Brücke, das Schöneberger Ufer vor dem Geschäftshaus der Königlich Eisenbahn-Direktion, sowie die Schöneberger Brücke werden befristet Herstellung des definitiven Holzplafiers bis auf weiteres für Fußverkehr und Reiter gesperrt. Ferner wird zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß bei einem Pferde des Droschkenfuhrers Veier, Greifswalderstr. 21, die Räder ausgebrochen ist.

**Feuerbericht.** Seit Mittwoch früh ereignete sich die Beste verhältnismäßiger Ruhe. Bis Donnerstag Abend erfolgte überhaupt keine Alarmierung, und die sechs Feuermeldungen, die bis Freitag Abend zu verzeichnen sind, betrafen meistens blinde Lärm. Zwei unbedeutende Kellerbrände mißten Kronenstraße 50/52 und Veteranenstraße 6 beseitigt werden. Köpferstraße 54, wozu die Wehr ebenfalls gerufen wurde, war Theer übergeschloß.

**Theater.** In der ersten Aufführung von Rossini's romantischer Komödie „Cyrano von Bergerac“, die das „Deutsche Theater“ am Mittwoch abend, wozu neben Josef Kainig in der Titelrolle die Damen Feins, Luz, Böhmig, Reichenhauer, Sarow, Schneider, Trenner, sowie fast das gesamte männliche Personal mit. Die Premiere beginnt ausnahmsweise um 7 Uhr, die Wiederholungen, deren erste Donnerstag, Freitag, Sonntag abend, Sonntag nachmittag, um 7 1/2 Uhr. — Im „Sänger-Theater“ beginnt morgen, Sonntag, Abend Theresie Veitner ihr Gastspiel als Lady Malford in „Rabale und Liebe“. Die weiteren Gastrollen sind folgendermaßen besetzt: Präsident von Walter; Walter Jollin; Ferdinand; Oswald Bach; Kommissar von Kall; Max Lawrence; Warm; Max Schreiner; Müller; Max Pateng; dessen Frau; Agnes Werther; Luise; Alwine Heide; Sophie; Elise Welt; Kammerdiener; Karl Tackel. Die Feste „Der politische Kannegeher“ von Koberg wird in der morgen, Sonntag, stattfindenden ersten Nachmittagsvorstellung (Anfang 3 Uhr) wiederholt.

**Aus den Nachbarorten.**

**Steglitz.** Die Parteigenossen werden auf die am Dienstag Abend bei Edelhase stattfindende Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins hingewiesen. Genosse Kimburg spricht über Stenographie. Der geringe Monatsbeitrag von 20 Pf. ermöglicht es jedem Genossen, dem Verein beizutreten.

**Ober-Schöneweide.** Heute Abend 8 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins im Restaurant Hafersland. Um recht regen Besuch derselben ersucht der Vorstand. Gäste sind willkommen.

**Die Rixdorfer Gemeindevertretung** hielt Donnerstag Nachmittags eine Sitzung ab, in welcher zunächst der Neuorganisation einer Anzahl Straßen mit Reihensteinern zugestimmt wurde. Die Vorlage, betreffend die Regelung des Dienstverhältnisses und der Anstellungsverhältnisse der Gemeindebeamten und Arbeiter, wurde auf Antrag des Gemeindevorstandes Marzgraff in geheimer Sitzung beraten, obwohl Genosse Thomas entschieden für Veröffentlichung der Dessenlichkeit eintrat. — Nach Ausnahme der öffentlichen Sitzung wurde das Projekt für den Neubau des Amtsgerichtsgebäudes und die auf 650 000 M. veranschlagten Baukosten genehmigt. Letztere sollen aus Anleihemitteln einnommen werden. — Am 1. Oktober d. J. tritt die neue Polizeiverordnung über Abfuhr und Lagerung von Müll und anderen Abgangsstoffen in den Vororten in Kraft. In Rixdorf fehlt es bisher an einem den Vorschriften entsprechenden Abladeplatz und da es den Privatunternehmern außerordentlich schwer, wenn nicht unmöglich sein wird, sich selbst einen solchen zu beschaffen, so schlägt der Gemeinde-Vorsteher Woddin vor, von Seiten der Gemeinde ein possendes Terrain zu kaufen oder zu pachten und einen Abladeplatz einzurichten, der gegen Zahlung von Gebühren der Öffentlichkeit zur Benutzung gestellt wird. Der Antrag wird angenommen und die Ausführung einer Kommission von neun Mitgliedern, darunter auch Genosse Thomas, übertragen. — Auf Antrag des Rixdorfer Grundbesitzer-Vereins waren von der Verwaltung eingehende Verusche mit einem Wassermesser-Kontrollapparat, dem sogenannten Liebenow'schen Rebenmesser-Ventil, angestellt worden. Wie der Gemeinde-Baumeister Weigand jetzt schriftlich berichtet hat, sind die Verusche zu ungunsten des Apparates ausgefallen. Auch in Berlin und Königsberg haben Verusche das gleiche Resultat ergeben. — Genosse Ostermann fragte an, wie weit die Angelegenheit der Einführung von Schulbüchern gebunden sei, welche nach einem Beschluß der Gemeinde-Vertretung zunächst in einem Schulhause erprobt werden sollten. Gemeinde-Vorsteher Woddin bemerkt hierzu, daß der Schulvorstand die Einrichtung von Büchern abgelehnt und die Regierung ihre Genehmigung verlag hat. Die hierfür angegebenen Gründe seien jedoch nicht stichhaltig, weshalb er empfehle, Beschlüsse beim Minister zu führen. Die Vertretung beschließt dem Antrage gemäß.

**Von einem Zigeuner-Rothschild** weiß ein Berichterstatter folgende romantische Geschichte zu erzählen: Zigeunerhauptmann Bartusch sah Donnerstag Abend in heiterster Laune mit mehreren Stammesgenossen im Wollstein'schen Lokale zu Adlershof. Eben war er dabei, die fünfundsiebenzigste Flasche Roselwein zu entlocken, als ein Gendarm eintrat und den Häuptling verhaftete. Das Hochgelage hatte damit ein jähes Ende erreicht. Gestern früh wurde Bartusch in das Noabitter Untersuchungsgefängnis eingeliefert und alsbald dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Bartusch ist bereits vor etwa zwei Monaten in Untersuchungshaft genommen worden. Er war von dem Führer eines feindlichen Stammes, einem gewissen Trollmann, wegen Erpreßung und Majestätsbeleidigung denunziert worden. Die Denunziation erwies sich zwar als sehr fadenförmig, es wurde aber doch für die vorläufige Freilassung aus der Haft die angebotene Kaution von 30 000 M. angenommen. Bartusch gilt in seinen Kreisen als Millionär. Bei seiner damaligen Verhaftung hatte er wohl den vierfachen Betrag in Tausendmarktscheinen bei sich, infolge dessen konnte er auch ohne weiteres die hohe Kaution stellen. Inzwischen haben sich die feindlichen Stämme wieder versöhnt und wohnen — nachdem sie aus ihrem früheren Wohnsitz in Neu-Weipensee polizeilich ausgewiesen worden sind — in Adlershof. Hier hat ihnen der Gastwirt Wollstein eine bedeckte, sonst aber offene Halle für den Preis von 30 M. pro Jahr vermietet. In dieser Halle liegen die beiden Stämme am Tage, des Nachts liegen sie auf ihren Wagen.



Die Bande hat bereits die ganze Gegend unsicher gemacht und die Villenkolonie Adlershof gründlich in Mitleidenschaft gezogen. Um die Gegend wieder los zu werden, hat die Ortspolizei rufflos gearbeitet und nun ist der Hauptling Hartusch wegen Vergehens und Verbrechens in sechs verschiedenen Fällen zur Verantwortung gezogen und trotz der von ihm gestellten hohen Kaution wegen Fluchtverdachts verhaftet worden.

**In der Spandauer Stadtvorordneten-Versammlung** am Donnerstag wurde das Verhalten der Polizei in dem gegenwärtigen Arbeiter-Ausstand von einem unserer Genossen einer eingehenden Besprechung unterzogen. Der Minister des Innern regt in einem an die Regierungs-Präsidenten gerichteten Rundschreiben nämlich die Vernehmung resp. Reorganisation der Exekutivpolizei in Städten mit städtischer Polizeiverwaltung an. Es heißt in diesem Rundschreiben, die in neuester Zeit in einigen Städten vorgekommenen tumultuarischen Ausbrüche hätten gezeigt, daß die Exekutivbeamten ihrer Aufgabe theils nicht gewachsen, theils an Zahl zu gering gewesen seien. Die Vorbildung der Exekutivbeamten sei einestheils eine mangelhafte, andererseits seien die in verschiedenen Städten gewählten Beamtengehälter recht gering. Die Arbeitermassen neigten infolge unläuterer Agitation zu Ausschreitungen. — Der in neuerer Zeit wegen seiner Keuschheit: „Am den Wädel niederzuhalten, genügt die Keitpeitschen des Train-Vatillons“, bekannt gewordene Stadtvorordnete - Vorsteher Stum meinte, bei der fortwährenden Agitation seien Tumulte wohl möglich; es sei infolge dieser unläuterer Agitation in Spandau schon soweit gekommen, daß nach ihm mit einem Stein geworfen worden sei; (siehe) Genosse D u d i s schilderte hierauf die Stellungnahme der Polizei in dem gegenwärtigen Ausstande und das provokatorische Vorgehen einzelner Beamten. So habe einer derselben drei italienische Männer ohne jede Ursache ausgefordert: „Wenn Euch jemand in den Weg kommt, dann haut ihn einfach zu Boden“. Durch diese und ähnliche Vorkommnisse sowie durch die zahlreichen Eistörungen würden die Arbeiter so sehr erregt, daß es schließlich zu Tumulten kommen könnte; hieran würde aber das unkluge und auch völlig ungerechtfertigte Auftreten der Polizeibeamten die alleinige Schuld tragen, denn von Seiten der Organisation würde ständig zur Ruhe und Gefügigkeit gemacht. Oberbürgermeister K ö l y e vertiefte sich zu der Keuschheit, Herr D u d i s habe einen einseitigen Standpunkt eingenommen; er werde die einzelnen mitgetheilten Fälle, in denen Polizeibeamte provokatorisch aufgetreten seien sollen, jedoch untersuchen. Es wurde schließlich eine siebenköpfige Kommission gewählt.

## Gerichts-Beilage.

**Wie man zu einer Anklage wegen Diebstahls kommen kann**, zeigt folgender Fall, der gestern die sechste Strafkammer des Landgerichts I beschäftigte. Der Maschinenist August Donath ist seit acht Jahren in dem großen Grundstückskomplex „Meher's Hof“ als Maschinenist angestellt. In dem Gebäude betrieb der Kammmacher Thomas sein Gewerbe; dieser war nicht im Stande, seine Miethe zu bezahlen und der Hauswirth ermittelte ihn. Eine Anzahl zurückgelassener Gegenstände, deren Werth die Miethe noch nicht deckte, wurde durch den Gerichtsvollzieher beschlagnahmt. In den Arbeitsbüchern des Ermittlerten fand sich ein kleiner zusammengefügter Haufen von Cellulose-Abfällen vor, die sehr feuergefährlich sind und nach polizeilicher Vorschrift nicht in größeren Mengen aufbewahrt werden dürfen. Der Hausbesitzer Herr Meher beauftragte daher den Maschinenist Donath, diese Abfälle wegzuschaffen. Letzterer hatte schon mehrfach auf Erfinden des Kammmachers Thomas derartige Abfälle in der Maschine verbrannt und er wollte den ihm gewordenen Auftrag auch in derselben Art erledigen, als er von dritter Seite darauf aufmerksam gemacht wurde, daß er die Abfälle doch lieber verkaufen solle, da ihnen immerhin noch ein gewisser Werth inne wohne. Er folgte diesem Rathschlage und es glückte ihm, aus den Abfällen noch ca. 12 M. heraus zu schlagen. Seine Freude hierüber war nur von kurzer Dauer, denn Thomas bekam von diesem Verkaufseinkünfte und erstattete gegen Donath eine Diebstahls-Anzeige, indem er behauptete, daß dieser sich fremde Vertheilgegenstände widerrechtlich angeeignet habe. Der eben erzählte Thatbestand genügte auch dem Schöffengericht, um den völlig unbefugten und ehrenhaftigen Mann wegen Diebstahls zu 3 Tagen Gefängnis zu verurtheilen! Der Verurtheilte legte Verurtheilung ein. Vor der Strafkammer beschuldete K. A. Leop. Meyer durch Vorführung einwandfreier Zeugen die Sachlage derart, daß mit ihm der Staatsanwalt von der Unschuld des Angeklagten überzeugt war, da dieser nur einen ihm von seinem Arbeitgeber gegebenen Befehl ausgeführt und durchaus nicht das Bewußtsein einer strafbaren Handlung gehabt habe. Das Gericht hob das Urtheil des Schöffengerichts auf und erlachte auf Freisprechung des Angeklagten. Der Antrag des Vertheidigers, in diesem Falle auch die Kosten der Vertheidigung der Staatskasse zur Last zu legen, wurde abgelehnt.

**Nachklänge der Reichstagswahl.** Am 6. d. M. hatte sich unser Genosse Otto Klein aus Rixdorf wegen eines Vergehens gegen § 17 Abs. 2 des Vereinsgesetzes vor dem Schöffengericht zu Rechtswort zu verantworten. Der Thatbestand war folgender: Klein hatte zum 5. Juni d. J. auf einer Wiese bei Streiberg bei Reckow eine Wählerversammlung einberufen, und dieselbe rechtzeitig beim dortigen Amtsvorsteher angezeigt. Daraus wurden vom Amtsvorsteher bei R. Erwindungen über den Wohnort des Verlegers der Wiese eingezogen, welche sofort von R. durch Expressbrief beantwortet wurde, auch wurde gleich mitgetheilt, daß ein Beauftragter Klein's sich die Genehmigung zur Versammlung holen werde. In dem Glauben, daß er den gesetzlichen Vorschriften genügt habe, ließ R. die Versammlung in der „Fürstener Zeitung“ publizieren. Nun aber hatte der Beauftragte den Amtsvorsteher nicht angetroffen und dadurch die Genehmigung nicht erhalten. Die Versammlung durfte deshalb nicht stattfinden, und Klein wurde, weil er die Versammlung vor Eingang der Genehmigung bekannt gemacht hatte, für schuldig befunden, sich gegen das Vereinsgesetz vergangen zu haben, und zu 20 M. Geldstrafe verurtheilt.

Vor demselben Gericht hatten sich am selben Tage die Genossen August Dohrmann, Albert Reischod, Max Pfef und Richard Wietzschau, sämtlich aus Rixdorf, zu verantworten. Sie hatten im April dieses Jahres in Trebatsch resp. Sawall während der kirchlichen Wahlplakate vertheilt und dafür jeder ein Strafmandat über 15 M. erhalten. Die Regierungsverordnung vom Oktober 1890, auf Grund welcher das Strafmandat erfolgt war, verbietet jede öffentliche, aufsehenerregende Thätigkeit, ferner jede Geräusch verursachende Thätigkeit in geschlossenen Räumen.

Zur Anklage führten unsere Genossen ungefähr folgendes aus: „Da die Flugblätter nur in geschlossenen Räumen verbreitet wurden, so haben die Verbreiter unmöglich eine öffentliche, aufsehenerregende Thätigkeit ausüben können. Sie haben aber auch keine geräuschvolle Thätigkeit in Innenräumen ausgeübt, weil Flugblättertheilen an und für sich kein Geräusch verursacht. Die Angeklagten machten ferner geltend, daß nach dem Gesetz jeder Deutsche das Recht habe, während der Wahl zum Reichstage Agitation auszuüben. Dieses Recht nähmen die Angeklagten auch für sich in Anspruch. Aus allen den angeführten Gründen beantragten unsere Genossen ihre Freisprechung.“

Der Vertreter der Staatsanwaltschaft erwiderte in dem Flugblattvertheilen eine gewerdmäßige, die Sonntagsruhe störende Arbeit, weil — wie er behauptete — die Verbreiter dafür bezahlt wurden, und beantragte Verurteilung der Verurtheilten.

Diese Behauptung des Staatsanwalts, die er durch nichts zu begründen vermochte, wurde von unseren Genossen in entsprechender Weise zurückgewiesen.

Nach alledem hielt das Gericht für erwiesen, daß die Angeklagten zwar während der Sonntagsruhe Flugblätter vertheilt, sich trotzdem aber nicht strafbar gemacht haben und sprach die Angeklagten frei.

Eine für Milchhändler wichtige Frage sollte gestern vor der dritten Ferienstrafkammer des Landgerichts I erörtert werden. Der Milchhändler W. sollte sich des Vergehens gegen die Gewerbe-

Ordnung schuldig gemacht haben, weil er in seinem Verkaufskatalog zum sofortigen Genuß Milch in Gläsern verkauft hatte. Die Steuerbehörde erwiderte hierin die Ausübung des Schankgewerbes und beantragte die Bestrafung des W. wegen Steuerhinterziehung. Vor dem Schöffengericht hatte der Vertheidiger, Rechtsanwalt Felix Levy, derzeit ausgeführt, daß die Ansicht der Steuerbehörde neu und völlig unhaltbar sei. Rimmermehr könne der glasweise Verkauf von Milch unter dem Betrieb des Schankgewerbes fallen. Es stehe dies mit der historischen Entwicklung des Begriffs „Schankwirtschaft“ in Widerspruch. Es würde ja sonst auch zu den sonderbarsten Folgerungen führen. Alle die vielen Verordnungen, welche für den Betrieb von Schankwirtschaften maßgebend sind, müßten dann auch für die Milchlokale Maß greifen, die Thüren müßten nach außen zu öffnen sein, es müßte eine besondere Bedürfnis-Anstalt eingerichtet werden zc. zc. Ein Milchhändler, welcher durchsichtig gehen wolle, sei beim Stadtausschuß um die Schank-Konzession eingekommen, habe aber den Bescheid erhalten, daß er eine solche nicht gebrauche, da er nur Milch und nicht einmal Kaffee, geschweige denn Bier schänke. Das Schöffengericht trat diesen Ausführungen bei und sprach den Angeklagten frei. Hiergegen legte der Staatsanwalt Berufung ein, um in dieser Prinzipienfrage eine grundlegende Entscheidung herbeizuführen. Leider verfiel der gestrige Termin wegen Ausbleibens eines wichtigen Zeugen der Vertagung.

**Wegen Heberzeugung der Volkseinkunde** hatte der Gastwirth Eitmann eine Geldstrafe erhalten. Er gebot eines Abends beim Eintritt der Polizeistunde um 11 Uhr den anwesenden Gästen Feierabend und schenkte von da ab auch nichts mehr aus. Die Gäste entfernten sich jedoch nicht gleich, sondern hielten sich plaudernd noch etwa ¼ Stunden auf. Schöffengericht und Landgericht erließen darin, daß Eitmann dies zulässig, eine unzulässige Duldung von Gästen. Der Angeklagte legte Revision ein und machte darauf aufmerksam, daß ihn kein Verstoß treffe, wenn die Gäste gegen sein Gebot handelten. Er könne doch nicht mehr thun, als Feierabend gebieten und jeden weiteren Ausschank unterlassen. Das Kammergericht verwarf indessen die Revision mit der Begründung, das Landgericht habe ohne Rechtsirrtum angenommen, daß der Angeklagte doch noch energischer hätte vorgehen müssen. Er hätte das Licht ausdrehen sollen, auch habe er die Hilfe der Polizei in Anspruch nehmen können!

**Wegen eines Erpressungsversuches an dem deutschen Kaiser** stand der frühere Stellmacher, jetzige Agent Johann Heinrich Jungmann, zu Herrentamp am 28. September 1896 geboren und zu Traupe wohnhaft, vor der zweiten Ferienstrafkammer des Bremer Landgerichts. Er hatte, wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, dem Kaiser brieflich von einer angeblichen weltlichen Beschönigung Mitteilung gemacht, um eine bedeutende Summe Geldes zu erpressen. Die Verhandlung fand bei verschlossenen Thüren statt und endete mit der Verurteilung des Angeklagten zu vier Monaten Gefängnis.

## Versammlungen.

**Der Abrüstungsvorschlag des Jaren**, war das Thema, über welches Paul Jahn am Dienstag Abend den sozialdemokratischen Wählern des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises in Dahle's Restaurant, Brunnenstraße, einen fesselnden Vortrag hielt. Nachdem Redner zunächst die Ursachen und Hilfsmittel — Dampfkrast, Telegraphie, Post, Telephon zc. — des heutigen Weltverkehrs und deren erstaunliche Entwicklung kurz erläutert, verbreitete er sich eingehend über die Entwicklung und Ziele der Handelspolitik, über den Kampf der Industrie und der Landwirtschaft und über die Kolonialpolitik und verfuhr schließlich auch die fernere Entwicklung des Weltverkehrs und die Rolle, die aller Voraussicht nach Rußland und China darin spielen werden, seinem Auditorium zu schildern. Durch das ganze anschauliche Bild aber, das Redner seinen Zuhörern entrollte, trat immer wieder und immer deutlicher zu Tage, daß die steigende Entwicklung des Kapitalismus die notwendige Folge der Entwicklung des Sozialismus sei. Erst das Wachsen der Bedürfnisse des Arbeiters, der Wunsch des Arbeiters, nicht nur als Schaffender, sondern auch als Genießender theilzunehmen an den Erzeugnissen der Kultur, kurz, das Streben des Arbeiters nach einem menschenwürdigen Dasein ist die eigentliche Triebfeder der stammenswerthen Entwicklung von Handel und Wandel geworden. — Nicht durch eine Revolution, durch Verräthen, nicht mit Pulver und Blei werden wir die Welt erobern, sondern ganz friedlich werde sich der Umschwung vollziehen; der wirtschaftliche Fortschritt sei die Waffe, die dem Sozialismus zum endlichen Siege verhelfen werde. — Gebührender Beifall dankte dem Redner und da weder zur Diskussion noch zu Vereinsangelegenheiten Redner sich gemeldet, wurde die Versammlung um 11 Uhr mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

**Der Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter** (Zahlst. IV) hielt am 29. August a. bei Bernau, Schwedterstr. 29/31, seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Genosse L ü b b e k e sprach in einem beifällig aufgenommenen Vortrag über „die historische Entwicklung Berlins“. Infolge der vielen Aufhebungen und Angriffe, welche während der diesjährigen Lohnbewegung gegen den zweiten Bevollmächtigten laut wurden, legte dieser sein Amt nieder und wurde Aug. W u m e r i an seiner Stelle gewählt. Ferner wurde beschlossen, dem ersten Bevollmächtigten und dem ersten Kassierer für jede Vorstandssitzung 50 Pf. zu bewilligen.

**In einer Schneider- und Schneiderinnen-Versammlung**, die am 5. September in den Arminhallen tagte, berichtete Fräulein V a a d e r über den Kongreß der deutschen Schneider und Schneiderinnen, der am 22. und 23. August in Plamborn stattgefunden hat und über den der „Vorwärts“ in seiner Nummer 168 bereits einen ausführlichen Bericht veröffentlichte. V a d e r, als erster Diskussionsredner sprach, seine Genehmigung darüber aus, daß die Häuserkommission aufgehoben und ihre Thätigkeit dem Vorstand übertragen worden ist. Die Kommission hätte unmöglich zu aller Verdringung von Berlin aus ganz Deutschland agitatorisch bearbeiten können. Schwierig wäre die Durchführung des Beschlusses, die Errichtung von Betriebswerkstätten durch die Unternehmer, zu erstreben, sie müsse aber mit aller Energie versucht werden. Es empfehle sich vielmehr, zunächst von den Hausbesitzern zu verlangen, daß sie ihre Arbeiterinnen in eigenen Betriebsstätten beschäftigen. Das wäre schon ein wesentlicher Fortschritt. Die vom Kongreß für den Fall der Einführung von Zwangsmaßnahmen empfohlene Theilnahme an allen Innungswahlen sei durchaus zweckmäßig und notwendig. R ä b i n s erklärte sich ebenfalls davon befriedigt, daß die Häuserkommission aufgelöst und es den Kollegen der einzelnen Orte freigestellt worden ist, wieder Agitationskommissionen einzusetzen. Er stellt den Antrag, den Vertrauensmann zu beauftragen, in aller nächster Zeit eine öffentliche Versammlung einzuberufen und als Tagesordnung festzusetzen: Welche Maßnahmen gedenken die Berliner Schneider und Schneiderinnen zu ergreifen, um die Beschlüsse des letzten Kongresses zur Durchführung zu bringen? Bitte mißt der Gesetzgebung und der gewerkschaftlichen Agitation einen gleich hohen Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse im Schneidergewerbe bei. Vor allem müsse die Forderung der Betriebswerkstätten im Auge behalten werden. Nachdem Ad. S c h u l z die Bedeutung der Wahlen zu den Innungswahlen für die kämpfende Arbeiterschaft hervorgehoben und S a a t e sich zur Wahl einer Agitationskommission geäußert hatte, wurde der Antrag R ä b i n s angenommen. — Im Besonderen theilte eine Kollegin mit, daß ihre Ausführungen in der letzten Versammlung über Mißstände bei der Firma Maagen eine polizeiliche Kontrolle der Betriebsstätten der Firma zur Folge gehabt haben. Der betreffende Beamte habe in Gegenwart des Chefs ihren Namen genannt, so daß sie, wenn sie bei Maagen beschäftigt gewesen wäre, sicher ihr Brot verloren hätte. In Zukunft müsse demnach eine direkte Mittheilung von Mißständen durch die Beschäftigten unterbleiben; man möge sich an Vertrauenspersonen wenden, die wegen ihres öffentlichen Auftretens

nichts zu fürchten hätten. Uebrigens seien schon Arbeitsräume der Firma Maagen verlegt worden. Die Arbeiterinnen müßten auch des Sonntags bis 8 Uhr arbeiten, was gesetzlich unzulässig wäre, da nach einer neueren Reichsentscheidung der Betrieb der Firma sicher als Fabrikbetrieb anzusehen sei. — Das Verhalten des Beamten wurde scharf gerügt. Schulz verwies auf das Bureau des Verbandes, das Beschwerden entgegennehme und sie der Öffentlichkeit unterbreite.

**Die Färberei-Arbeiter** tagten am Sonntag Nachmittag in den „Arten“-Festhallen. Reichelt aus Burgstädt hielt einen Vortrag über: „Erfolgt unsere Organisation bei der wachsenden Macht der Unternehmer ihren Zweck?“ Er führte aus, daß die Kämpfe der Textilarbeiter trotz der angestrengten Agitation nicht den erwünschten Erfolg gehabt haben. Das liege an der Indifferenz der Textilarbeiter; von 945 000 in Deutschland seien nur 25 000 organisiert. Da könnten allerdings keine Vortheile für sie erringen werden. Aber nicht allein könnten die Gewerkschaften größere Vortheile für die Arbeiter erringen, wenn sich alle in ihnen zusammenschließen, auch auf gesetzgeberischem Gebiete würde mehr erreicht werden, wenn unsere politischen Vertreter so viel organisierte Arbeiter hinter sich haben, wie sie Stimmen erhalten. Eine Diskussion fand nicht statt.

**Die Pauer** hielten am Mittwoch eine Wanderversammlung für den Osten, Nordosten und Südosten in der „Arten“, Wangelstraße, ab. Auf der Tagesordnung stand wieder der Antrag, nach welchem der Wöchentlich-Lohn von 7 M. auf 7,50 M. erhöht und der im Jahre 1896 festgesetzte Mindestlohn zur Geltung gebracht werden soll. Einleitend berichtete der Vertrauensmann K o h l über den Verlauf der Verhandlungen im Westen und Norden und anschließend hieran über die gegenwärtigen Arbeitsverhältnisse. Den Ausführungen war zu entnehmen, daß die Mindestpreise in der Zeit der größeren Arbeitslosigkeit auch bei den Innungspauern, die vordem noch einigermaßen den Preis gehalten haben, erheblich reduziert worden sind. Aber nicht nur das die Mindestpreise zurückgegangen sind, auch die Lieferung der Mäntel und das System der Ratenzahlungen, Mißstände, die schon seit Jahren beibehalten werden sollten, haben wieder mehr plagegriffen, weil ein Theil der Pauer der Bewegung theilnahmslos gegenüber steht. Die Redner, die sich an der Diskussion beteiligten, waren über die Durchführung der in dem Antrage enthaltenen Forderung sehr getheilter Meinung. Während sich einige Redner für den Antrag aussprachen und angeführt der bevorstehenden günstigen Konjunktur die Durchführung sehr gut für möglich hielten, wandten sich andere mit dem Hinweis auf die große Zahl der Indifferenten und der vorherrschenden Interesslosigkeit bei den Pauern, gegen den Antrag. Nach dem Ergebnis der bisherigen drei Wanderversammlungen ist sehr zweifelhaft, welche Beschlüsse die allgemeine Versammlung, die am 21. d. M. stattfindet, fassen wird.

**Holzarbeiter-Verband.** Eine Versammlung der Vertrauensmänner für den Bezirk Osten und Nordosten tagte am 7. September, von ca. 200 Vertretern besucht, im Lokal von Mann, Straußbergerstraße 8. Nach dem Bericht der Obmannen wurde unter Vorblatt-Angelegenheiten über den Streik bei der Firma J e l d e r u. P l a t h e n debattirt. S t u s c h e berichtete über den Verlauf des Streiks und über die Verhandlungen während desselben. Redner verlas ein Zirkular, welches der Verein der Tischlermeister vom Osten, Nordosten und Südosten an seine Mitglieder versandt hat und in welchem dieselben aufgefordert werden, keinen der bei J e l d e r u. P l a t h e in den Streik getretenen Kollegen in Arbeit zu nehmen. Jedem dieser Zirkulare war eine schwarze Liste mit vollständiger Adressenangabe aller 90 bei J e l d e r u. P l a t h e n beschäftigten gewesenen Arbeiter beigelegt. Bei der Verhandlung mit der Meister-Kommission bemerkte der Tischlermeister Großfuß: Die Meister wollten es eventuell auf eine Kraftprobe ankommen lassen. Demgegenüber waren sich alle Vertrauensmänner des Ostens und Nordostens einig, daß diese den Arbeitern aufgedrungene Kraftprobe unter allen Umständen angefochten werden müsse. Es wurde folgende Resolution beantragt: „Die Versammlung erklärt sich mit dem Vorgehen der Kollegen von J e l d e r u. P l a t h e n voll und ganz einverstanden und verpflichtet sich, dieselben moralisch und finanziell zu unterstützen, speziell dafür so sorgen, daß in allen Werksstätten die Streikmarken regelmäßig entnommen werden.“ Diese Resolution gelangte einstimmig zur Annahme. Auch war die Versammlung mit dem Vorschlag W o g a s c h einverstanden, daß jeder Kollege, wenn es zur Durchführung des Streiks nötig wäre, pro Woche 10 Pf. zeichne. Wie bekannt wurde, sollen die Werksstätten von S c h ä g, Krauffstraße, und O t t o, Rüdigerstraße, an die Firma J e l d e r u. P l a t h e n liefern. Die Arbeiter werden dagegen Stellung nehmen. Der Vertrauensmann von H a g, Prudischstraße, gab bekannt, daß bei dieser Firma die Forderungen bewilligt seien. Sodann wurden aus verschiedenen anderen Werksstätten Mißstände gemeldet und deren Abstellung befohlen.

**Die Posamentierer** hielten am Mittwoch bei Bisking in der Hoffstraße eine Versammlung ab, in welcher S c h u b e r t die Abrechnung vom Reservesonds erstattete, der einen Bestand von 669,55 M. aufwies. Hierauf hielt Albin Reichelt aus Burgstädt einen äußerst interessanten Vortrag, der sich mit den Arbeitsverhältnissen in der Textilarbeit befaßte. Im nächsten Punkte der Tagesordnung beschäftigte sich die Versammlung mit den Mißständen in der Posamentenbranche. Es ergreifen das Wort hierzu V e r g e r, M ä l l e r, W a n d l e, S c h u b e r t und Reichelt. Sämmtliche Redner sind einverstanden über den wünschenswerthen Verlauf der Verhandlung und über die Interessentlosigkeit, welche dadurch sich wieder zeigte, daß niemand den erlebten Posten in Agitationskomitee annehmen wollte. V e r g e r verliest sodann einen Brief, der einen Ueberblick über die Arbeitsverhältnisse der Firma K e i s e r gestattet, wonach für 15 Arbeiter 8 M. für Werkstattarbeit 8—12 M., in Ausnahmefällen 10 M. gezahlt werden.

**Elektrischer Gewerbeverein Berlin und Umgegend.** Heute Abend 8½ Uhr, Schillingstr. 36: Hochkollegen willkommen.

**Freireligiöse Gemeinde.** Sonntag, den 11. Sept., vormittags 9 Uhr, im großen Festsaal der Berliner Ressource, Kommandantenstraße 67: Versammlung. Predigt: Die Fortschritt der Menschheit. Vortrag des Herrn Wilhelm Bölsche: „Neuere Fortschritte des Darwinismus“. Waspe willkommen.

**Städtischer Stenographen-Verein** (Einigungsökonom). Bezirk M o a b i t, Mathenowerstr. 9, „Zum Seidig“, abends 8½ Uhr. Dansk Forening „Freja“, Jeden-Sonabend 9 Uhr, im Restaurant Teltensborn, Wallstr. 61.

## Briefkasten der Redaktion.

**Die juristische Dreistunde** findet Montag, Dienstag und Donnerstag von 6 bis 7 Uhr abends statt.

**Lohnarbeit.** Ihre Anfrage ist im „Vorwärts“ vom 8. d. M. unter W. St. 24 beantwortet. — P. D. 26. Kein, denn das würde Ihnen eine Anklage wegen Unterschlagung einbringen können. Sie können nur Ihre Forderung eintragen und dann in die Sachen das Urtheil vollstrecken lassen.

## Witterungsüberblick vom 9. September 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer (Höhe mm)	Windrichtung	Wolkenart	Wetter	Temp. n. G. (° C. = 40° F.)	Stationen	Barometer (Höhe mm)	Windrichtung	Wolkenart	Wetter	Temp. n. G. (° C. = 40° F.)
Stinnes	764	SE	1	wolklos	17	Caparanda	764	NRD	2	heiter	5
Damburg	764	SE	2	wolklos	15	Petersburg	—	—	—	—	—
Berlin	765	SE	2	wolklos	14	Genf	760	NRD	2	wolklos	14
Wiesbaden	765	SE	1	wolklos	15	Alger	767	NR	2	bedeckt	14
München	767	SE	2	wolklos	14	Paris	763	SE	1	wolklos	16
Wien	768	SE	1	wolklos	12	—	—	—	—	—	—

**Wetter-Prognose für Sonnabend, den 10. September 1898.** Zunächst sehr warm bei schwachen südwestlichen Winden; zunehmender Bewölkung und Gewitterneigung; nachher kühler. Berliner Wetterbureau.



# Metallarbeiter!

Montag, den 12. September 1898, abends 8 Uhr:  
**3 öffentliche Versammlungen**

Im „Kösliner Hof“, Köslinerstr. 8, in der „Kronen-Brauerei“, Alt-Roabit 47/49, im „Konzerthaus Sanssouci“, Kottbuserstraße 4a.  
 Tagesordnung: Der angekündigte Gesuchentwurf zur Beschränkung des Koalitionsrechtes der Arbeiter durch hohe Zuchthausstrafen. Referenten: Paul Litka, Karl Massatsch und Otto Naether.  
 Kollegen! Erscheint Mann für Mann!  
 Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter: Otto Naether, N., Kalkauerstr. 44.

## Freie Vereinigung der Bauarbeiter

Berlin. 31/10  
 Sonntag, den 11. September, vorm. 10 1/2 Uhr, bei Herrn Wilke, Andreestr. 26:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
 Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Vereinsangelegenheit. 3. Diskussion. 4. Abrechnung vom diesjährigen Stiftungsfest. Der Vorstand.  
 Sonntag, den 11. September, vormittags 10 Uhr, im „Louisenhof“, Andreestr. 9:  
**Mitglieder-Versammlung**  
 der Bau-, Erd- u. gewerblichen Hilfsarbeiter, Zahlstelle V, Gruppe: Kabinenspanner und Berufsgenossen.  
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen K. Nieke. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 255/6

## Kistenmacher!

Montag, den 12. September, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20:  
**Oeffentl. Versammlung.**  
 Tagesordnung: 1. Bericht der Lohnkommission. 2. Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet. (94/17) Die Lohnkommission.

## Achtung! Zimmerer. Achtung!

Sonntag, den 11. September, vorm. 10 Uhr, in Cohn's Festsaal, Deutschstr. 20:  
**Versammlung**  
 des Vereins der Zimmerer Berlins u. d. Umgegend.  
 Tagesordnung: 1. Vereinsangelegenheiten. 2. Vortrag über: Die Arbeiterorganisationen im Dienste der Kultur. Referent: Kamerad Obst. 3. Diskussion. 267/20  
 Da die regelmäßige Versammlung am Sonntag nach dem 15. in diesem Monat ausfällt, so empfehlen wir den Mitgliedern, die obige Versammlung recht zahlreich zu besuchen.  
 Der Vorstand.

## Verband der Möbelpolierer.

Montag, 12. Sept., abends 8 1/2 Uhr, Brunnenstr. 150:  
**Versammlung.**  
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen G. Neuter über: Arbeitslosenversicherung. 2. Diskussion. 3. Wahl. 4. Verschiedenes und Ausgabe der Mittel, die am 8. Oktober in Keller's Festsaal, Kopenstr. 29, statt findenden Stiftungsfest. 147/3  
 Morgen Sonntag: Herrenpartie nach Friedrichshagen u. f. w. Abfahrt früh 7 1/2 Uhr vom Silesischen Bahnhof. Der Vorstand.

## Musikinstrumenten-Arbeiter.

Sonntag, 11. September, im Lokal von Lindenhayn, Grünau (zum Besten eines seit 28 Wochen kranken Kollegen):  
**Großes Tanzfränzchen.**  
 Anfang 4 Uhr.  
 In anbetraht des guten Zwecks bitten wir alle Kollegen, sich recht zahlreich zu beteiligen.  
 Th. Gernt. S. Dufstrow.

## Vergolder.

Dienstag, 13. Sept., abends 8 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:  
**Große öffentliche Versammlung.**  
 Tagesordnung: 1. Die Lage der Vergolder. 2. Verschiedenes. 225/12  
 NB. Die Vergolder werden ersucht, vollständig zu erscheinen.

## Rixdorf.

Sozialdemokrat. Verein „Vorwärts“ zu Rixdorf.  
 Dienstag, den 13. September, abends 8 1/2 Uhr:  
**Versammlung**  
 im Apollo-Theater (früher Viktoria-Säle), Hermannstr. 50.  
 Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Fragekasten. 232/10  
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
 Der Vorstand.

## Möbel und Polsterwaaren.

Reelle Arbeit. Ganze Einrichtungen zu billigen Preisen. (58782)  
 Franz Tutzauer, Brunnenstraße 152.

Während des  
**Inventur-Ausverkaufs**  
 geben wir in unseren Filialen  
**32 Landsbergerstraße 32**  
 und **114 Wrangelstraße 114**  
 auf  
**sämtliche Schuhwaaren**  
 bis 30. September cr.  
**10% Rabatt**  
 auf unsere einheitlich angestempelten festen Preise.  
 Wir garantieren bei unserem Fabrikat nach wie vor für denkbar beste Rhythmen, Kerosohle, prima Lederlapp, prima Lederbrandsohle.

## General-Versammlung

der Orts-Krankenkasse der Gelb- und Zinngießer findet am Sonntag, den 18. d. M., vormittags 10 1/2 Uhr, in Feuerstein's Festsaal, Alie Jakobstraße 75 statt, wozu sämtliche Herren Mitglieder, welche 1/2 aus eigenen Mitteln zur Kasse zahlen, und sämtliche groß-jährigen Kassamitglieder, welche der Kasse angehören, hiermit eingeladen sind. — L. O.: 1. Wahl von 22 Vertretern der Arbeitgeber. 2. Wahl von 49 Vertretern der Arbeitnehmer. 3. Verschiedenes.  
 Berlin, 9. September 1898.  
 Der Vorstand.

## Arbeiter-Radfahrer-Verein „Berlin“.

Sonntag, 11. Sept.:  
 Tour nach Angermünde (75 Kilometer). Abfahrt Königsplatz, 1. Abt. 5 Uhr 30 Kilometer (Tempo) 2. Abt. 1/2 6 Uhr  
 Bei schlechtem Wetter per Bahn Abfahrt 6 Uhr Stettiner Bahnhof.  
 Nächste Versammlung Donnerstag, den 15. September. Schönleinstr. 6. 19/1

## Arbeiter-Radfahrer-Verein „Falke“ Rixdorf

(Wirt. d. Arb.-Radf.-B. „Solidarität“) feiert

**I. Stiftungsfest**  
 in der Vereinsbrauerei, Rixdorf, Hermannstr. 15. Freunde u. Gönner des Vereins sind hiermit freundlichst eingeladen.  
 Sitzung jeden Donnerstag, ab. 9 Uhr, in der Vereinsbrauerei. Herren und Damen als Gäste stets willkommen.  
 Sonntag, den 11. September:

## Pferdebucht Gr. Grutefest.

Belustigungen aller Art. Souveniren. Fadelvolantse. Wozu Freunde und Bekannte einladet.  
 W. Nagdeburg.  
 Empfehle mein Weiss- und Baisisch-Bier-Lokal, franz. Billard, separ. Vereinszimmer.  
 Albert Becker, Blumenstr. 49. 59742\*

## C. Streichhan,

Besitzer des Kaiserhofs Köpenick.  
**„Zur Klostersglocke“**  
 Kommandantenstr. 65, an der Alie Jakobstraße, Weiss- u. Baisisch-Bier-Lokal, Destillation und Frühstückstube. 58192\*  
 J. S.: Gustav Ladewig.

## „Zur Klostersglocke“

Hiermit nehme ich die Befeldigung gegen Frau Stank nehm ich zurück. 5406  
 Hr. Krei.

## Zentralverein der Bildhauer Deutschlands

(Verwaltungsstelle Berlin).  
 Am Sonntag, den 11. September, vormittags, findet eine **Exkursion nach Späth's Bauerschule**, Baumhaldenweg, statt. Treffpunkt Restaurant „Karpfenteich“, Adenpauer Sandstraße, Treptow, morgens 8 1/2 Uhr. 20/18  
 Fernsprecher: Amt IV. 447.

## Einsegnungs-Anzüge

in glatten Kammergarn, Satin, Diagonal- und Tuch 12-27 M.  
 in Stoffen, 1. und 2. Preisig  
**M. Schulmeister**, Schneider, Dresdenerstr. 4 am Kolth. Th. moister, Hauptstr. 143, Schönberg.  
 Bitte genau auf die Firma zu achten.

## Herren- u. Konfirmantenhüte, 1 Mark.

alle Farben, nur neue moderne Sachen. (5079L)\*  
 Prima Qualität 1,50 und 2.-  
 Die Arbeitshüte immer 65 Pf.  
**Gutfabrik-Komptoir Barnimstr. 4 u. 5.**

## Schirm- und Spazierstock-Fabrik

von (6032U)\*  
**A. Daß**,  
 Chausseestraße 102, Berlin N., neben den Germania-Sälen.  
 Reparaturen und Bezüge schnell, sauber und billig.

## Unsinn ist Viel Geld

für Hüte auszugeben, man erhält auch zu billigen Preisen gute und elegante Sachen, wenn man die richtige Bezugsquelle kennt.  
 Herrenhüte v. 0,75 bis an  
 Herrenhüte 1,25 „ „  
 Cylinderhüte 4 „ „  
 Einsegnungshüte 1 „ „  
 Plüschhüte 6 „ „  
 Chapeaux claque 8 „ „  
 9 „ u. 10 „ „  
 im Einzelverkauf bei **Arnold & Eggert** Hut-Engros-Geschäft Waldemarstr. 44, pt. kein Laden.

## Möbel auf Teilzahl. Oranienstr. 131.

Konstante H. & M. Lewent. Besuchen Zahl.-Bed. H. & M. Lewent. ohne Anzahl.  
**Ausschließlich eigenes Fabrikat**  
 Damen-, Herren- und Kinderwäsche, Arbeiter-Hemden, Blousen, Jacken und Hosen, Strumpfwaren. 50082\*  
**D. Wurzel & Co., Wäsche-Fabrik**, 17. Wrangelstrasse 17, Ecke Mantelstrasse.

## Hüte, Schirme.

Gewähre den Genossen bei Vorzeigung dieser Annonce 5 pCt. 5875L\*  
**Otto Gerholdt**, 2 Dresdenerstr. 2, Ecke Stallgerstraße.

## Gr. Möbelerverkauf.

passende Gelegenheit für Brautleute, Gneisenmaier 15, Möbel-Ausstattungs-magazin, sollen viele Wohnungs-Einrichtungen, verlicheu gewesene und neue Möbel zu sehr mäßigen Preisen verkauft werden. Durch große Gelegenheits-Einkäufe zu billigen Preisen ist es mir möglich, schon Einrichtungen für 100 bis 300 Mark zu liefern, ferner herrschaftliche Einrichtungen von 500 bis 3000 Mark. Teilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Besonders billig sind die an herrschaftlichen Herze Zeit verlichen gewesenen und jetzt gefestigten Möbel: Kleiderständer 20, Küchenspiegel, Kommoden 15, Bettstelle mit Matratze 20, nachbaumfournierte Kleiderständer und Wäschespinden 35 Mark, Muschelspinden und Peristyle 30, französische Musikbänke mit Rattan 40, Säulen-Kleiderständer, Truhen, Büchereiarbeit 60 Mark, Buffets, konfessionelle, Paneeleisofen, Dampfen, Herrenschreibtische. Geliebte Möbel werden ungenügend 3 Monate aufbewahrt, durch eigene Geheime transportiert. 59912\*  
 Die Befeldigung gegen die geschiedene Frau Stank nehme ich zurück. 5406  
 Hr. Krei.

## Wichtig für Brautleute!

**Möbel, Spiegel, Polsterwaaren** verkaufen wegen Erbarmis der Ladenmiete bedeutend billiger. Eig. Werkstätte. Haus. Tischlermeister, **Bukow, Invaliden-Strasse 13.**  
**Quittungsmarken u. Kautschukstempel** lief. seit 20 Jahren für tausende Kassen u. Vereine **Jean Holze, Hamburg** Gr. Drehbahn 45. Verlag sozial. Bilder.  
 Illustr. Preislisten gratis u. franco. Sogen erschienen das neue Fraktionsbild d. soz.-dem. Partei 1898.  
**5 1/2 Pfund Brot für 50 Pf.** Braunkrücker 87, zweiter Hof, Straßbergerstr. 5.  
**P. Neubauer Jun.** 224b  
**Fahrad** fast neu, sehr stabil, für 95 M. zu verkaufen. Scholtze, Köpenickstr. 26, II.

## Dr. med. Schaper,

prakt. homöopath. Arzt u. Spezialarzt f. Haut-, Horn-, Geschlechtsleiden, Frauenkrankheiten. Spr. 9-1, 4-8. **Schöneberger Ufer 25.**  
**Homöopath. Poliklinik:** Montag, Mittwoch, Sonnab. 10-7-8. **Große Hamburgerstr. 20. I.**  
**Blau Körper-Anzüge und Mechaniker-Kittel** beanen gefärbt.  
**C. Fleck & Co., Spezialfabrik**, Köpenickerstr. 111, Hof part.

## Jede Uhr

reparieren und reinigen kostet bei mir unter Garantie d. Uhrgehens nur 1 Mark 50 Pf. außer Bruch, kleine Reparaturen billiger. Grobes Lager neuer und gebrauchter Taschenuhren, Registoren und Becker, alle Arten Ketten, sowie Uhren u. Vincenz **Carl Lux, Uhrmacher**, 35 Chaussee-Strasse 35.

## Berichtigung.

In der gestrigen Tages-Anzeige **Germaine Müller** muß es zum Schluß heißen: Die Kollegen der Metallwarenfabrik von **Scherber** (nicht Schaller).  
 Berich. Dabig, Boltsch, Hr. Fr. Boin, Dem. Sig. abzugeben (8456) Gneisenmaier 15, IV bei Heldemann.

## Flora-Säle

1000 Ver. fass. Elektr. Beleuchtung. Besitzer: Bernh. Niess, Wobenerstr. 17. **Sonnabende** gratis zu vergeben. 1\*

## Wo kaufen Sie Ihre Zigarren?

Bei (50652)\* **Binnböse, Schillingstr. 30.**  
**Buske's Säle**, Grenadierstr. 33.  
 Empfehle meine schönen Säle, große und kleine Vereinszimmer mit und ohne Piano. 58792\*

## Für sozialistische Literatur.

Neue Zeit, Sozial. Monatshefte, für jede irgendwo angezeigte literarische Erscheinung empfehle mich den Genossen und Bibliotheken unter günstigen Bedingungen.  
**Marx, Das Kapital**, auf Theilzahlung.  
**Umland's Dramen u. Gedichte**, elegant gebunden 1 M.  
**Hugo Warschawski**, Buchhandlung, Steinstrasse No. 11, an der Rosenthalerstrasse.

## Kranzbindererei u. Blumenhandlung von

**Robert Meyer**, No. 2. Mariannenstr. No. 2. Bildmungs-Kränze, Quirlkränze, Ballfränzen, Bouquets etc. werden sehr geschmackvoll und preiswerth geliefert. **Stempel Papirt** von **Robert Hecht**, Berlin S., Oranienstr. 112. liefert schnell und billig alle Arten **Stempel** in besser Ausführung. **Kautschuk-Typen „Perjekt“** zum Zusammenlegen einzelner Wörter sowie ganzer Sätze von 1,50 M. an **Carl Becker**

## Cigarren, Cigaretten, Tabake

**Gerichtstr. 28, Bahnhöfingang part.**  
**Mafiren 5 Pf.** Haarschneiden 20 Pf., Kinder 15 Pf. **Schnelle, saubere Bedienung.**  
**H. Freimüller**, 58832\*  
**Treddeuerstr. 3,** am Kottbuser Thor.

## Filz- u. Seiden-Hullager

Einsegnungs-Hüte von 1,50 M. an. **Horrenhüte v. 2,50 an.** **P. Grund**, 1. Geschäft: Brunnenstraße 180. 2. Geschäft: Dresdenerstraße 134. 50452\* am Kottbuser Thor.

## Reell und billig

kauft man in der Norddeutschen Schuhfabrik von **W. Hirschke**, gegründet 1872, **Stallgerstr. 13**, Ecke Alie Jakobstraße, am Kottbuser Thor. \*  
 Strohpfeifen, Gardinen, Betten, Portieren, Anzüge, Sommerpaletots, Hosen, Regulatoren, Remonteur-Uhren, Reitdecken, sportbillig, Feinleiche Reanderstraße 6.  
**Mühlentrasse S. a. d. Oberbaumbrücke**, 5 Min. von Station **Darshauerstraße**, sind v. **1. Oktober fest. Hofwoningen** v. 1 u. 2 Stuben nebst allem Zubehör v. 72-94 Taler zu vermieten. 58812\*  
 Näheres baldich beim Verwalter.

## Schlafstelle

für junges Mädchen, Nähe Weddingplatz oder Bahnhof Wedding gesucht. 8569 **Müllerstr. 11**, Bitterfelder.

## Arbeitsmarkt.

Ein selbständiger **Leinen-Stecher**, der auf einer Maschine mit 4 Messern **Beleibet** weilt, wird nach Ruhland verlt. Näheres G. Nischock, Pflanzstr. 199b.  
 Ein **Andersneider** auf **Goldbleichen** verlangt. **Goldbleichenfabrik** Alexanderstr. 25.  
**Tüchtige Zehranbauer** finden dauernde und lohnende Beschäftigung. **Goldbleichenfabrik P. Fabian**, Pringelallee 83.  
 Wer versichert einem fräftigen Arbeiter in Friedrichshagen Arbeit. **Herr. Krei** erbite an **Elke**, Straßburgerstraße 14 für Baldow. 8596  
**Gute Plätterinnen** auf **Cerzettens** und **Chemisches** finden Beschäftigung. **Jubentier**, 55. 8526  
**Schürzen-Arbeiterin** verlangt. **8406** **Anke**, Sonnenmünderstr. 124.  
**Tüchtige Verfleber** gesucht. **Goldbleichenfabrik** Alexanderstr. 15.



Zentrale: **Alexanderstr. 27a** (im Edelhof)  
**Otto Wetzel & Co.**  
 Schuh-Fabrik BERLIN

# Otto Wetzel & Co.

Mechanische Schuhfabrik mit Dampftrieb.



Ausfall der Reichstagswahl in der Provinz Brandenburg.

Der Brandenburger Provinzial-Parteitag findet an diesem Sonntag statt. Auf seiner Tagesordnung steht u. a.: „Was lehren und die letzten Reichstagswahlen?“ Zur Vorbereitung der Debatte hierüber erscheint es zweckmäßig, die Resultate der Hauptwahl in der Provinz Brandenburg zu kennen.

Die in der nachstehenden Tabelle enthaltenen Zahlen sind, soweit sie sich auf die Wahlen von 1890 und 1893 beziehen, der amtlichen Statistik entnommen. Die Zahlen für die Resultate vom Jahre 1898 habe ich den Mittheilungen der Vertrauensleute, den Kreisblättern und amtlichen Quellen entnommen. Wenn dennoch hier und da eine nicht voll zutreffende Zahl in der Tabelle enthalten sein sollte, so kam sie das Gesamtergebnis nur wenig verändern. Die Zahl derer, die ihr Wahlrecht ausgeübt haben, bezieht sich auf die gültigen und ungültigen Stimmen.

Am wesentlichsten erscheint mir für die Frage, ob und in welcher Höhe wir in der Provinz Brandenburg Fortschritte gemacht haben, ein Vergleich der sozialdemokratischen Stimmen zu der Anzahl der

Wahlberechtigten. Daneben fällt auch die Stärke der Wahlbetheiligung ins Gewicht.

Nach der unten stehenden Tabelle sind absolute Zunahmen in allen Kreisen mit Ausnahme von Juchow-Bezirk-Ludowalde zu verzeichnen, der trotz einer Zunahme von 837 Wählern 210 sozialdemokratische Stimmen weniger aufweist. Eine prozentuale Abnahme der sozialdemokratischen Stimmen ist im Verhältnis zu der Anzahl der Wahlberechtigten (trotz der absoluten Zunahme von über elftausend sozialdemokratischen Stimmen) im Kreisbezirk Zeltow-Deersow-Storow vorhanden.

Nach den offiziell veröffentlichten Zahlen betrug die Gesamtzahl der Wahlberechtigten im Deutschen Reich 11 440 353 Stimmen. Davon lauteten nach derselben Quelle 2 106 906 Stimmen für einen sozialdemokratischen Kandidaten. Der Prozentsatz der sozialdemokratischen Stimmen zu der Zahl der Wahlberechtigten im gesammten Reich beträgt 18,40. Hätte er den Verhältnissen des Regierungsbezirks Potsdam entsprochen, so hätte Deutschland 3 114 044 sozialdemokratische Stimmen aufzuweisen. Dem Stärkeverhältnis im Frankfurter Regierungsbezirk entsprächen 2 286 927, dem in der Provinz Brandenburg 2 797 196 sozialdemokratische Stimmen im Gesamt-Deutschland.

Table with 12 columns: Kreis, Wahlberechtigt waren im Jahre (1890, 1893, 1898), Gewählt haben im Jahre (1890, 1893, 1898), Sozialdemokratisch haben gewählt im Jahre (1890, 1893, 1898), Zu (+) resp. Abnahme (-) der Wahlberechtigten von 1893-98, d. sozialdemokratischen Stimmen von 1893-98, Prozentzahl der sozialdemokratischen Stimmen zur Zahl d. Wahlberechtigten im Jahre (1893, 1898), Von 100 Wahlberechtigten haben ihr Wahlrecht ausgeübt im Jahre (1893, 1898). Rows include Kreis, Reg.-Bez. Potsdam, Kreiswalde-Friedeberg, Landkreis-Soldin, Königsberg i. N., Frankfurt-Debus, Sternberg, Jülichau-Proffen, Guben-Lübben, Sorau, Rottbus-Spremberg, Salau-Ludow, Reg.-Bez. Frankfurt, Reg.-Bez. Potsdam, and Provinz Brandenburg.

\*) Im Nieder-Barnimer Kreise kamen 1898 4080 Wahlberechtigte hinzu, die 1893 aus Versehen mit Berlin wählten. Von diesen 4080 Wahlberechtigten übten 2429 (also nur 59,5 pCt.) ihr Wahlrecht aus. Davon stimmten 1778 sozialdemokratisch, 651 für andere Parteien. Nach Abzug dieser 4080 steigt der Prozentsatz der Wahlbetheiligung Nieder-Barnims auf 69,9 pCt. und fällt der Prozentsatz der sozialdemokratischen Stimmen auf 36,25 pCt.

Verbandsstag der Tabakarbeiter.

Offenbach, den 8. September.

In der heutigen Sitzung entwickelte sich eine rege Debatte über den Sitz und die Zusammenlegung der Kommission, die statistisches Material über die Arbeitslosigkeit beschaffen soll. Beschlossen wird: Stuttgart wird Sitz der Kommission und Joseph W. L. die Mann Vorsitzender derselben. Der von Lübeck, Apolda, Frankfurt a. M. und Hamburg gestellte Antrag: Ueber die Arbeitslosenunterstützung ist eine Urabstimmung herbeizuführen — wird ohne Debatte abgelehnt. Dann wird in die Diskussion bezüglich der Reise-Unterstützung eingetreten. Nach Schluß der Debatte werden folgende Anträge angenommen:

- 1. Nach 20 wöchentlicher Beitragsleistung Reise-Unterstützung nur auf die Dauer von 13 Wochen zu gewähren noch den jetzt gültigen Unterstützungsätzen. Nach 104 wöchentlicher Beitragsleistung kommen die jetzt geltenden Bestimmungen des Statuts mit der Abänderung in Anwendung, daß an einem Tag und an einem Orte nicht mehr als für 75 Kilometer Unterstützungsgehalt ausbezahlt werden darf.
2. Die Reise-Kontrollheine sind abzukassen.
3. Wenn ein Mitglied nachgewiesenermaßen auf Verschreibung eine andere Arbeitsstelle antritt, so ist die volle Tour auszubehalten.
4. Folgender Antrag wird dem Vorstand überwiesen: „Tabakarbeiter und Arbeiterinnen, die im Auslande einer der modernen Arbeiterbewegung entsprechenden Organisation angehörend und ihre Pflichten voll erfüllt haben, treten bei ihrer Zurückkehr als Mitglieder des Unterstützungsvereins deutscher Tabakarbeiter über und erhalten in einer der Grenz-Stationen sofort für die zurückgelegte Tour 2 Pf. pro Kilometer, jedoch im Höchstbetrage von 3 M. für 150 Kilometer.“

Darauf wird zur Verabreichung der Anträge übergegangen, die die Sterbegelder beim Ableben der Ehehälfte eines Mitgliedes betreffen.

Nach längerer Debatte wird ein Antrag angenommen, die Unterstützung beim Ableben der Ehehälfte ist in der bisherigen Form beizubehalten.

Die über die beantragte Erhöhung der Unterstützungsätze bei Streiks gepflogene Diskussion ergibt die Ablehnung der Erhöhung sowie jener Anträge, die die Unterstützungsätze für alle Orte gleich bemessen wollen. — Deutlich hundert Anträge aus den Mitgliedschaften befürworten Umzugsgelder für verheiratete Mitglieder. Die Debatte über diese Anträge ist eine sehr lebhaft. Die Generalversammlung beschließt: „Unterstützung zum Ortswechsel an Mitglieder, welche einen eigenen Haushalt führen.“

§ 10 soll nach Beschluß der Generalversammlung folgenden Inhalt erhalten: „Umzugsgelder können solche Mitglieder erhalten, welche dem Verband mindestens drei Jahre angehören und zwar in Höhe der Kosten. Bei Nachregelung hat die Karenzzeit keine Gültigkeit.“

erner wird beschloffen, daß Mitgliedern in Ortschaften, die nebeneinander liegen, keine Umzugsgelder gewährt werden, wenn der Umzug innerhalb dieser Ortschaften geschieht. Nach diesen Beschlüssen erhalten nunmehr alle Mitglieder die Umzugsgelder, sofern diese Bedingungen erfüllt sind; bisher wurden sie nur an Gesamregelung gewährt.

Literarisches.

Atlantius: Ein Blick in den Zukunftsstaat, Produktion und Konsum im Sozialstaat. Stuttgart 1898, Verlag von J. G. B. Dieck Nachf.

Die Beschäftigung mit der Zukunft ist nicht nur ein Bedürfnis des einzelnen Menschen, sondern auch politischer und wirtschaftlicher Parteien. Namentlich hat jede aufstrebende Partei ihre besonderen Zukunftstheoretiker. Und die Sozialdemokratie kann sich am aller-

wenigsten beklagen, daß sie an literarischen Versuchen, die Zukunft anzumalen, zu kurz gekommen sei. Als wir die vorliegende Broschüre in die Hand bekamen, wurden wir lebhaft an den seligen Pöpler erinnert, obwohl der Versuch von Atlantius, die Produktion und den Konsum im Sozialstaat zu schildern, vom Standpunkt der neuesten Fortschritte in der Produktion aus, um seine Schlussfolgerungen auf den Zukunftsstaat zu machen. Wir wollen allen diesen Versuchen, den Zukunftsstaat zu schildern, ihre agitatorische Bedeutung nicht absprechen. Wenn man jemand gewinnen will, so sucht man die eigenen Pläne in voller Ausführung möglichst hübsch, möglichst verlockend darzustellen. Man soll sich jedoch immer und überall bewußt bleiben, daß alle Wände in den Zukunftsstaat mehr oder weniger als Auslassungen von phantastischen Schriftstellern zu behandeln sind. Im Hinblick auf einzelne fortgeschrittene Erscheinungen innerhalb der gegenwärtigen Produktion oder auch des Konsums innen- und außenwärts, die sozialistischen Forderungen durchzuführen wären. Die vorliegende Zukunftschrift zeichnet sich ja vor allem wesentlich dadurch aus, daß sie eine Menge wirtschaftlicher und technischer Details mit großem Fleiß zusammenträgt. Aber damit, daß an mehreren Beispielen gezeigt wird, was die heutige Großproduktion in einzelnen Betrieben schon zu leisten vermag, damit sind noch lange nicht die Widerstände beseitigt, die der Entwicklung der Großbetriebsform in der harten Wirklichkeit entgegenstehen. Wenn Atlantius auf Grund eines von ihm selbst als ideal bezeichneten landwirtschaftlichen Musterbetriebes und vorrechnet, daß allein in der Landwirtschaft von 8 Millionen Arbeitskräften über 5 Millionen gespart werden könnten, so wollen wir ihm gern glauben, daß seine Berechnung unter den Verhältnissen, wie er sich den landwirtschaftlichen Betrieb in Deutschland vorstellt, durchaus richtig ist. Aber des Atlantius Vorstellung deckt sich eben nicht mit der Wirklichkeit: hier liegen die Dinge ganz anders, als sie Atlantius sich denkt. In, wenn der Verfasser unter einer total anderen Tendenz seine Berechnungen vorgebracht hätte, wenn er uns gezeigt hätte, daß wir in der Wirtschaftspolitik alles anzubieten haben, um den Großbetrieb zu fördern und zu verallgemeinern, wenn er die Produktivität des Großbetriebes durch seine Berechnungen ad oculos demonstrieren hätte und weiter, aber auch gar nichts weiter mit seiner Broschüre hätte bezwecken wollen, so würde jeder Beurtheiler über das Werkchen des Lobes voll sein müssen. Aber in seiner jetzigen Tendenz ist es vom politischen wie vom wissenschaftlichen Standpunkt sehr schwer für die Sozialdemokratie zu verwerten. Wissenschaftlich ist die Broschüre unseres Erachtens so wenig wie die Schrift eines modernen Theologen, der sich die Mühe macht, nach ganz wissenschaftlicher Methode mit dem Leben nach dem Tode beschäftigt. Politisch unhaltbar ist sie aber deswegen, weil sie von den heutigen wirtschaftlichen Zuständen und den wirtschaftlichen Möglichkeiten ihrer Veränderung ganz abstrahirt und wieder einmal von der Annahme ausgeht, als ob die Sozialisierung der Gesellschaft gleichsam sprunghaft geche. Die Sozialisierung der Produktion kann aber nicht von einer Zentralstelle aus organisiert werden, sondern, wie die gesammte Produktionsgeschichte lehrt, hat sich nach jeder Fortschritt der Wirtschaftsordnung aus der früheren gleichsam wie aus dem Mutterchoße entwickelt. Daß dabei die Organisation mitwirkt und zur Zentralisation der Produktion führt, soll nicht bestritten werden. Wir wenden uns nicht etwa gegen Einzelheiten der Broschüre, sondern gegen ihre Grundtendenz. Man hat seinerzeit die Köpferliche wie die Dürfsche Broschüre in ablehnendem Sinne in der Parteipresse besprochen und zwar mit Recht. Mag in einzelnen die vorliegende Schrift richtiges Material systematisch verarbeitete haben, ihrem Wesen nach ist sie nichts anderes wie eine Neuauflage dieser längst von der Partei verurtheilten Zukunftslehren.

Karl Kautsky hat der Broschüre ein sehr lehrreiches Geleitwort vorangeschickt, in dem er den Vorzug des Buches in dem

rechnerischen Nachweis erblickt, den der Verfasser über Produktion und Konsum im Sozialstaat unternommen. Wir können diesem Lob nicht beipflichten, viel eher den Ausstellungen, die Kautsky an der kolonialen Zwangsarbeit-Theorie von Atlantius zu machen sich genötigt sieht. Nach Atlantius könnte nämlich ein europäisches sozialistisches Gemeinwesen nur dann seinen Mitgliedern ein kulturgemäßes Dasein gewähren, wenn es tropische Kolonien besäße und den Bewohner zur Zwangsarbeit in allerdings humaner Form zwänge. An diese Theorie knüpft selbst Kautsky, der sonst dem Buch wohlwill, eine ausführliche Polemik, meint aber dann doch wieder, diese Theorie sei für die Bedeutung dieser Schrift unerheblich, da ja Atlantius die Zwangsarbeit in den Kolonien nicht ohne Entgelt vor sich gehen lassen wollte. Wir halten diese Zwangsarbeit-Theorie schließlich noch für den geringsten Fehler, der an dem Buch zu entdecken ist, immerhin aber bleibt die Zwangsarbeit für den Zukunftsstaat des Atlantius charakteristisch. Wie in den Kolonien Zwang herrschen soll, so hat Atlantius heute schon in seiner Schrift seine Zwangstheorie den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen gegenüber seiner Zukunfts-konstruktion zu liebt zur Durchführung gebracht.

Wynken, Dr. Ernst Kr., Pastor zu Eddesheim in Hannover. Eine Reichstagswahl-Predigt am 1. Sonntag nach Trinitatis über Lukas 10, 19-31. Berlin 1898. Druck der Vaterländischen Verlagsanstalt.

Es ist eine heikle Sache, wenn Pastoren in ihren Predigten politische Thematika behandeln wollen. Und wenn ein Pastor temperamentvoll angelegt ist, oder wenn er einen ausgeprochenen Parteistandpunkt vertritt, dann ist ihm von vornherein zu rathen, das politische Gebiet lieber nicht zu streifen, sonst treibt er einen Theil seiner Zuhörer aus der Kirche heraus. Gegen die Reichstagswahl-Predigt des Pastors Dr. Wynken ist nun allerdings nicht einzuwenden, daß er parteiisch geworden wäre. Wenn der Einwand doch erfolgen sollte, so wird er von gegnerischer Seite kommen, nach deren Ansicht Pastor Wynken unsere Partei wohl zu objektiv beurtheilt haben dürfte. Denn Wynken sagt unter anderem in seiner Predigt, daß die Sozialdemokratie, ob mit Recht oder Unrecht, bleibe dahingestellt, sich hauptsächlich die Stellung einer Vertreterin der Besitzlosen erworben habe. Er geißelt die Unterlassungsünden der Besitzenden ziemlich mißdeutlos und meint, da der Sammlungsruß von hoher Stelle ohne Zweifel die Besitzenden gegen die Besitzlosen aufgerufen habe, es den Besitzlosen erst recht nicht zu verdienen sei, wenn sie ihr Wohl und Wehe am besten selbst zu vertreten glauben. Die Tendenz der Reichstagswahl-Predigt geht nun dahin, die Zuhörer der ungenügenden Verantwortung bewußt werden zu lassen, die die Wahlentscheidung ihnen vor dem Angesichte Gottes auferlege. In dem Kampf der verschiedenen Interessen gelte allen Parteien die Meinung des Apostels im ersten Briefe an die Thessalonicher, „daß niemand zu weit greife noch verbortheile einen Bruder im Handel, denn der Herr ist Richter über das alles.“ Offen gestanden, glauben wir kaum, daß solche Predigten die verschiedenen politischen Parteien kühnenden Zuhörer befriedigen oder gar erbaun können.

Jacob Neumann. Die städtische Arbeitsvermittlung als Mittel des Kampfes gegen die Sozialdemokratie. Wiener Arbeiterbibliothek, 6. Heft, erste Wiener Volksdruckung, (Jana) 1898.

Das Schriftchen ist für österreichische Verhältnisse, speziell für die Stadt Wien und ihre Arbeiter geschrieben und beschäftigt sich mit dem am 1. September in Funktion tretenden städtischen Arbeitsvermittlungsamte der Stadt Wien, das im Gegensatz zu den kommunalen Nachweisen im Deutschen Reich die Arbeiter von der Verwaltung des Nachweises direkt ausschließt. Wir erfahren die Entstehungsgeschichte dieses städtischen Vermittlungsamtes und sehen, wie die Partei des Dr. Lueger in dieser Einrichtung ein Mittel erblickt, die Arbeiter für die christlich-soziale Politik zu gewinnen. Der Verfasser wendet sich durchaus nicht grundsätzlich gegen den Gedanken der kommunalen und zentralistischen Arbeitsvermittlung überhaupt; im Gegentheil, er weist ausdrücklich auf das Beispiel in Deutschland hin, wo in allen städtischen Arbeitsnachweisen auf die Theilnahme der Arbeiter an der Verwaltung Rücksicht genommen wird. Allerdings meint der Verfasser, daß dieser Einfluß der Arbeiter noch ein härterer werden müsse, als er gegenwärtig ist. Während aber in Deutschland den Arbeitern ein Zusammengehen mit den kommunalen Nachweisen ermöglicht sei, würden die österreichischen Arbeiter durch eine Organisation der Arbeiter, wie sie in Wien in Wirklichkeit tritt, direkt vor den Kopf gestoßen. Und darum sei gegen das städtische Arbeitsamt entschiedene Opposition zu machen und Gegenmaßnahmen zu ergreifen, die darin bestehen, daß die Arbeiter die Arbeitsvermittlung selbst in die Hand nehmen und ihre Nachweise durch Zentralisation wirksam gestalten.

Der rothe Bismarck. Berlin 1898. Verlag von B. Pauli's Nachfolger (S. Jerosch).

Wer wird die Erbschaft Bismarck's antreten, wer allein kann sie antreten? Der Titel der Broschüre, die wegen der Charakteristik Bismarck's selbst wie seiner blinden Anhänger und extremen Gegner lesenswerth ist, wenn wir auch nicht die einzelnen Ausführungen sammt und sonders unterschreiben möchten, giebt die Antwort. Als Bismarck's innerste Triebkraft wird der Drang zur Freiheit des Handelns, zur Verrückung der vorhandenen Kräfte bezeichnet. Der Junker Bismarck sei eine Erbschaft, die daher dem werththätigen und aufstrebenden Volk zufalle, weil die hohen Erben, denen er sich zugehörte, die Kunst nicht mehr verstanden, ein solches Erbe anzutreten. Geistesreiches Spiel mit weit hergeholtten Parallelen mengt sich mit einzelnen treffenden Bemerkungen, die zeigen, daß der Verfasser des „rothen Bismarck“ nicht roth genug ist, um mit der Bismarck'schen Politik zu brechen und nicht blinder Anhänger Bismarck's genug, um den Sieg des Sozialismus zu bezweifeln.

Vermischtes vom Tage.

- Ein „Grünenthaler“ über 1000 Mark wurde bei der Reichsbank-Reueinstelle in Gleiwich angehalten.
In Ebersheim wollte eine Frau nachts die oberen Fenster aufbrechen und stellte sich zu diesem Zwecke auf eine Wiege; diese kippte um, die Frau stürzte aus dem Fenster. Man trug sie tot vom Plage.
Barbarei. In dem alten Lamberthurm in Münster hingen die drei Rädge, in denen die Wiederläufer Jan von Velden, Kresting und Amperbolding zu Tode gemartet wurden. Der neue Thurm, der in einigen Tagen von seinem Gerüst befreit wird, soll nun ebenfalls mit den Reigen mittelalterlicher Barbarei geziert werden. Da aber die alten Rädge zu dem neuen Thurm nicht paßten, so hat man neue „gotische“ Rädge anfertigen lassen und will sie an den Thurm hängen. — Phü Teufel!
In Münster wurde aus einem verschlossenen Postwagen ein Brief mit 100 000 M. Inhalt gestohlen.
Bei Köthen wurde ein 16jähriges Rindermädchen tot im Bietebach aufgefunden. Es liegt ein Lustmord vor.
500 Jahre auf demselben Hofe sitzt in Krans bei Schlohan die Familie Korfack.
In Saint-Just (Kordche-Departement) warf eine Frau ihre beiden Kinder in den Fluß und sprang nach. Die drei Leichen wurden erst nach 24 Stunden aufgefunden.
e. o. In St. Louis wird sich nächstens eine Gesellschaft mit einem Kapital von 20 Millionen Mark bilden, welche das Fisch- und Aukstern-Geschäft in den Vereinigten Staaten und Kanada monopolisieren will.
In verschiedenen Städten des Staates Mississippi (Nordamerika) ist das gelbe Fieber aufgetaucht.



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**  
Sonnabend, den 10. Septbr.:  
Opernhaus. Hänsel und Gretel.  
Die Puppenfee. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Schauspielhaus. Gaietto. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Deutsches. Die Weber. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Festung. Eheliche Liebe. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Berliner. Othello. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Neues. Othello. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Reichshallen. Frühlingsschwärze. Hierauf: Eiferhüt. Anfang 7 Uhr.  
Metropol. Das Paradies der Frauen. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Schiller. Der politische Kannegießer. Anfang 8 Uhr.  
Central. Die Geisha. Anf. 7 1/2 Uhr.  
Volkshaus. Ueber Band und Meer. Anfang 8 Uhr.  
Chend. Schlupf sel. Wwe. Anfang 8 Uhr.  
Luisen. Seine Puppe. Hierauf: Entdeckt. Anfang 8 Uhr.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Leopoldi Fregoli (Verwandlungskünstler). Relampago. Eidorado. Anfang 8 Uhr.  
Alexanderplatz. Demi-Ronde. Anfang 8 Uhr.

**Urania.**  
Taubenstr. 48/49.  
Täglich:  
Vom Matterhorn z. Jungfrau.  
Invalidenstr. 57/62:  
**Sternwarte.**  
Nachmittags täglich 5-10 Uhr.

**Passage-Panopticon.**  
Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abends.  
Im Theatersaal von 6 Uhr ab:  
**Theatre-Variété.**  
Ohne Extra-Entrée.  
**Neues September-Programm.**  
Heute 25 Pf. Entrée.  
Geöffnet v. vorm. 9 bis abds. 10 Uhr.

**Luisen-Theater.**  
34. Reichenbergerstrasse 34.  
Abends 8 Uhr:  
**Seine Puppe.**  
Vollständ. mit Gesang in 3 Akten von Max Schönau.  
Musik von Fritz Kraus.  
Hierauf: Kustreten des ersten deutschen Verwandlungsschauspielers **A. Angelotti** in seiner Tragikomödie:  
**Entdeckt!**  
Zum Schluß: Sinfonia Cosmopolita.  
Sonntag, nachmittags 3 Uhr, an kleinen Breiten: **Wilhelm Tell.**  
Abends 8 Uhr: **Seine Puppe.**  
Angelotti.  
Dienstag, den 13. September etc.:  
Mit neuer historischer Ausstattung unter Regie von Ludwig Nasson. Zum 1. Male: **Der Kaufmann von Venedig.**

**Schiller-Theater.**  
(Wallner-Theater).  
Sonnabend:  
**Der politische Kannegießer.**  
Sonntag nachmittags 3 Uhr:  
**Der politische Kannegießer.**  
Sonntag abends 8 Uhr:  
**Kabale und Liebe.**  
Montag:  
**Der politische Kannegießer.**

**Central-Theater.**  
Direktion: J. Farenzy.  
**Die Geisha**  
oder: Eine japanische Theehaus-Geschichte.  
Operette in 3 Akten von Owen Hall.  
Musik von Sidney Jones. Deutsch von C. M. Röhr und Julius Freund.  
In Szene gesetzt von J. Farenzy.  
Dirig. Dr. Kapellmeister Louis Gundlach.  
Kassen-Öffnung 6 1/2, Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen und folgende Tage:  
**Die Geisha.**  
Sonntag: Nachmittags 3 Uhr zu bedeutend ermäßigten Preisen: **Der Vogelhändler.** Operette in 3 Akten von West und Feld. Musik von Carl Heller.

**Metropol-Theater.**  
Behrenstr. 55-57.  
Direktor: Rich. Schultz.  
Theater-Telephon Amt I. Nr. 378.  
Kaffe-Telephon Amt I. 2126.  
Mobilität. Zum 8. Male: **Novität.**  
**Das Paradies der Frauen.**  
Gr. Ausstattungsposse mit Gesang u. Tanz in 6 Bildern nach Blum u. Lohs' **Madame Satou** von Jul. Freund.  
Musik von Jul. Einödhofer u. Bertr. Sanger. In Szene gesetzt von Dir. Richard Schulz. Der choreographische Teil v. Balletmeister Louis Gundlach.  
Im 2. Bilde: **Ballet u. Die Moden des Jahrhunderts.** (50 Damen).  
Im 6. Bilde: **Eda's Verwünschung.** großes Balletbild mit Apoteose (50 Damen).  
Preise der Plätze: Orchesterfontein 4,50 M., Parterrefontein 3 M., Parterre 2 M., Promenoire 1,50 M. **Son 9 Uhr ab 1 M.**  
Anfang der Vorstellung 1/8 Uhr. Ende 11 Uhr.  
Morgen und folgende Tage: **Das Paradies der Frauen.** Restaurants unter Leitung des Hoflieferanten S. Schaurts. Konzert der Tscherkessen-Kapelle Petrow.

**Offend-Carl-Weiß-Theater.**  
Gr. Frankfurterstr. 132.  
Novität! Zum 4. Male: **Novität!**  
**Schlutz sel. Wwe.**  
Gesangsbüchlein in 3 Akten von D. Hanel, bearbeitet v. J. Dill. Musik von G. Steffens.  
Anfang 8 Uhr.  
Vorstellungsbillets haben Gültigkeit. - Morgen u. folgende Tage: Diefelbe Vorstellung.  
Sonntag, nachmittags 4 Uhr:  
Im Konzert-Garten  
Gr. Konzert und Spezialitäten-Vorst.  
**Prater-Theater.**  
Kafantien-Allee 7/9.  
Benefiz für das Schauspiel-Personal und Gebr. Harard.  
**Robert und Bertram.**  
Posse mit Gesang in 3 Akten von H. Ader. Aufzutreten sämtlicher engagierten Spezialitäten.  
**Konzert u. Ball.**  
Anfang 4 Uhr.  
Eintritt 30 Pf., num. Platz 50 Pf.  
Kalbo.

**AUSSTELLUNG am KURFÜRSTENDAMM.**  
**Nur noch kurze Zeit!**  
**CARL HAGENBECK'S INDIEN.**  
Sonntag, den 11. September:  
Schaustellungen in der Arena 3, 5 und 7 Uhr.  
Als Schluss der 7 Uhr-Vorstellung um 7 1/2 Uhr:  
**Gross-Ringkampf**  
zwischen dem bisher Mhabool Khan, genannt: Champton unbesiegt Indier, Wrestler of India und dem Berliner Conrad Lux, preisgekrönter Ringkämpfer Brauer Herrn Conrad Lux, und erster Vorsitzender vom Ringerverein „Emil Borchardt“  
Nach 9 Uhr:  
**Grosser Festzug eines indischen Fürsten**  
(„Maharadscha v. Baroda“) mit Gefolge (200 Personen) mit Elefanten etc. bei grandioser Fackelbegleitung und Bengelfeuer.  
Entree 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

**Jägerhaus.**  
Schönhauser Allee No. 103.  
Neu renov. Garten (6000 Personen fassen) mit neugebauter Bühne für Vereine. Großer Tanzsaal. 4 neu renovierte Regelbahnen.  
Grösste Volksbelustigungen in ganz Berlin.  
Kaffeehölle von 2 Uhr an geöffnet. 5879L\*

**Max Klem's Sommer-Theater.**  
Hafenstraße 14/15. - Artistic Leiter: Paul Milbitz.  
Täglich:  
**Theater- und Spezialitäten-Vorstellung**  
Neues Programm:  
Wienecke's Singspiel-Theater. Mackwell, Frochmensch. Benedetti, Imbort. Adler von Metz, Transformationskünstler. Bertolotti, Jongleur. Max Grabow, Komiker. Elsa Rottl, Chansonette. „Das Täubchen von Quedlinburg“, Volkstheater mit Gesang.  
In den Festhällen:  
**Grosser Ball.**  
Die Kaffeehölle ist geöffnet.  
Max Klem.

**Action-Brauerei Friedrichshain.**  
früher Lips.  
am Königsthor.  
Heute Sonnabend:  
**Großer Walzer-Abend**  
von **Karl Meyder**  
mit seinem aus 50 Künstlern bestehenden Orchester.  
Anfang 7 Uhr. Entree 20 Pf. Sperritz 30 Pf.  
Das Konzert findet im großen 3000 Personen fassenden Konzertsaal statt.

**Wohin** machen wir unsere Sandpartie (per Kletter oder per Schiff)?  
**Fremd auf Pichelswerder.**  
Bei Gesellschaften Bräutigam-Begleitung vergütet.

**Zu** Nachjagen, Sommerfesten u. l. w. empfiehlt sich  
**Brauerei Pichelsdorf.**  
Defonon: Otto Starck.

**Ginsegnungs-Plätze**  
in blau u. schwarz Raumgarn u. Chemis zu sehr billigen, aber festen Preisen  
**Julius Lindenbaum, Gr. Frankfurterstr. 139.**  
Feste Preise. Spezialität: Anfertigung nach Maß.

**Victoria-Brauerei.**  
Lützow-Strasse 111/112  
Vorleszte Vorstellung.  
**Stettiner Sänger**  
(Meyer, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Nigl, Schneider und Schröder).  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntag, den 11. September:  
**Abschieds-Soirée.**  
Sonnabend, 17. Sept.:  
Erste Soirée  
**in den Reichshallen.**  
(Im großen Theatersaal.)  
Symphonisch-orchestraler Eröffnungsspektakel v. Kaysel.  
Vor der Soirée: **Gr. Konzert.**  
Anfang der Soirée präzis 8 Uhr.  
Kassendöffnung 6 Uhr. Entrée (Saal durchweg) 50 Pf., Vorort 40 Pf., Num. Ballon 75 Pf., Ballon-Logen 1 M., Orchester-Logen 2 M., 50 Pf., Fremden-Logen 2 M. Die Kasse ist vom Sonntag, 11. September an in den Reichshallen täglich von 11-1 Uhr geöffnet.  
**Reichshallen-Restaurant**  
(vom 17. Septbr. an):  
Jeden Abend: **Großes Konzert** des 24 Mann starken Reichshallen-Orchesters mit seinem populär-ambulantem Repertoire. (Kapellmeister Max Schmidt).  
Jeden Mittag: **Grossartiger Mittagstisch.** Während des Diners: Tafel-Musik des gesamten Reichshallen-Orchesters.  
Restaurations-Chef: Felix Müller.  
Küchen-Chef: Fritz Schallig.

**Apollon-Theater.**  
Friedrichstr. 118.  
**Otto Reutter**  
**Consuelo Tortajada**  
**Les Minstrels Parisiens**  
und 15 hervorragende Debuts.  
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr, Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.  
**Mähr's Theater**  
Crantienstr. 21.  
Neu! Neu!  
**Kulike als Kuli**  
oder:  
Die Entführung nach Kantschou.  
Große Ausstattungsposse.  
Aufzutreten sämtl. Spezialitäten.  
Anfang 8 Uhr. Preise wie bekannt.  
Billets haben Gültigkeit.  
**W. Noack's Theater**  
Brunnen-Strasse 16.  
Täglich: Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.  
**Eine Stunde Kaiser von Oesterreich.**  
Historisches Lustspiel in 1 Akt von Dypsenheim.  
**Die Jette in Italien.**  
Romisches Singspiel in 2 Bildern von Fritz Waldau.  
Musik von R. Thiele.  
Am Saal: **Ball.**  
**Castan's Panopticon.**  
Major Graf **Walsin-Esterhazy.**  
Neu!! Lebende Bilder dargestellt von **6 jungen schönen Damen.**  
**Berliner Sänger**  
u. Theater-Ensemble Tyll Eulenspiegel.  
Direktion: Oskar Klein - Gustav Oberg.  
10 Damen, 12 Herren, groß. Orchester.  
Jeden Montag und Freitag vom 12. September ab in der **Viktoria-Brauerei.**  
Jeden Dienstag in der **Action-Brauerei Friedrichshain**  
früher Lips. am Königsthor.  
- **Humor auf Humor.** -  
Beginn 7 1/2 Uhr, Billet 75 und 50 Pf., Vorverkauf 40 Pf.

**Volks-Theater im Welt-Restaurant**  
Dresdener-Strasse 97.  
Täglich: Theater- und Spezialitäten-Vorstellung  
Neu! **Novität!** Neu!  
**Unter Auge.**  
Posse mit Gesang v. G. Traune.  
Anfang: **Wochentags 8 Uhr.**  
Sonntags 6 Uhr.  
Entree: **Wochentags 20 Pfennig.**  
Sonntags 40 Pfennig.  
Die Direktion: Aug. Kolig.  
**Alcazar-Theater**  
Dresdenerstr. 52/53, City-Passage.  
Direktion: Richard Winkler.  
Novität! Täglich: **Novität!**  
**Die Kiebigen.**  
Große Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz.  
Neu! Neu! Neu!  
**Meta's Verlobung.**  
Schwank in 1 Akt.  
Gesamtauftritt des durchweg neugeengagierten Künstler- und Spezialitäten-Personals.  
Anfang: **Wochent. 7 1/2 Uhr.**  
Sonntags 6 Uhr.  
Entree 30 Pf., Bes. Platz 50 Pf.  
Vorstellungsbillets haben Gültigkeit.  
**Concerthaus.**  
Leipzigstr. No. 48  
Täglich:  
**Hoffmann's Quartett,**  
Humoristen- und Schauspiel-Ensemble.  
Heute **Eröffnung**  
der **Winter-Saison.**  
Quartett u. Solo-Vorträge.  
Zum Schluß:  
**Der liebe Onkel.**  
Lustspiel  
in 4 Akten von Rudolf Kneisel.  
Personen: August Dellberg, Pfarrer in einem Sandhütchen; Adolf Hoffmann - Gise, seine Gattin; Fr. Plog - Knecht, eine Verwandte des Pfarrers; Fr. Gröning - Berthold Schumann, Förster; Herr Vivart - Frau Jombod; Herr Durand - Gänzl, Köcher; Herr Fröhmann - Lotte, Köchin im Hause des Pfarrers; Fr. Döring - Karl, Kellner, deren Bräutigam; Herr Dorf - Amanda; Frau Schick-Golz.  
Anfang **Wochentags 8 Uhr.** Entrée 30 Pf., 50 Pf., 1 M.  
Anfang **Sonntags 7 Uhr.** Entrée 40 Pf., 60 Pf., 75 Pf., num. 1,25 M.  
Goldbrenner, gut erhalten, zu verk. wegen Uebernahme zum Militär. Eisenbahnstr. 36b III. Liebe. 5858

**Für nur 7 Mark**  
versende ich gegen Nachnahme eine grosse, hochfeine **Concert-Accord-Zither** mit 8 Manssen, 25 Saiten, fein polirt und elegant ausgestattet, mit Stimmsvorrichtung, wundervoll im Ton und in einer Stunde zu erlernen. Versand complet mit neuester Schule, Notenständer, Schlüssel, Ring und Carton. Früherer Preis dieser Zither 18 Mark. Ein solches Prachtinstrument dürfte in keiner Familie fehlen. 3 manuelle zu 3 Mark. Täglich lobende Anerkennungen und Nachbestellungen. Man bestelle bei **Heinr. Suhr, Musik-Instrumenten-Fabrik, Neuenrade i. W.**

**Frische Fische, gute Fische**  
empfiehlt die **Deutsche Dampfschifferei-Gesellschaft „Nordsee“**  
von täglich frischer Zufuhr aus ihrem eigenen Fischereihafen in Nordenham und in eigens hierfür erbauten Kühlwagen.  
Es treffen täglich 1 bis 2 Waggon (100-200 Zentner) ausgewählte lebendfrische Fische ein **und verkaufe diese Woche:**  
**Cablau** (zum Kochen wie zum Braten geeignet) 25 Pf. pr. Pfd. je nach Grösse 17-20 Pf., im Aussch. . . .  
**Rothingen** (bester Ersatz für Seezungen) 40-45 . . .  
**Grosse Schollen** (Goldbutten) sehr fein 35-40 . . .  
**Seelachs** 18 Pf., im Ausschnitt . . . 25 . . .  
**Schellfische** in allen Grössen 15-25 . . .  
**Heilbutten** pro Pfund 45 Pf., im Ausschnitt 55-60 . . .  
**Austernfisch** (sehr empfehlensw.) 30 Pf., im Aussch. 45 . . .  
**Steinbutten** 1-1,25 M. pr. Pfd., Seezungen 1,20-1,70 . . .  
**See-Aal** 25 Pf., im Ausschnitt . . . 30-35 Pf. . . .  
**Laberdan** . . . . . 40 . . .  
**Marinirte Fische:**  
**Delicatess-Bratschellfisch** (gebraten u. marinirt) in Blochdosen von 17 Pfd. à 3,25 M., kleinere 8 Pfd. à 1,75 M. **Stok 10 Pf.**  
**Austernfisch in Gelée** (bester Ersatz für Aal), 8-Pfund-Dose 3 M., **Austernfisch-Cotelette**, 8-Pfund-Dose 2,60 M., **Schellfisch in Gelée**, 8-Pfund-Dose 2,30 M. **Kaurrhahn in Aspik**, 8-Pfund-Dose 3,75 M., **Kaurrhahn, gebraten**, 8-Pfd.-Dose 2,75 M., **See-Aal in Aspik**, 8-Pfd.-Dose 3,50 M., **Delicatess-Bratschollen**, 8-Pfund-Dose 2,60 M., **Panfish** 40-50 Pf. pro Pfund.  
**Geräucherte Fische:**  
**Flunder** 60 Pf., **Schellfische** 25 Pf., **Seelachs** 50 Pf., **See-Aal** 60 Pf., **Roche**, bester Ersatz für Stör, 50-60 Pf., **Knurrhahn** 60 Pf. pro Pfund. - Fischkochrezepte gratis.  
**Hauptgeschäft: Bahnhof Börse, Bogen 9-10,**  
Fernsprecher: III, 5904.  
**2. Gesch.: Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 10-11**  
(am Wilhelmplatz). Fernspr.: Charlottenburg 1262.  
**Johs. Skorczyk,**  
Bevollmächt. General-Vertreter für Berlin.  
NB. Seefisch ist das billigste Volksnahrungsmittel, ersetzt das Fleisch vollständig und ist überaus wohlschmeckend.

**J. Brünn,**  
(Bahnhof Börse) **Hakenhofer Markt 4.**  
Wegen **Umbau** meiner Geschäftsräume gelangen große Lagerbestände meiner **5513L\***  
**Teppiche!**  
**Gardinen!**  
**Portieren!**  
**Steppdecken!**  
**Tischdecken!**  
zu sehr billigen Preisen zum **Ausverkauf!**